

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit'...

Telegraphische Adresse:

'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einzeilige Nonpareil-Werbung...

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 11. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Heute Keudell-Interpellation.

Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister. Marx deckt Keudell.

Die Reichstagsfraktion wird heute pünktlich 1/2 2 Uhr beginnen.

Die Reichsregierung hat sich endlich entschlossen, von der unwürdigen Absicht abzugehen...

Nach der Begründung der Interpellation wird Reichskanzler Dr. Marx namens der Reichsregierung die Interpellation beantworten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, ein Mißtrauensvotum gegen von Keudell einzubringen.

Herr Marx wird Herrn von Keudell verteidigen. Die Regierung des Bürgerblocks wird heute eine parlamentarische Feldschlacht zu bestehen haben.

Der erste Akt der Bürgerblockregierung — Verteidigung eines Gegners der Republik!

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag nachmittag den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller...

Vorher hatte Dr. Marx eine 'streng vertrauliche' Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien.

Von der demokratischen Reichstagsfraktion wird der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen das Wort nehmen.

Die Zentrumsfraktion über Wirth. Sie bedauert.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Aus den Fraktionsfrühungen erfahren wir...

„Unter Hinweis auf § 8 der Richtlinien für die politische und parlamentarische Arbeit hat der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags bedauert, daß Herr Dr. Wirth sich bei der Abstimmung vom 5. Februar von der Fraktion getrennt mit Nein gestimmt hat.“

Die Zentrumsfraktion hat diesem Beschluß des Vorstandes einstimmig zugestimmt.

Nach eine Zentrumsstimme gegen die Regierung! Karlsruhe, 10. Februar. (Mitt.) Der bekannte badische Zentrumsabgeordnete Adam Röder führt in einer Zuschrift an den 'Badischen Beobachter' aus...

Fort mit dieser Regierung!

Die Stimme der Massen. — Glänzende Kundgebung im Sportpalast.

Heute geht die Regierung des Bürgerblocks in ihre erste parlamentarische Feldschlacht.

Gestern hat das republikanische Berlin seine Stimme gegen den Besitzbürgerblock erhoben.

Massenkundgebung der Sozialdemokratie im Sportpalast! Kopf an Kopf in dem ungeheuren Räume, dichtgedrängte Massen in der Potsdamer Straße.

Einen ausführlichen Bericht über die glänzend verlaufene Kundgebung veröffentlichten wir in der Beilage.

Feuriger Kampfwille sprach aus den Reden — begeistertes Echo antwortete aus den Massen.

Die Sozialdemokratie sagt der Regierung des Besitzbürgerblocks schärfsten Kampf an. Heute tritt diese Regierung zur ersten Schlacht vor den Reichstag.

Fort mit der Regierung des Besitzbürgerblocks!

Niederlage der Revolutionäre in Portugal.

Das Gewerkschaftshaus geschlossen.

Paris, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die portugiesische Gesandtschaft in Paris hat am Donnerstag einen amtlichen Bericht des portugiesischen Außenministers über die Vorgänge in Portugal der Öffentlichkeit übergeben.

Der portugiesische Innenminister hat 'im Interesse der öffentlichen Sicherheit' das Gewerkschaftshaus der portugiesischen Sozialisten auf unbestimmte Zeit schließen lassen.

Eupen-Malmedy und belgische Sozialisten.

„Die Frage bleibt offen!“

Brüssel, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unter der Ueberschrift: 'Die Frage bleibt offen' schreibt der sozialistische 'Peuple' zu dem Brief der belgischen Minister an den Gouverneur von Lüttich bezüglich der Volksabstimmung im Gebiet von Eupen-Malmedy...

Fremdenlegionär Klems zum Tode verurteilt

Paris, 10. Februar. (W.T.) Wie Haas aus Casablanca meldet, ist von dem Kriegsgericht in Meknes der Deutsche Klems zum Tode und zur militärischen Degradation verurteilt worden.

Klems war als Deutscher zur Fremdenlegion gegangen, war dann zu Abd el Krim übergegangen und hatte sich teils militärisch, teils propagandistisch für die Kistabgen betätigt.

Ausbau der Gewerbeaufsicht.

Forderungen der Gewerkschaften an den Preussischen Landtag.

Für die Wirksamkeit der sozialpolitischen Schutzgesetze ist es von der entscheidendsten Bedeutung, ob die mit ihrer Ueberwachung betrauten staatlichen Organe dieser Aufgabe ausreichend gewachsen sind.

Aus dieser Erkenntnis entstanden in allen modernen Industriestaaten besondere staatliche Ueberwachungsorgane. In Deutschland sind ihre wichtigsten Träger die Gewerbeaufsichtsdirektoren.

Den wichtigsten Fortschritt auf diesem Gebiete brachte die Verordnung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919.

Das gab den Anstoß zu weiteren Neuerungen im mittleren Gewerbeaufsichtsdienst. Fast alle Länder gingen in der Nachkriegszeit in höherem Maße dazu über, aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten geeignete Persönlichkeiten als Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamte einzustellen.

Aus den vorgenannten Gründen fordern die Gewerkschaften seit Jahren einen weiteren Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht. Von besonderer Bedeutung ist dieser Ausbau in Preußen, weil es sich um das größte Land mit den meisten revisionspflichtigen Betrieben handelt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat aus diesem Grunde immer wieder bei den Beratungen des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung einen Ausbau der Gewerbeaufsicht gefordert.

Die Notwendigkeit eines solchen Ausbaues ergibt sich auch zwangsläufig aus dem Artikel 157 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutze des Reiches steht.

Aufgabe die Einschaltung der Gewerbeaufsicht bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Durch das Zusammenwirken der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Gewerbeaufsicht soll verhindert werden, daß Betriebe, die auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms Aufträge erhalten haben, die Erledigung der Aufträge durch Ueberstunden vornehmen lassen.

Die Aufsichtsämter sind den an sie gestellten Anforderungen bei der zu geringen Besetzung mit Ueberwachungsbeamten nicht in vollem Umfange gewachsen. Deshalb fordern die Gewerkschaften aller Richtungen in einer gemeinsamen Denkschrift an den Preussischen Landtag einen Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht, der es ermöglicht, mindestens einmal im Jahre alle revisionspflichtigen Betriebe zu kontrollieren. Die neu einzustellenden mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten sind aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten zu nehmen. Gleichzeitig fordern die Gewerkschaften eine bessere Bezahlung für diese verantwortungsvolle Tätigkeit und die Schaffung von Ausruhmstellen als Gewerbe- und Handelsinspektoren. Andere Länder sind hier bereits mit einem guten Beispiel vorangegangen. Durch die inzwischen vom preussischen Kabinett verabschiedete Prüfungsordnung für den mittleren Gewerbeaufsichtsdienst sind die Voraussetzungen für eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse im Sinne der Gewerkschaftsforderungen gegeben. Der dem Landtage zugegangene Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1927 läßt das jedoch alles unberücksichtigt. Es ist deshalb notwendig, daß bei den in den nächsten Tagen beginnenden Staatsberatungen diese einmütigen Forderungen der Gewerkschaften in vollem Maße berücksichtigt werden.

Wie der Herr . . .

Fälschungen der Freunde v. Reudells.

Herr v. Reudell, der Verfassungsminister des Bürgerblocks, glaube seine schwache Position durch Verdächtigungen des Kreisabgeordneten Genossen Sasse verbessern zu können. Der offene Brief des Genossen Sasse, der bis heute ohne Antwort geblieben ist, hat ihm die unter Ehrenmännern nicht übliche Waffe aus der Hand geschlagen.

Die „Deutsche Zeitung“, die dem Kabinett der „Staatsbehaltenden“ ablehnend gegenüberstand, solange Herr v. Reudell nicht sein Treuhänder war, unternimmt nunmehr einen letzten Rettungsversuch. Sie versucht, den Verfassungsminister hinter den Schatten eines anderen zu verstecken, indem sie schreibt:

„Der Mann, der zur Zeit des Kapp-Putsch dem damaligen Landrat v. Reudell als Ministerialbegeleiteter übergeordnet war und ihn so wahrheitsgemäß — ohne Untersuchung! — zunächst diszipliniert hat, um ihn freilich später wieder als Regierungsrat zu berufen, war der Staatssekretär Dr. Freund. Genosse Freund befindet sich heute noch in Amt und Würden und republikanischer Macht, und doch hatte gerade er zu gern mit Herrn Kapp, der aber leider von Freund nichts wissen wollte. Woraus Herr Freund die Kapp-Tage in Kummer und Unfähigkeit verbrachte; als aber sodann die Sage umschlug und nunmehr der Versuch zur Bildung einer Interdiktalen Regierung gemacht wurde (an Stelle der „verfassungsmäßigen“ Regierung), da ging Herr Freund auch zu ihr, und hat wiederum, doch ausgenommen zu werden. . . Jetzt aber, wie gesagt, ist Herr Freund wieder offizieller Verfassungsbefürworter in Preußen; sein Weg habe ihn von Kapp über den damaligen Unabhängigen Freischaide (und seine Genossen Cohn und Däumig) zurückgeführt zu dem „verfassungsmächtigen“ Herrn Seering.“

Es folgen dann Ausführungen, die tatsächlich im Jahre 1920 im „Vorwärts“ gestanden haben. Nur verschweigt das Blatt der „Olympia“-Freunde, daß es sich um einen Korrespondenzbericht über Vernehmungen in einem Disziplinärver-

fahren handelt, das von Seering gegen Staatssekretär Freund auf eine Denunziation von Kapp-Rebellen hin eröffnet worden war. Es ergeht die entscheidende Stelle in dem Bericht, aus der sich bereits die Wahrscheinlichkeit der Unschuld Freund's ergab, durch Punkte. Es verschweigt weiter, daß der Abschluß des Verfahrens die Unschuld Freund's bestätigte. In dem Beschlusse, der die Einstellung des Verfahrens verfügte, heißt es, wie einige Tage später im „Vorwärts“ festgestellt wurde, wörtlich:

1. daß die neuen Nachhaber von vornherein auf die Dienste Dr. Freund's verzichteten und ihm dadurch gar keine Möglichkeit gelassen hatten, seine Dienste ausdrücklich anzubieten.

2. daß Dr. Freund die Legitimation der neuen Nachhaber ausdrücklich in Zweifel gezogen und

3. seine Dienste unter dem Protest eingestellt hat, daß er lediglich der Gewalt weiche.

Die Darstellung, die sich die „Deutsche Zeitung“ erlaubt, ist also eine Fälschung von beispielloser Frechheit. Mit welchem Leichtsinne das Blatt vorgeht, ergibt sich aus der Tatsache, daß Freund, den es noch als in Amt und Würden bezeichnet, schon vor drei Jahren gestorben ist und daß er nicht „Genosse“, sondern Demokrat war.

Die Uebertreibungen des Herrn v. Reudell sind seiner Sache wert! Reichskanzler Marx ist um die Freunde nicht zu beneiden, die ihm ihre Dienste in einem Kampf um Reudell aufdrängen.

Deutschnationale Befehle an das Zentrum.

Die deutschnationale Presse fordert vom Reichskanzler, daß er offen für Herrn v. Reudell gegen die Opposition Partei nehme. Sie fordert in gebieterischem Tone. Man liest in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Wir sind der Meinung, daß die Situation nachgerade mit größter Beschleunigung zum Abschluß drängt und daß dabei vor allen Dingen auch in erheblichem Umfang das Ansehen und die Autorität der Reichsregierung als solcher auf dem Spiel steht. Wir sind aber weiter der Meinung, daß es schließlich auch gewisse Pflichten der Lokalität von Koalitionsparteien untereinander gibt, und uns scheint die Gefahr unmittelbar und dringend, daß die da gezogenen Grenzen durch weiteres Zutreten überschritten werden. Man könnte es den Deutschnationalen kaum übelnehmen, wenn ihnen allmählich der Geduldsfadens risse, nachdem sie an Lokalität und ruhiger Zurückhaltung wahrlich das Menschennögliche geleistet haben. Sie haben keinerlei Veranlassung, sich länger eine Situation gefallen zu lassen, die von ihren Gegnern so ausgelegt wird, als befänden sie sich sozusagen in politischer Quarantäne. Sie haben mit den übrigen Koalitionsparteien in loyaler Zusammenarbeit die Grundlagen der neuen Regierung vereinbart, sie sind sich klar bewußt und selbstverständlich ihre Minister auch, welche Verpflichtungen ihnen daraus erwachsen, sie sind bereit, diese Verpflichtungen innezuhalten; und damit ist es nun aber auch genug.“

Die Deutschnationalen empfinden die politische Quarantäne hart. Gegen Einschleppung der Pest ist immer Quarantäne nötig. Herr v. Reudell, den sie herausgestellt haben, ist der Beweis dafür, daß der Bazillus der Kapp-Pest noch immer spukt.

Die „Kreuz-Zeitung“ befiehlt dem Zentrum, Herrn Birch abzuschütteln:

„Das Zentrum muß jetzt auf Klärung des Verhältnisses drängen. Denn es geht nicht allein vom Standpunkt der Parteidisziplin, nicht an, daß sich führende Parteimitglieder gegen die Koalition in der schärfsten Weise wenden, die die Partei in ihrer Gesamtheit eingegangen ist.“

Befehl: Herr Marx hat Herrn v. Reudell zu deden. Zweiter Befehl: Herr Marx hat Herrn Birch hinauszujagen. Man kann nicht klarer die Front zeigen, in der Herr Marx heute steht.

Der Mörder Schröder.

Soll die Todesstrafe vollstreckt werden?

In den allernächsten Tagen wird das preussische Staatsministerium zu entscheiden haben, ob der Magdeburger Mörder Schröder hingerichtet werden soll oder nicht. Seine Persönlichkeit mit dem Magdeburger Justizskandal Kölling-ten Holt aufs intensivste beschäftigt. Nachdem Schröder wegen des hinterhältigen Mordes an dem Buchhalter Helling verhaftet worden war, hatte er auf die raffinierteste Weise den Verdacht von sich auf den Fabrikanten Haas zu lenken versucht — ganz so, wie die Untersuchungsbehörden es von ihm wünschten. Durch die Rolle, die dem Schröder von Kölling und ten Holt gewissermaßen aufgezungen worden war, hatte sein ganz gewöhnlicher Raubmord eine Bedeutung erhalten, die ihm sonst nicht zugekommen wäre. Die sozialdemokratische Presse hat seinerzeit das Zusammenspiel Kölling, ten Holt's und Schröder's gebrandmarkt und sich auch in bezug auf die Persönlichkeit Schröder's keine Reserve aufgelegt. Nun, da es kurz vor der Entscheidung steht, ob die Todesstrafe an Schröder vollstreckt werden soll oder nicht, halten wir es für notwendig, gegen ihre Vollstreckung, aus prinzipieller Gegnerlichkeit gegen dieses Strafmittel, ernste Bedenken zu erheben. Es handelt sich hier nicht um die Person des Schröder, die zwar unsympathisch genug ist, aber letzten Endes nicht schlimmer sein wird, als manche andere jenseitigen. Es handelt sich um die Selbstachtung, die die demokratische Staatsordnung sich schuldet. Sie bedarf nicht der Todesstrafe im Kampf mit dem Verbrechen.

Kritik am Junkers-Vertrag.

Die Auskünfte der Regierung ungenügend.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags legte am Donnerstag die Beratung des Falles Junkers und das damit in Beziehung stehende Staatskapitel „Luft- und Kraftfahrwesen“ fort. Auf die in der vorigen Sitzung von den Abg. Stücken und Dr. Herz (Soz.) gestellten Fragen erwiderte der Verkehrsminister Dr. Koch, daß die Gesamtverluste des Reiches 28,7 Millionen Mark betragen, während die Verluste aus der Beteiligung an der Junkers-A.G. allein 18 Millionen Mark seien. Eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellte Verlustrechnung ergibt einen Verlust von 17 130 000 Mark. Der kommunistische Redner Dr. Rosenbergs schloß sich der sozialdemokratischen Kritik an. Auch von verschiedenen bürgerlichen Rednern wurden die Auskünfte der Regierung wegen der Beteiligung des Reiches an dem Russengeschäft von Junkers für ungenügend erklärt; ebenso wurde Rechenhaftigkeit wegen der Hergabe der ersten 10 Millionen Mark verlangt.

Die weitere Aussprache bezog sich auf Fragen der allgemeinen Verkehrspolitik. Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.) empfahl zur Arbeitsbeschaffung den Ausbau möglichst zahlreicher Automobilstraßen. Der Straßenbau habe vom Standpunkt der produktiven Erwerbslostenföhrung gegenüber dem Konsum den Vorzug, daß er eine bedeutend größere Zahl von Arbeitskräften benötige.

Barmat und die Reichspost.

Mitteilungen im Verwaltungsrat.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost wurden Mitteilungen über den Stand der Barmatangelegenheit gemacht. Die Reichspost besaß ihre Gesamtverluste auf 13 485 000 Mark. Eine Deckung für diesen Verlust ist insofern vorhanden, daß durch Kursgewinn der von der Deutschen Reichspost seinerzeit gekauften Goldpfandbriefe ein Gewinn von 20 Millionen Reichsmark erzielt worden ist. Vom Reichspostminister wurde zugesagt, den Mitgliedern des Verwaltungsrats eine ausführliche Denkschrift über die Angelegenheit zugehen zu lassen.

Der polnische Sozialist Abg. Holuffa, Mitglied des Rinderheutenauschusses bei der Regierung, hat die Leitung der Ostabteilung im Außenministerium übernommen und soll vor allem die Ostminderheitenfrage der Lösung näherbringen.

Wie hat es Ihnen in Deutschland gefallen?

Von Erich Gottgefreu.

Manchmal konnte einem in den letzten Jahren um die deutsch-französische Verständigung, soweit sie mehr sein soll als bloße Kriegsvermeidung, richtig bangen werden. In Frankreich, wenn sich Nationalisten fanden, die wußten, daß man jenseits des Rheins gar keinen anderen Gedanken hege als den der „Revanche“. In Deutschland, wenn sich just die mit der lautesten Stimme für das Friedenswort an der Bankettstafel interessierten, nur an der Bankettstafel und dann jene intellektuellen Reisenden, denen die großen Zeitungen Geld und die kleinen Leute Vertrauen entgegenbringen! Die Franzosen hatten ihren Béraud, die Deutschen ihren Eulenberg — sie haben einander nichts vorzuwerfen.

Trotzdem: Die journalistische Studienfahrt, sie ist eine verdammt wichtige Sache und sie sei gepriesen, wenn sie etwas taugt — aber das genügt eben noch nicht. Der einzelne soll selber sehen. Auch der, der nicht gleich seine Eindrücke zu Zeitungsartikeln und Büchern verarbeitet. Um die Jungen Menschen aber soll man sich vor allem kümmern. Junge Menschen müssen reifen. Junge Menschen der ehemals feindlichen Staaten müssen ausgetauscht werden. Es geschieht auch schon.

In Berlin sieht Madame Leroi, in Paris wirken Madame René Dubost und Monsieur Bourgerie, und was diese Leute tun, verdient — nein, statt der goldenen, aber rasch besaubten Legtern, wünscht man ihnen eine noch viel größere Festigkeit der Brücke des Verständnisses, die sie schlagen helfen. Die Arbeit dieses „Comité d'Echange Interscholaire“ ist nicht einfach: Der Franzose reißt nicht gern sehr weit — der Deutsche reißt leidenschaftlich gern, macht aber seine Beachtungen oft recht oberflächlich. Das ist für Frankreich besonders gefährlich, weil dort bei der kürzlich von Paul Morand getadelten sehr großen Respektiertheit des Volkes die Schwierigkeiten größer sind als woanders.

Ungefähr achtzig junge Deutsche und achtzig junge Franzosen, ja! nur Schüler und Studenten, wurden also Wohnung gegen Wohnung, Kost gegen Kost usw. in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 ausgetauscht; die gegenseitigen Einladungen waren naturgemäß von pacifistisch eingestellten Familien ausgegangen. Einigen gefiel es so gut bei den anderen, daß sie vorläufig noch gar nicht an die Rückkehr denken. Für die meisten handelte es sich um einen Ferienaufenthalt. Was nun die Deutschen glauben über ihre Erlebnisse und Empfindungen sagen zu können, ist in Berlin gesammelt worden; das soll alles sehr positiv klingen. Aber was sagen die Franzosen über Deutschland? Umfrage! Hier ist in kurzem, aber charakteristischen Auszug das Ergebnis:

Jeanne Rachin aus Paris war in Pyrmont: Ich bin von meinem Aufenthalt in Deutschland, von dem ich durch mehrere Reisen — ich verdiente mir Geld durch Stundengeben — schon ziemlich viel kennen, entzückt. Ich studiere jetzt bis auf weiteres an

der Berliner Universität — wie man mir sagt, als erste französische Studentin nach dem Kriege. Auch in diesem Milieu habe ich wegen meiner Nationalität niemals Schwierigkeiten gehabt.

S. Bernheim aus Paris war in Frankfurt a. M.: Ich fühle mich sehr wohl und spürte niemals irgendwelchen Widerstand auf Grund meiner französischen Nationalität, muß Ihnen indessen sagen, daß die Deutschen einen Austausch scheinbar nicht als Möglichkeit der Annäherung der Völker oder als Gelegenheit, die Sprache der anderen kennen zu lernen betrachten, sondern nur (wenigstens bei den Persönlichkeiten, die ich besucht habe) als ein Mittel, auf bequeme Weise Paris kennen zu lernen. Die junge Deutsche, die bei meinen Eltern war, hat ihr Heim überhaupt nur als Hotel betrachtet.

L. Guérard aus Cherbourg war in Kassel: Mit meinem Aufenthalt bei Madame F., einer bekannten deutschen Künstlerin, war ich sehr zufrieden. Man war außerordentlich lebenswützig zu mir, und ich habe überhaupt dies beobachten können: Einzeln oder in kleinen Gruppen sind die Deutschen sehr angenehm, aber die Kollektivität . . . Kassel ist eine sehr schöne und saubere Stadt. Frankreich kann in dieser Beziehung überhaupt viel von den Deutschen lernen; man kennt auf den Strohen Papierkörbe, sichtbare Briefkästen, schöne Feuermeder. Der Deutsche hat einen weiten Blick für das, was seinen Städten nützt.

Daniel Colomb aus Nancy war in Berlin: Während meines Aufenthalts in Berlin wurde ich nicht ein einziges Mal beleidigt, spürte ich niemals irgendwelchen Haß. Ohne mir schmeicheln zu wollen, muß ich gestehen, daß ich geradezu gesucht war und junge Leute meines Alters sich freuten, wenn sie mir Gesellschaft leisten konnten. . . Und so hatte ich also Gelegenheit, die Sentiments eines Volkes kennen zu lernen, das wir seit, ich weiß nicht wie lange schon, hassen. Ich war bewegt, als ich meine Gastgeber verließ und mein Skeptizismus in bezug auf die Deutschen hat sich in wahrhaft tiefe Freundschaft gewandelt.

Prof. Gabriel Gorbou aus Reihel war in Berlin: Ueberall, selbst bei den Nationalisten, ist man gespannt, fakta aus dem heutigen Frankreich zu erfahren. Ich kam in jedes Milieu hinein, nach ganz rechts und nach ganz links, aber nirgends wurde ich beleidigt oder gar angegriffen. Der Eindruck, den ich als Franzose in Deutschland gewann, war so gut, daß ich wahrscheinlich dorthin zurückkehren werde, zumal es für einen französischen Intellektuellen heute kaum ein interessanteres Studiengebiet gibt. Meine Ueberzeugung von der Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung habe ich in 45 Zeitungsartikeln niedergelegt. Außerdem gab ich einen kurzen entsprechenden Bericht an den Quai d'Orsay; Monsieur Briand hat kürzlich auf ihn Bezug genommen.

J. B. Manort aus Bourdeau war in Mannheim: Meine Zuneigung zu meinen Gastgebern war so groß, daß mir die Tränen kamen, als es ans Abschiednehmen ging. Begreiflich, daß ich die Absicht habe, nächstes Jahr wieder nach Deutschland zurückzukehren. Nur einer kam nicht zurück: Henry Béger aus Gondrecourt.

Er war in Chemnitz, wurde dort krank und starb. Bei der für die hinzugekommene Mutter zum Teil französisch abgehaltenen Trauerfeier, die man vor der tristen Heimfahrt des Zwanzigjährigen veranstaltete, war auf einem Kranz die Inschrift zu lesen: „A leur ami français ses amis allemands“. Das war wohl mehr als eine höfliche Geste, wie der Empfang, den die jungen Franzosen in Frankreich fanden, mehr ist als Korrektheit. Beide Völker wollen den Frieden.

Tauscht eure Kinder aus!

Pestalozzi-Ausstellung. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht zeigt die Deutsche Lehrerbücherei des Berliner Lehrervereins eine Pestalozzi-Ausstellung aus ihrer reichhaltigen Pestalozzi-Sammlung. Porträts und Handschriften des großen Pädagogen werden neben Abbildungen von Pestalozzi-Stätten, Handschriften seiner Freunde und Mitarbeiter und einer reichhaltigen Pestalozzi-Literatur gezeigt. Von den Pestalozzi-Bildern ist das interessanteste das von Schöner, das wohl den meisten anderen Zeichnern als Vorbild gedient hat. Dazu hat man fast alle Wirkungsstätten Pestalozzi's im Bilde, teils nach alten Stichen und Zeichnungen, teils gegen Ende des vorigen Jahrhunderts photographiert. Bilder von Bodmer und Breiting, Parvater, Fröbel, Höpcke und zahlreichen anderen zeigen Pestalozzi's Lehrer, Freunde und Förderer seines Gedankens. Von allen diesen sind auch zahlreiche Handschriften vorhanden, leider in sehr hohen Glasstichen, die gegen die Wand gestellt sind, so daß die Manuskripte in der zweiten Reihe kaum zu erkennen sind. Interessant auch für den Nichtgraphologen ist ein Vergleich der Handschriften Pestalozzi's und Fröbel's. Fröbel ist der Korrektere, der die Gedanken des gemalten Pestalozzi ausführt, und so zeigt sich seine Schrift reinlich und korrekt gegen die krause, schwer lesbare Pestalozzi's, die doch ein fast künstlerisches Schriftbild gibt. Von Pestalozzi's Schriften sind neben einem umfangreichen Manuskript, einer Umarbeitung des Buches „Wie Gertrud ihre Kinder lehrt“, andere kleinerer Schriften und vor allem eine ganze Anzahl von Briefen ausgestellt. Alles in allem eine sehenswerte Pestalozzi-Sammlung, die nur in ihrer Platzierung noch mehr auf eine wirkliche Befestigung angelegt werden sollte.

Berliner Gastspiele der Bühnengenossenchaft. Dienstag, 15. Februar beginnt die Genossenschaft deutscher Bühnengenossenchaft mit den aus Reichsmitteln finanzierten Gastspielen der erwerbslosen Schauspielerschaft. Zur Aufführung gelangen Hauptmanns „Hedder“, in Szene gesetzt von Gräfin Bracht, die in folgenden zehn Abenden stattfinden: Dienstag, 15. Febr., 8 Abende am Max-Schmeling-Theater, Friedrichshagen 22/23; Mittwoch, 16. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 21. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 22. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 23. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 24. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 25. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 26. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Mittwoch, 27. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 28. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 29. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 30. Febr., 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 1. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 2. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 3. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Mittwoch, 4. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 5. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 6. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 7. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 8. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 9. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 10. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Mittwoch, 11. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 12. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 13. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 14. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 15. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 16. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 17. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Mittwoch, 18. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 19. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 20. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 21. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 22. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 23. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 24. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Mittwoch, 25. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Donnerstag, 26. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Freitag, 27. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Samstag, 28. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Sonntag, 29. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Montag, 30. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12; Dienstag, 31. März, 8 Abende am Schauspielhaus, Landwehrberger Allee 12.

Amliche Führungen finden Sonntag 10 bis 11 1/2 Uhr vorm. im Reuen Museum (Kuppeln unter dem Namen) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Porträts der italienischen Renaissance) statt.

Die Reichsbahn verteidigt sich.

„Neue“ Aufträge. — Keine Thesaurierung!

Die Reichsbahn, gegen deren Arbeitsbeschaffungspolitik bereits im gestrigen Morgenblatt das Erforderliche gesagt wurde, veröffentlicht jetzt zwei weitere Artikel, in denen einerseits für das Jahr 1927 neue Reichsbahnaufträge im Gesamtwert von über 1,6 Milliarden Mark angekündigt werden, andererseits ein Versuch gemacht wird, die Thesaurierungspolitik zu rechtfertigen.

Auch diese Erklärungen können nicht befriedigen. Die 1,6 Milliarden bedeuten nicht etwa zusätzliche Aufträge, denn in ihnen sind auch inoffizielle Aufträge (so 1/4 Milliarde für Kohle) mit einbegriffen. Das Beschaffungsprogramm übersteigt das vorjährige nur um etwa 7 Proz., es kann also die Sünden des Vorjahres keineswegs gut machen. Anfang April 1926, als weder der Goldregen des englischen Bergarbeiterstreiks, noch die Arbeitsbeschaffungsmillionen in Aussicht standen, wurde mitgeteilt, daß für die Gleisverneuerung (die in normalen Zeiten jährlich fast 5 1/2 Prozent des Gesamtverkehrs umfaßt und in den Kriegs- und Nachkriegsjahren auf 2 1/2 Proz. gesunken war) ein aufgearbeiteter, erneuerungsbedürftiger Bestand von 1600 Kilometer vorlag. Hier wäre Spielraum für Arbeiten mit einem Gesamtaufwand von 400 Millionen Mark gegeben gewesen. In Wirklichkeit hat man aber — im Arbeitslohnjahr 1926! — nach Angabe des Eisenbahnkommissars vielleicht ein Zehntel erneuert. Statt der verlangten Vorwegnahme fünfjähriger Arbeiten zum Zwecke des Konjunkturausgleichs haben wir es also mit einem Fortschleppen der Rängel der Vergangenheit zu tun. Mit den anderen Bauarbeiten steht es nicht besser. Allein für die Verstärkung der Bogen und Pfeiler der Berliner Stadtbahn sollten 100 Millionen, für Verstärkung eiserner Brücken 200 Millionen, für die Ausbesserung der restlichen Sachschäden im besetzten Gebiet 20 Millionen ausgegeben werden. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß mit den 375 Millionen, die die Reichsbahn im vergangenen Jahre auf das Kapitalkonto geschrieben hat, die wirklichen baulichen Mängel, Spuren der zehnjährigen Verfalltätigkeit des Verkehrsapparates, keineswegs aus der Welt geschafft worden sind.

In einer weiteren Erklärung gibt die Reichsbahn zu, daß sie in das Jahr 1927 mit einem erheblichen Barbestand von rund 600 Millionen eingetreten ist. Davon müßten aber 204 Mill. (2 Proz. der bisherigen Betriebseinnahmen) dem gesetzlichen Reservefonds gutgeschrieben werden, 36 Mill. beanspruchen die Verzinsung der Vorkaufaktien, während die Betriebsbarriere auf 153 Millionen zu bemessen sei. So verbleiben „nur“ 200 Millionen als eigentliche Kassenreserve, die für die kommenden verkehrsarmen Monate und für notwendige Bauten bereitgehalten werden müßten. Um sich gegen „finanzielle Stöße“ zu rüsten, müsse man also auch diese 200 Millionen zurücklegen. Das ist also die Form, in der die Reichsbahn, wie sie am Beginn ihres Kommunikationsjahres sagt, „Ihre Gelder der Wirtschaft dienstbar zu machen“ bestrebt ist!

Ist aber diese Finanzpolitik wirtschaftlich die einzig mögliche? Es steht fest, daß die Reichsbahn das Geschäftsjahr 1926 bereits mit über 300 Millionen liquides Geld begonnen hat, wovon 150 für „Betriebsrechtsabrechnung und Verlustguthaben“ zurückgestellt waren, während der Rest die Barreserve bildete. Demnach müßte der liquide Ueberschuß des abgelaufenen Jahres noch 300 Millionen enthalten, worin bereits 150 Millionen Erlös aus dem Verkauf der Vorkaufaktien im Sommer enthalten sind. Da die Reparationsverpflichtung des Jahres bereits im November mehr als gedeckt war, und im Monat Dezember der Güterverkehr nicht wesentlich zurückgegangen war, so könnte die Rechnung ungefähr aufgehen, wenn man nicht die 130 Millionen, die im Vorjahr als gesetzliche Reserve zurückgestellt waren, noch hinzufügen müßte. Dabei wird aber vorausgesetzt, daß die über 250 Millionen Reichsgelder, die z. T. zu besonders niedrigen Zinsen zur Verfügung gestellt waren, sich mit der Summe der Aufträge decken. Nimmt man aber das alles an, und ist man vorsichtshalber damit einverstanden, die Kassenreserve auf etwa 150 Millionen zu stellen (obgleich die wichtigsten periodischen Barzahlungen, nämlich die Böhmische, einen geringen Bruchteil dieser Summe bilden), so bleibt doch bestehen, daß alles, was über 400 Millionen Mark hinausgeht Thesaurierung ist. Daß übrigens auch dann der Reichsbahn die Möglichkeit offen steht, im Notfall an den Kredit der Reichsbank im Sinne des Reichsbankgesetzes zu appellieren (er kann für Bahn und Post zusammen bis zu 200 Millionen Mark reichen) ist ein weiterer Grund, daß sich die Deffizitpolitik gegen die volkswirtschaftlich schädliche Thesaurierungspolitik der Reichsbahn wehrt.

Es ist also volkswirtschaftlich berechtigt, von der Eisenbahn eine energiegeladere Verwendung ihrer flüssigen Mittel zu verlangen. Die Deffizitpolitik kann es nicht dulden, daß das Geld dieses öffentlichen Unternehmens in das Reservoir ihres halb privaten Bankanhangels, der Verkehrskreditbank (an deren Kapital die Privatkapitalisten zwar nur mit 25 Proz. beteiligt sind, dafür aber 1/2 der Aufsichtsratsstimme haben) fließt und von dort aus die unproduktive Spekulation bestreuet.

Satire gegen Marine.

„Hamburg“-Offiziere mit den Filmsternen.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand gestern der Prozeß gegen den früheren verantwortlichen Redakteur des „Montag-Morgen“, Carl von Ossietzki, und den Schriftsteller Erich Weinert wegen angeblicher Beleidigung der Offiziere und Mannschaft der Marine statt.

Gegenstand der Anklage bildet ein Gedicht Erich Weinerts: „Kreuzer Hamburg“, das am 19. Juli v. J. erschienen ist. In diesem Gedicht stand unter anderem zu lesen: „Wir haben täglich illustriert mit Sophon und Konfabine und großen Schlagzeilen dekoriert — unsere Marine.“ Der Chef der Marine, Admiral Zentgraf, war als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. Seine Abwesenheit hat er durch „wichtige Geschäfte“ zu entschuldigen! An seiner Stelle ist der Referent für die Berichte vom Kreuzer „Hamburg“, Leutnant Lahnsdorf, erschienen.

Erich Weinert erklärte, das Gedicht sei in Verbindung mit den Bierverkäufen durch „Hamburg“-Leute und mit gewissen Geschäften in Hollywood entstanden. Es bedeute nichts anderes als eine dichterische Impression in satirischer Form. Der Anlaß zu ihm haben u. a. Abbildungen in der „Frankfurter Illustrierten Zeitung“ gegeben, auf denen der Kommandant des Kreuzers „Hamburg“ mit einer Filmdiva auf dem Arm und Offiziere in Gesellschaft einer ganzen Reihe von Filmstars in eigenartigem Aufzug zu sehen waren. Auch der Brief, der im „Vorwärts“ abgedruckt war und eine Beschimpfung der Reichsarmee durch Offiziere schilderte, habe ihn zu dem Gedicht angeregt. Das Wort Konfabine sollte nur besagen, daß es sich bei den Offizieren um flüchtige Bekanntschaften gehandelt habe und außerdem reime es sich auch vorzüglich auf Marine.

Kapitänleutnant Lahnsdorf erklärte als Zeuge, daß das Betragen der Mannschaften und Offiziere im Auslande stets der Würde der deutschen Marine angemessen gewesen sei. In Hollywood seien

China-Debatte im Unterhaus.

Angriff der Arbeiterpartei. — Chamberlains Antwort.

London, 10. Februar. (W.B.) Die heutige große China-Debatte im Unterhaus wurde von dem Arbeitermitglied

Trevelyan

eingeleitet, der den bereits gemeldeten offiziellen Abänderungsantrag der Opposition einbrachte. Er kritisierte eingehend die gesamte britische Politik in China in der Vergangenheit und sagte, die Opposition wolle nicht, daß Großbritannien mit Rußland streite, weil Rußland eine fortschrittliche Politik in China unterfühle, zu deren Gunsten sich Großbritannien selbst erklärt habe. Die Nation könne

nicht zwei Spiele auf einmal

spielen. Mit der Entsendung der britischen Truppen sei alles ins Chaos zurückgeworfen worden. Regierungen, die sich selbst ableiten, unterzeichneten nicht Verträge, während ihnen die gepanzerte Faust ins Gesicht gehalten würde. Trevelyan fragte, ob irgendein Versuch gemacht worden sei, um eine Garantie von der Kantongregierung bezüglich der englischen Untertanen in Schanghai zu erhalten. Er sagte, die Lage der britischen Untertanen in anderen Teilen Chinas werde durch die Entsendung der britischen Truppen nach Schanghai verschlimmert werden, weil die Truppen die Empörung des chinesischen Volkes vermehren würden. Die Truppenentsendung habe es für Chamberlain unmöglich gemacht, Erfolg zu haben, wenn er nicht seinen Beschluß zurückziehe.

Chamberlain.

der sich hierauf, vom Beifall der Regierungseite begrüßt, erhob, sagte, es sei klar, daß, während Trevelyan vielleicht für die Bänke der Arbeiterpartei spreche, er kaum für die gesprochen haben könne, die auf der vordersten Arbeiterbank neben ihm (Trevelyan) sitzen, denn seine Haltung sei von derjenigen verschieden, die von Thomas und Macdonald in ihren Reden eingenommen worden sei. Seiner Ansicht nach seien Macdonald und er (Chamberlain), die für die Regierung stimmten, nicht weit auseinander mit Bezug auf die Politik, die sie zu befolgen wünschten. Trevelyan habe heute eine Sprache geführt, die seine (Chamberlains) Aufgabe nicht leichter machen würde und nicht

zweimal je hundert Leute zu Besuch eingeladen worden. Auch habe ein Picnic zu Ehren der Mannschaften stattgefunden, und Frau Lubitz habe die Seeladetten und auch einmal die Offiziere besonders zu sich eingeladen. In San Francisco sei nichts Anstößiges vorgekommen, und auch die Zeitungsnotizen haben sich über die deutschen Seeleute sehr inkompatibel geäußert. Was den Aufenthalt bei Los Angeles betrifft, so müsse bemerkt werden, daß die Kriegsschiffe exterritorial seien und daß selbstverständlich bei Ausübung der Gastfreundschaft alkoholische Getränke vorgelegt worden seien. Es habe aber ein strenges Verbot bestanden, Spirituosen an Amerikaner zu verkaufen. Trotzdem sei ein Fall vorgekommen, daß der Offizierssteward sich von zwei Amerikanern habe verleiten lassen, ihnen zwei Flaschen Bier für je einen Dollar zu verkaufen. Er habe dafür eine strenge Bestrafung erhalten. Die Amerikaner seien aber Spiegel der Prohibitionsbehörde gewesen.

Staatsanwalt Kirchner erachtet den Tatbestand der Beleidigung als gegeben. Ein an und für sich unbedeutendes Vorkommnis sei ungebührlich aufgebauscht worden. Die Marine sei dadurch in der Achtung des Auslandes herabgewürdigt. Die Angeklagten seien deshalb mit je 500 M. Geldstrafe zu bestrafen.

Nach längerer Beratung verurteilte das Schöffengericht dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend die Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von je 500 M. In der Begründung heißt es, daß die Beweisaufnahme nicht den geringsten Beweis für die Richtigkeit des Vorwurfs ergeben habe, daß sich die deutsche Marine im Auslande zum Nachteil des Vaterlandes aufgeführt habe.

Die Erwerbslosenversicherung.

Auswahlschüsse über den Kreis der Versicherten.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags begann gestern die Spezialberatung des Gesetzesentwurfs über die Erwerbslosenversicherung mit dem Kreise der Versicherungspflichtigen. Die Debatte zeigte, welche großen Probleme dieses Gesetz zur Lösung enthält. So steht der § 34 des Gesetzesentwurfes vor, daß versicherungspflichtig lediglich die auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Reichs-Knappschaftsgesetzes gegen Krankheit Pflichtversicherten, sowie die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes Pflichtversicherten und die Schiffsbefahrung von deutschen Seefahrzeugen sein sollen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, diesen Kreis zu erweitern durch Einschluß derjenigen kleinen Küstenfischer, die zwar nicht Arbeitnehmer im obigen Sinne sind, aber sozial mit ihnen vollkommen auf der gleichen Stufe stehen. Dieser Antrag wurde von der Genossin Schroeder begründet, indem sie an Hand von Beispielen aus ihrem Wahlkreis Schleswig-Holstein nachwies, wie die kleinen Küstenfischer, die sogenannten Partenfischer, vollkommen proletarisiert sind, ja häufig schlimmer daran sind wie Arbeiter. Dieser Personenkreis ist bisher in die Erwerbslosensicherung nicht eingeschlossen gewesen. Sie sind dadurch auch durch die Arbeitslosensicherung nicht erfasst und sind infolgedessen in den Nachkriegsjahren vollkommen verelendet. Es sind ganze Fischergemeinden, die von diesem Schicksal betroffen wurden und die deshalb auch gar nicht in der Lage sind, auf dem Wege der Wohlfahrtspflege den Leuten zu helfen.

Die Kommunisten wollten durch einen Antrag eine freiwillige Versicherung für diese Leute, aber ebenso für die übrigen selbständigen Schichten schaffen. Genosse Hoch wies nach, daß eine solche freiwillige Versicherung bei der Erwerbslosensicherung unmöglich sei, da sie dazu führen würde, daß Geschäftsleute usw., die den Niedergang ihres Geschäftes in kurzer Zeit kommen sehen, sich noch eben rechtzeitig versichern und so die Arbeitnehmer belasten würden. Er wies darauf hin, daß ebenso wie die übrige Sozialversicherung im Laufe der Zeit allmählich aus der eigentlichen Arbeiterversicherung immer weiter herausgetrennt sei und selbständige Kreise erfasst habe, z. B. die Hausgewerbetreibenden, auch die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung auf alle offenbar den Arbeitnehmerschichten abzuliegender Erfindungen ausgedehnt werden müßte, und er forderte deshalb auch die Ausdehnung auf die kleinen Küstenfischer.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wandten sich alle gegen diesen Antrag.

Der sozialdemokratische Antrag wurde deshalb mit allen bürgerlichen Stimmen, mit Ausnahme der völkischen, abgelehnt. Der § 34 wurde also in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Eine ausgedehnte Debatte erfolgte sodann über die Frage, ob die an sich versicherungspflichtigen dann versicherungsfrei sein sollen, wenn sie nur für einen Teil des Jahres in

zu einer friedlichen Lösung beitragen könne, die Trevelyan wünsche. Diese Sprache könnten andere Regierungen als eine Ermutung aufnehmen, die Regelung abzulehnen.

Chamberlain führte weiter aus: Die britische Regierung sei bereit, so weit zu gehen, wie dies im Hinblick auf die vom ganzen Unterhaus anerkannte Pflicht der britischen Regierung, britisches Leben zu schützen, möglich sei.

Der Gang der Verhandlungen sei noch ganz unsicher.

Chamberlain schloß: Ich hoffe, daß nicht nur der Frieden gesichert ist, sondern daß ein neues und besseres Verständnis für die britischen Absichten im chinesischen Volk Verbreitung finden wird und daß chinesische Volk erkennen wird, daß Großbritannien nicht die Absicht hat, es in einem Zustand der Unterjochung und Bevormundung oder der Mißhandlung zu halten.

Chamberlain führte u. a. weiter aus, es verstoße gegen die Politik der britischen Regierung, an irgendeinen bewaffneten Konflikt zwischen chinesischen Streitkräften teilzunehmen, und sie werde fortfahren.

strengste Neutralität im Bürgerkrieg

zu wahren. Die Regierung habe beschlossen, daß sie Verstärkungen nach dem Fernen Osten senden müsse. Er wurde gefragt, weshalb die Regierung diese Vorsichtsmaßnahme für notwendig erachte, während keine andere Macht ähnliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe. Chamberlain sagte, jede Macht habe irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, aber

die Stellung Englands sei eine ganz besondere.

Während der ganzen letzten zwei Jahre sei die Bewegung in China gegen England gerichtet gewesen. Die britischen Untertanen dort seien unmittelbar bedroht als die irgendeiner anderen Macht. Während Japan soviel Truppen wie es wolle, in 48 Stunden nach Schanghai schicken könne, brauchten Streitkräfte, die von England zum Schutze entsandt werden, Wochen, um dorthin zu gelangen. Unter Beifall sagte Chamberlain: Wir können nicht warten, diese Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen, bis britisches Leben bereits in unmittelbarer Gefahr ist.

der Land- und Forstwirtschaft oder in der Binnen- und Küstenfischer als Arbeitnehmer tätig sind, im übrigen aber als Eigentümer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes hieron leben können. Die Genossen Hoch, Schmidt-Röpenick und Beder-Herborn wiesen darauf hin, daß diese Bestimmungen viel zu unbestimmt seien und daß sie gerade dadurch zu einem Ausschluß eines Teiles der Landarbeiter und der an sich versicherungspflichtigen Fischer auch dann führen könnten, wenn dies an sich nicht zu rechtfertigen sei. Unsere Fraktion stelle ganz besonders den Antrag, Ausnahmen in der Binnen- und Küstenfischerei überhaupt zu streichen.

Die bürgerlichen Fraktionen erkannten zum Teil die Einwände an, konnten sich aber nicht entschließen, die entsprechenden Änderungen anzunehmen. Die Bestimmungen wurden vielmehr in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, lediglich für die Beschäftigung des Chagattian oder der Abkömmlinge wurde eine Beschränkung insoweit erreicht, als ein Antrag der Volkspartei, die Versicherungsfreiheit nur dann eintreten zu lassen, wenn die Beschäftigung als Arbeitnehmer weniger als ein halbes Jahr ausmacht. Klar waren sich aber alle darüber, daß bezüglich dieses Paragraphen bis zur zweiten Lesung noch weitere Klarheit geschaffen werden muß. Angenommen wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag, der bei der Bestimmung, bei welcher Mindestfläche an Grundbesitz überhaupt eine Befreiung eintreten darf, die Landesämter für Arbeitsvermittlung hinzuzieht.

Venor der Ausschuss die Frage der Arbeitslosenversicherung beriet, nahm er einen gemeinsamen Initiationsgesetzentwurf der verschiedenen Parteien an, wonach in die Fürsorge für erwerbslose Seeleute eingeschlossen werden die in den mit Loggern betriebenen Heringsfischereien tätigen Partenfischer.

Gewerkschaften und Faschismus.

Die italienische Gewerkschaftsleitung gegen jedes Kompromiß.

Paris, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Leitung der italienischen Gewerkschaften, die sich seit Wochen in Paris aufhält, veröffentlicht jetzt ein Manifest, in dem sie die italienische Arbeiterschaft auffordert, der Gewerkschaftsbewegung auch unter der Diktatur treu zu bleiben. Sie erklärt, daß sie gezwungen war, aus Italien zu fliehen, wenn sie nicht der Verbannung oder gar dem Tode ausgehört sein wollte. Wenn eine keine Minderheit der in Italien zurückgelassenen sozialistischen Führer Verrat begangen und zum Faschismus übergegangen sei, so solle das der internationalen Bewegung in Italien keinerlei Abbruch tun.

Coolidge für die Marine-Abrüstung.

Washington, 10. Februar. (W.B.) In einer Botschaft an den Kongress hat Präsident Coolidge bekanntgegeben, daß er in einer Note an die Mächte vorgelegt hat, die Mächte sollten ihre Delegierten auf der Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz mit Vollmachten zur Beratung und zum baldigen Abschluß eines Abkommens über eine weitere Einschränkung der Rüstungen zur See ausstatten.

Amerika und die Wirtschaftskonferenz.

Die Teilnahme wahrscheinlich.

Paris, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß in politischen Kreisen der Eindruck vorherrsche, daß der Kongress seine Zustimmung zu einem Vorschlag des Präsidenten Coolidge geben wird, an der Internationalen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen. Die Vereinigten Staaten werden durch Anthony Gilbert, Mitglied der Unterbaukommission und Bage, früheren Präsident der Zollkommission, vertreten werden. Diese beiden Delegierten seien ausgewählt worden, weil das Problem der Zolltarife eines der wichtigsten sei, das in Genf angeschnitten werde.

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

durch den französischen Senat

Paris, 10. Februar. (W.B.) Der Senat hat in der heutigen Nachmittags Sitzung mit großer Mehrheit das Washingtoner Abkommen über den Abstillenulag ratifiziert.

Achtstundentag mit Vorbehalt.

An Lebens- oder gesundheitsgefährlichen Betrieben.

Meistens drei Jahre hat es gedauert, bevor der Reichsarbeitsminister sich dazu entschließen konnte, von der ihm in der Arbeitszeitverordnung vorbehaltenen Befugnis Gebrauch zu machen, diejenigen Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern zu bestimmen, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, damit wenigstens für diese Arbeiter der Achtstundentag wieder in Geltung kommen soll. Die Verzögerung wäre sachlich nur so zu erklären, daß erst ausprobiert werden sollte, welche der Lebens- oder gesundheitsgefährlichen Arbeiten sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen haben.

Endlich sind nun die Verordnungen über die Arbeitszeit in Metallhütten, in Glaswerken und in Glashütten und -schleifereien erlassen worden. Damit jedoch die mit den genau bezeichneten Bestimmungen in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht unbedingt darauf pochen können, nur acht Stunden täglich zu arbeiten, ist für die Unternehmer eine Hintertür offengelassen worden durch die folgende einschränkende Bestimmung:

„Nur ein Arbeiter eine der im Abs. 1 bezeichneten Tätigkeiten während eines Teiles seiner Arbeitszeit aus, so greift die Beschränkung des § 7 nur an denjenigen Tagen Platz, an denen er mindestens vier Stunden damit beschäftigt ist.“

Sind die betreffenden Arbeiter also weniger als vier Stunden täglich mit Arbeiten unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit beschäftigt, dann kann ihre Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde täglich verlängert werden. Schon aus prinzipieller Gegnerschaft gegen den „schematischen“ Achtstundentag werden die Unternehmer nicht verkümmern, diese Hintertür soweit als möglich zu benutzen. Sie ist doch dazu da!

Diese Verordnungen lassen — wie Sabor sagte — tief bliden. Wie soll die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erst für diejenigen Arbeiter und Angestellten ausfallen, die nicht „unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten“, wenn nicht einmal den Arbeitern, die unter die drei neuen Verordnungen vom 9. Februar 1927 fallen, der uneingeschränkte Achtstundentag zugestanden wird.

„Weitere Schritte auf dem Wege zum Achtstundentag“ überschreibt „Der Deutsche“ den Abdruck der Verordnungen. Welche Schritte sind denn eigentlich diesen weiteren vorausgegangen? Bisher lediglich die Verordnung vom 1. Februar 1925 für die Hochöfenarbeiter in Kokeren und Hüttenbetrieben. Auch diese Verordnung ist mit der Einschränkung erfolgt, daß die Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiter, die nur während eines Teils ihrer Arbeitszeit in den bezeichneten Betrieben beschäftigt sind, nur an denjenigen Tagen Platz greift, an denen der einzelne Arbeiter mit den genannten Arbeiten „während des überwiegenden Teils seiner täglichen Arbeitszeit beschäftigt ist, also er mehr als vierstündiger Arbeiter am Hochofen.“

Drei Jahre lang haben die weiteren Schritte auf sich warten lassen, für die ganz besonderen Fälle. Wann werden etwa weitere Schritte erfolgen, wann endlich soll das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden?

Abgesehen davon, daß das Folgegesetz über die Einschränkung der Arbeitszeit mit diesen Verordnungen keineswegs abgetan ist, darf doch wohl daran erinnert werden, daß die Forderung des Achtstundentags eine allgemein hygienische Forderung ist, die keineswegs auf die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit tätigen Arbeiter beschränkt werden kann, wenn auch zugegeben ist, daß für diese in erster Linie der uneingeschränkte Achtstundentag am Platze ist und längst fällig war.

Die Rechtsprechung des Gewerbegerichts.

Unser ständiger Berichterstatter beim Gewerbegericht schreibt uns: Die in der Morgennummer vom Donnerstag veröffentlichte Zuschrift des Baugewerksbundes kann den Anschein erwecken, als ob die Spruchpraxis beim Gewerbegericht Berlin

ganz allgemein die Rechte der Arbeiter tendenziös benachteilige. Wäre die Auffassung, die in der Zuschrift vom Baugewerksbund zum Ausdruck kommt, zutreffend, dann müßten die Arbeiter dem Gewerbegericht mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen. Zu einem Mißtrauen gegen die Rechtsprechung des Gewerbegerichts liegt aber — wie ich auf Grund meiner jahrelangen Erfahrungen sagen kann — kein Grund vor. Gewiß kommt manchmal ein Urteil vor, das, vom Arbeiterstandpunkt gesehen, als Fehlurteil bezeichnet werden muß. Auch ich habe solche Urteile erlebt und sie im „Vorwärts“ kritisiert. Aber das sind Ausnahmefälle, die nicht zu der Annahme berechtigen, daß beim Gewerbegericht ganz allgemein die Tendenz herrscht, zumungunsten der Arbeiter zu urteilen. Ob sich die Ansicht des Vertreters des Baugewerksbundes auf Erfahrungen stützen läßt, die er bei den beiden Baukammern gemacht hat, mit denen er ausschließlich zu tun hat, weiß ich nicht, denn ich habe die Sitzungen dieser beiden Kammern sehr selten besucht. Aber auf zehn andere Kammern, wo ich regelmäßig Zuhörer bin, treffen seine Ausführungen nicht zu. Uebrigens sind auch die Vertreter großer Gewerkschaften, mit denen ich bis jetzt über diese Angelegenheit sprechen konnte, mit mir darin einig, daß das Urteil des Genossen vom Baugewerksbund, soweit es sich nicht nur auf Einzelfälle, sondern ganz allgemein auf die Rechtsprechung des Gewerbegerichts bezieht, ein Fehlurteil ist.

25 000 Metallarbeiter in Leipzig ausgesperrt.

Ultimatum des sächsischen Arbeitgeberartikels.

Leipzig, 10. Februar. (W.B.) Da die streikenden Arbeiter der Metallindustrie im Leipziger Bezirk bis Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufgenommen hatten, hat der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig die Aussperrung verfügt und die Arbeiter entlassen. Es handelt sich um rund 25 000 Arbeiter. Zur Unterstützung dieser Maßnahme hat das sächsische Kartell der Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie die gesamte Aussperrung in ganz Sachsen zum 15. Februar beschlossen, falls die Wiederaufnahme der Arbeit nicht bis zum 11. Februar erfolgt.

Leipzig, 10. Februar. (M.) Die Lage im Leipziger Metallarbeiterstreik ist auch heute unverändert. Vom Verband der Metallindustrie im Bezirk Leipzig wird folgendes mitgeteilt: „Von vielen Seiten ist zu hören, daß den Arbeitern unzutreffende Gründe für den jetzigen Kampf in der Metallindustrie angegeben worden sind. So sind zum Beispiel die Behauptungen verbreitet, daß ein Lohnabbau bis 65 Pfennig beabsichtigt sei, daß die Ferien für dieses Jahr auf drei Tage heruntergesetzt werden sollten usw. Demgegenüber stellt der Verband fest, daß lediglich über die Frage der Arbeitszeit, nicht aber über Lohn oder Ferien verhandelt worden ist.“

Eben darum dreht es sich allerdings, und die Metallarbeiter haben nichts anderes behauptet. Sie haben freilich darauf hingewiesen, daß diese Aussperrungsaktion der Unternehmer nur unter Tarifbruch möglich ist, und dieser Einwand scheint den Unternehmern so unbedeutend, daß sie es nicht für notwendig halten, sich dazu zu äußern.

Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie.

Frankfurt a. M., 10. Februar. (M.) Nachdem die Verhandlungen über die geforderte Lohnhöhung in der chemischen Industrie am 28. Januar gescheitert sind, wird sich das Zentralkartell in Berlin am Freitag mit den Lohnforderungen zu befassen haben. Die gegenwärtig in der chemischen Industrie gezahlten Löhne für den Betriebsarbeiter betragen 66, 68 und 70 Pfennige pro Stunde.

Lohnkämpfe in Norwegen.

Oslo, 10. Februar. (M.) In Norwegen stehen für die nächste Zeit schwere Arbeitskonflikte bevor. In der Eisen-, der Zerkoll-, der Bergwerks- und der Schuhindustrie sind die eingeleiteten Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeiter gescheitert, weil die von den Unternehmern angebotene Kronensteigerung geforderte Herabsetzung der Löhne um 25 Proz. (!) abgelehnt wurde. Am Sonntag werden 11 000 Arbeiter in den Auslastungen treten. Man befürchtet eine lange Dauer und schwierige Lösbarkeit des entstandenen Konfliktes.

Konflikt in der dänischen Landwirtschaft.

Kopenhagen, 9. Februar. (M.) Während die Arbeiterabkommen in der Industrie zum größten Teil in Ruhe erneuert bzw. abgeändert werden, scheint es erhebliche Differenzen bezüglich einer Erneuerung des Lohnabkommens mit den Landarbeitern zu geben. Vor einigen Jahren wurde man sich einig, daß die Landarbeitelöhne gleichzeitig festgelegt werden sollten, je nach der Tragfähigkeit der Landwirtschaft. Aber dies hat zu Schwierigkeiten geführt. Da die Abkommen von den Arbeitnehmern bis zum 1. Mai gekündigt sind, sieht man den Verhandlungen mit einer gewissen Spannung entgegen.

Trohender Eisenbahnerstreik in Mexiko.

London, 9. Februar. (M.) Wie aus Mexiko berichtet wird, hat die Eisenbahnergewerkschaft der Leitung der mexikanischen Eisenbahn mitgeteilt, daß am 17. Februar der Generalstreik erklärt werden werde, falls ihre Lohnforderungen nicht erfüllt würden.

Die Deutsche Arbeiterzentrale (Berlin, Hofenplatz 6) ist nunmehr neben den öffentlichen Arbeitsnachweisen für die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zugelassen worden. Bisher erstreckte sich ihre Befugnis nur auf die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Landarbeiter. Die Zentrale stellt nunmehr ihren Apparat auch in den Dienst der Inlandsvermittlung. Die neue Tätigkeit der Arbeiterzentrale ist deshalb besonders wichtig, weil bekanntlich das Ausländerkontingent für 1927 von 130 000 auf 100 000 gekürzt worden ist und es nunmehr gilt, den hierdurch eintretenden Arbeitermangel durch Vermittlung deutscher Erwerbsloser in die Landwirtschaft zu beheben.

Einfacher! Wegen Arbeitsdifferenzen sind für Einfacher die Banken der Baufirma Holzmann, Thorner Straße, gesperrt. Deutscher Holzarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB. ladet zu einer Funktionärskonferenz am kommenden Donnerstag, abends 7 Uhr, ins Gewerkschaftshaus ein. „Grundrhythmus über die Veränderungen in der Sozialversicherung“ lautet das Thema. Referent ist Genosse Zippel. Eintritt gegen Vorweis der Einladung und des Mitgliedsbuches.

Achtung, SPD.-Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Am Freitag, 11. Februar, 7 Uhr, in Heinrichs Weiden, Große Poststraße 24, Versammlung aller SPD.-Genossen. Tagesordnung: Stellungnahme zur bevorstehenden Generalsammlung. Vollständiges Schreiben ersucht. Der Funktionärsausschuß.

Genossen der Hochbahn, Straßenbahn und Omnibusse. Am Sonntag, 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Oswald, Eilbichler Straße 12, wichtige Sitzung der SPD.-Genossen an der Hochbahn, wozu auch die Genossen der Straßenbahn und Omnibusse eingeladen sind. Referent Genosse Otto Klose: „Die Vereinfachung der Betriebsbereiche und ihre Auswirkung auf die Arbeitnehmerschaft derselben.“ Bildet alle dienstfreien Genossen ist es zu erscheinen. Mitgliederbuch mitbringen. Der Funktionärsausschuß.
Achtung, SPD.-Helfer, Bezirk Osten II. Am Sonntag, 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal Brombeeren, Paul-Ginger-Straße 10, wichtige Zusammenkunft aller Parteimitglieder. Vollständiges Schreiben ersucht. Der Funktionärsausschuß.
Achtung, SPD.-Metallarbeiter. Am Sonntag, 12. Februar, 7 Uhr, in den Residenz-Hütten, Landwehrer Str. 11, wichtige Funktionärsversammlung. Jeder Genosse halte sich für den Abend frei. Der Funktionärsausschuß.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, tagt die Gruppen-Vernamung: Gruppenheim Jugendheim Landwehr, 11, Ecke Holzschloß. Vortrag: „Die Gewerkschaftsbewegung der Ostmark.“ — Jugendliche Gruppenheim Jugendheim Landwehr, Ecke Center Straße, Vortrag: „Wer war Karl Liebknecht?“ — Werbung I: Gruppenheim Landwehr, Ecke Center Straße, Vortrag: „Aus der Praxis der Schlichter.“ — Jugendversammlung in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin, Unterstr. 187, 6 Uhr. Programm: 1. Arbeit im Umkle, 2. Die Kolonisation „Ruffing Bild“, 3. Welt im Streit.
Jugendgruppe des FVH. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Ebnack: Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7/10. Vortrag: „Exzellenzen der Jugend“ (Dr. Wenz). — Spandau: Jugendheim Eintracht 1. Diskussionsabend. — Lichtberg: Jugendheim Partane 10. Vortrag: „Deut werden des Menschen“.

Besondere für: Dattil: Dieter Schiff; Dittsch: G. Rindfleisch; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßern; Funktionärs: Dr. John Schifano; Sozialer und Sonstiger: Fr. Rindfleisch; Kington: Fr. Glade; Kintisch in Berlin; Berlin: Rindfleisch-Berlin, G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Mitten“.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz Soweit Vorrat.

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Landleber- u. Rotwurst Pfund 115

Große Mettwurst Pfd. 1.30	Filetwurst . . . Pfund 1.50
Mortadella . . . Pfund 1.30	Mettwurst (Braunschwe. Art) Pfund 1.50
Speck wett, Pfd. 1.30 mager 1.40	Schinkenspeck Pfund 1.65
Jagdwurst . . . Pfund 1.45	Zervelat u. Salami holsteinische, Pfund 1.80
Schinkenwurst Pfund 1.45	

Rosenthaler Straße, Königstraße, Moritzplatz:
Blut- u. Leberwurst halbesche, P- und 72 Pf.
Sälz- u. Speckwurst Pfd. 1 M
Biorwurst . . . Pfund 1.65
Feine Leberwurst Pfd. 1.65

Bratenschmalz deutsches Schachtel, 1/2 Pfd. 48 Pf.

Tafelbutter Pfund 1.90 2 M
Dänische Butter Pfund 2.16
Margarine Pfd. 52 Pf. 58 Pf.

Romaieur . . . Stück 22 Pf.

Limburger Allgäu Pfund 70 Pf.
Edamer . . . Pfund 75 Pf.
Holländer . . . Pfund 80 Pf.
Steinbuscher . Pfund 98 Pf.
Tilsiter vollreif . . Pfund 1.15
Schweizer 1/2 Pfd. 1.45 1.15

Fettbücklinge große Pfund 22 Kiste 5 Pfd. 95 Pf.

Sproten Pfd. 45 Kiste 38 Pf.
Fludern pomm., 35 Pf. 45 Pf.
Fleckerlinge . Pfund 45 Pf.
Rotbars . . . Pfund 52 Pf.
Sealachs . . . Pfund 52 Pf.
Aale Bund 68 Pf.

Konserven

1/2 Dose	1/2 Dose
Schnitt- u. Brechbohnen	Gem. Erbsen 62 Pf.
1/2 Dose 58 Pf. I. Sorte 80 Pf.	Jg Erbsen mit Karotten 70 Pf.
Jg. Karotten extra klein 1.05	Leipziger Allerlei . . 85 Pf.
Jg. Karotten 60 Pf.	Pflaumen mit Stiefel . 72 Pf.
Karotten geschält . . 40 Pf.	Apfelmus 65 Pf.
Soinat 46 Pf.	Birnen extra Qualität . 1.20
Pfefferlinge I 1 M	Ananas Hawaii I. Scheiben 1.60
Kaiserschoten 1.85	Oelsardinen 1/4 Klubbdose 48 Pf. Dose 78 Pf.
Erbsen mittelste 84 Pf.	

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfund	75 Pf.
Kalbsnierenbraten Pfund	85 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt Pfund	1 M
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knoch. Pfund	95 Pf.
Schweinebauch u. Rücken mit Beilete Pfund	90 Pf.
Schweine-Schinken Blatt u. Kamm Pfund	1 M
Kasler, Speer u. Kamm Pfund	120
Lieser Pfund 85 Pf. Gehacktes Pfund	75 Pf.
Prima gefrorenes Ochsenfleisch	
Suppenfleisch Pfund	55 Pf.
Kamm u. Brust Pfund	60 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund	70 Pf.

Fische

Grüne Heringe schwedische . . . 5 Pfund	55 Pf.
Bratfludern Pfund	12 Pf.
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische . . . Pfund	20 Pf.
Rotbarse ohne Kopf Pfund	20 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische . . . Pfund	22 Pf.
Scheiffische Pfund	22 Pf.
Lebende Karpfen Pfund	98 Pf.

Gänse gefroren Pfund von 98 Pf. an

Gänsepökelfleisch Brust- u. Keulenstücke 1.20	Hühner frisch geschlacht., Pfd v 1.25 an
Hirschrücken Pfd. v. 1.15 an	Schneehühner u. 1.70 1.90

Konfitüren 2 Pfund-Elmer

Ananas 1.65 Orangen 1.15 Pflaumen 1.10 Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren 1.45

Frische Ananas . . . Pfund 98 Pf.

Kranzfeigen . . Pfund 30 Pf.	Kalif. Äpfel Pfd. 40 Pf. 50 Pf.
Mandarinen . . Pfund 32 Pf.	Datteln Karion ca. 350 Gr. 60 Pf.
Zitronen Duzend 40 Pf.	Apfelsinen Duzend 65, 95 Pf.

Blut-Orangen Kiste 100 u. 150 Stück 12 M

Rot-, Weiß- u. Wirtskohl . Pfund 7 Pf.	Sellerie Pfund . . . 9 u. 16 Pf.
Zwiebeln Pfund 8 Pf.	Blumkohl Kopf von 20 Pf. an
Malta-Kartoffeln Pfd. 20 Pf.	Schwarzwurzeln Stk 25 Pf.

Linsen gut kochend Pfund 22 Pf.

Tafelreis Pfund 22 Pf.	Hartgrieß Pfund 29 Pf.
Graupen grob . . Pfund 22 Pf.	Bosn. Pflaumen Pfund 30 Pf.
Haferflocken . . Pfund 23 Pf.	Backobst 5 Frucht, Pfd 52 Pf.
Weizenmehl . . . Pfund 23 Pf.	Ringäpfel amerik., Pfd. 52 Pf.
Kartoffelmehl . . Pfund 28 Pf.	Bosn. Pflaumen ohne Saft 54 Pf.

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei 2 Pfund von 2 Pfund an

Spezial-Mischung 30% Bohnenkaffee, Pfund 68 Pf. 40% 1.12

Borken-Schokolade Karlca. 35 ca 150 Gr. 65 Pf.

Schokolad-Printen 1/4 Pfund 30 Pf. Sandgebäck 1/4 Pfund 25 Pf.

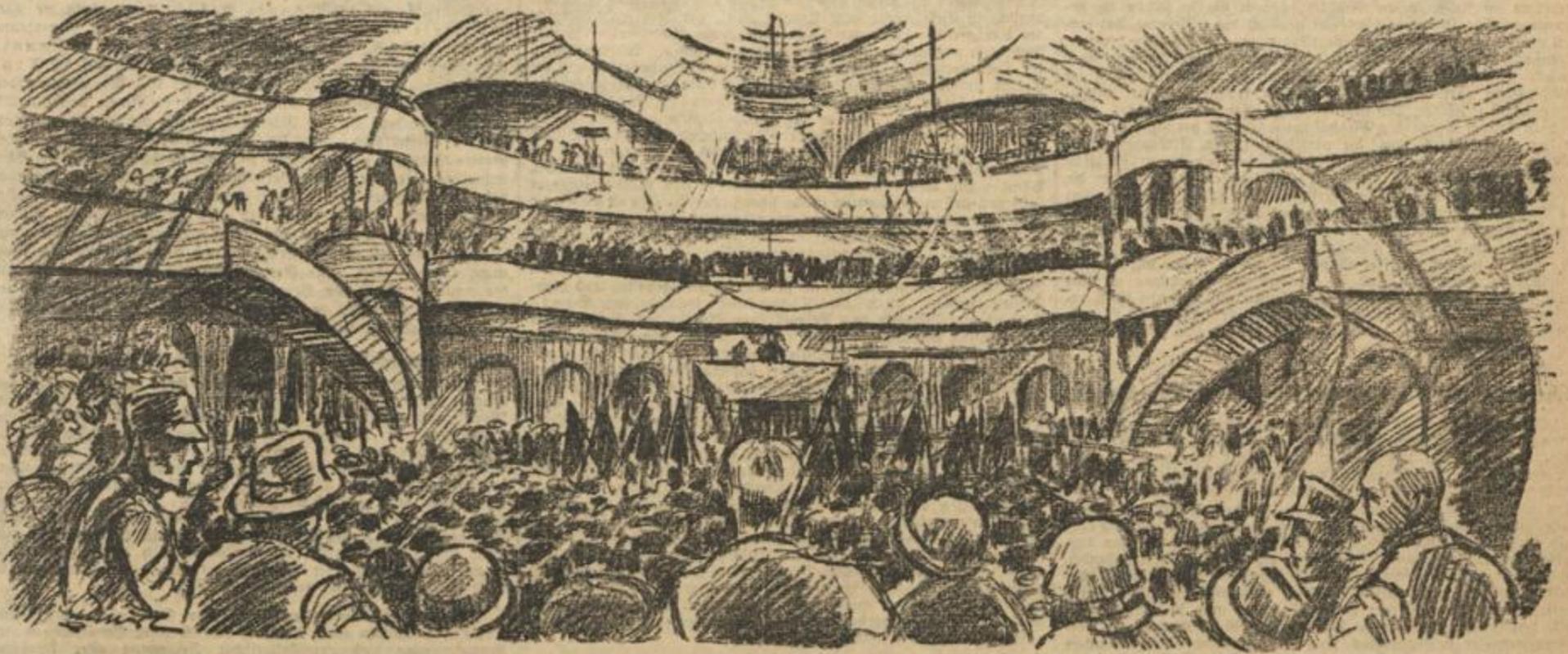
Tee

Darjeeling-Misch. 1/4 Pfd. 4 M China-Misch. 1/4 Pfund 3.40
Ceylon-Misch. 1/4 Pfund 3.70 Indian-Misch. 1/4 Pfund 3.10

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränksteuer, ohne Glas
1924 Caselar Harrenberg würziger Rotwein . . . 1.30
1924 Altenbambarger Roienberg Riesl. blaugr. Pfalz. in 1.50
1921 Oppenheimer Goldberg gehaltvoll, reif . . . 1.80
1924 Domaine St. Coloma spanischer Tafelrotwein . 1.15
1921 Château Gobincau Prop. Oobloeu, Listrac-Medoc 2 M
Fruchtschaumwein feine Qualität, mit Flasche . . . 1.35

Berlin gegen den Besitzbürgerblock.



Das Massenaufgebot im Sportpalast.

Schon kurz vor 7 Uhr strömt es in endlosen Scharen die Potsdamer Straße hinauf, Arbeiter, Reichsbannerleute in Uniform, Kleinwerkbetreibende zur Kundgebung der Sozialdemokratie gegen das beginnende Reudell-Regime. Spannung lagert über der Straße, an den Kreuzungen hält berittene Polizei, um den Einmarsch der Massen des republikanischen Berlin zu regeln. Aber die Beamten brauchen nicht einzugreifen, die Tausende halten gute Disziplin. Im Schweige ihres Angesichts bemühen sich Kommunistentrupps, die gedruckten Sirenenrufe „an die Reichsbannerlerneraden“ zu bringen. Schade um die umsonst verlorbenen Speisen, die nun das Moskauer Budget belasten. Das kommunistische Propagandapapier bedeckt bald zentimeterhoch den Erdboden. Am Eingang zum Sportpalast flaut sich die Menge, und obwohl Berlins Volk von zwei, drei Seiten in die mächtige Halle strömt, hat das Reichsbanner seine liebe Not, die Menschenmenge zu dirigieren. Schon gegen 1/8 Uhr sind Riesensaal und Tribünen bis auf den letzten Platz besetzt; Tausende stehen schon, und noch immer ist keine Verminderung des Zustroms festzustellen. Run rückt die Arbeiterjugend in geschlossenen Zügen an, rote Banner flattern über ihren Häuptern, aus jungen Reihen ertönt die „Internationale“ und die Massen, die die Straßendämme füllen, singen Spornen mit. Wie war die Geschlossenheit der wertigtigen Republikaner stärker als in diesen Stunden, da Zehntausende unter den Farben der Sozialdemokratie ihr republikanisches Kampfgelübde für Volkstaat und Freiheit ablegten. Eins noch war bemerkenswert: Die Besucher der Riesenkundgebung waren nicht nur sozialistische Republikaner, nicht allein Anhänger der Sozialdemokratie. Tausende aufgeschreckter Kleinbürger und Mittelständler waren erschienen, um zu hören, was die Abgeordneten der größten Arbeiterpartei in dieser Stunde des Marins dem Millionenvolk der Reichshauptstadt zu sagen haben. Reugier viellecht zum Teil, zum anderen wohl aber auch erwachende Erkenntnis. In der Opposition gegen den Rechtsblock wachsen die Kräfte der republikanischen Volkspartei tausendfach. Zehn Minuten vor 8 sperre die Polizei wegen Ueberfüllung Saal und Tribünen, die Gitter des Gartens zum Sportpalast werden geschlossen, indes sich Tausende und aber Tausende auf der Straße stauen.

Der Riesentraum des Sportpalastes füllt sich um die siebente Abendstunde sehr schnell. Gegen 1/8 Uhr ist kein Sitzplatz mehr zu haben, wenige Minuten darauf muß der Zugang wegen Ueberfüllung vollständig gesperrt werden. Die roten Banner werden unterhalb der Rednerbühne und im weiten Rund des Saales aufgestellt. Die moderne Einrichtung des Mikrophons und der Lautsprecher ist auch für unsere Kundgebung nutzbar gemacht worden. Jedes Wort, das vor dem Mikrophon gesprochen wird, ist in dem ganzen weiten Raum gleich gut zu verstehen. Schlag 1/8 Uhr erklärt Genosse Bledite im Namen des Bezirksvorstandes die Kundgebung für eröffnet. Er gibt unter lebhaftem Beifall die Rede bekannt und das Thema, über das sie sprechen werden. Zunächst aber singt der Gau Berlin des Arbeiter-Sängerbundes unter der Leitung seines Chormeisters Kohrbach die „Frühlingsstürme“ von Schulte und „Ich harre dein“ von Uthmann. Als der gewaltige Beifall, der den Sängern dankt, voraus ist, nimmt der erste Redner des Abends das Wort.

Friedrich Stampfer: Die Regierungskrise.

Wir sind hier viele Tausende und doch nur eine Woge von dem ungeheuren Meer des arbeitenden Volkes, Millionen, die Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut sind, stehen draußen. Wären sie immer mit uns eines Sinnes gewesen, hätten wir das widerwärtige Schauspiel der Geburt des Bürgerblocks nie erlebt. Welch ein Schauspiel! Prinzipien gab man für Projekte, Grundzüge je Duzend für einen Ministerposten. Es war nicht die Gier nach der Futterrippe für einzelne, die die Deutschnationalen dabei lenkte, es war ein Zug im Kampf der Klassen um die Macht. Hinter den Deutschnationalen stehen die organisierten Arbeitgeber, sie wollen die Zeit wieder, in der der Arbeiter im Fabrikhof mit der Mähe in der Hand vor ihnen stand. Die demokratisch und sozial gerichteten Elemente des Zentrums haben vor dem Feldmarschall kapituliert. Sie haben sich gebückt und warten auf bessere Zeiten. Nur einer ist aufrecht geblieben: Josef Wirth. (Donnernd, sich wiederholender Beifall.) Wir danken diesem Mann, daß er uns den Mut gibt, über Parteigrenzen hinweg an Menschen zu glauben und an Treue und an männliche Ueberzeugung. (Wiederholter donnernder Beifall.) Wir dücken uns nicht, warten nicht auf bessere Zeiten, sondern kämpfen um sie. Die Einheitsfront des Proletariats ist in diesem Saal, sie ist da in der

Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie. Wir wollen diese Regierung stürzen so gründlich, daß sie in dieser Gestalt nie wieder aufersteht. Darum fester Zusammenschluß! Nicht mit Gezänk und Gezeter werden ihr die Welt befreien, sondern nur durch Brüderlichkeit in Rat und Tat. Die ihr noch rechts und links von uns steht, kommt zu uns, auf daß Deutschland keine Republik des Geldsacks werde, sondern eine freie Republik der Arbeit!

Dittmann: Der Fall Reudell.

Mit Beifall begrüßt, führt Dittmann aus: Wenn man den Wert des Eides auf die republikanische Reichsverfassung prüft, den wir deutschnationalen Minister geleistet haben, so fällt einem jenes Wort des Generals von Ledebour ein, daß er bereit sei, alle die Eide, die er zwischen 8 und 9 Uhr geschworen habe, zwischen 9 und 10 Uhr wieder zu brechen. Würde das Schicksal der deutschen Republik jemals von diesen Ministern abhängen, dann könnte man die Republik verloren geben. In doch der Reichsinnenminister, dessen besondere Aufgabe der Schutz der Verfassung ist, nicht nur fappistischer Landrat, sondern auch ein Förderer und Gattegeber der bekannnten Olympia gewesen. Marx hatte in der Regierungserklärung angekündigt, daß gegen alle verfassungsfeindlichen Unternehmungen energisch vorgegangen werden soll; wie wird das Herr Reudell tun? Vielleicht so wie beim Kapp-Putsch, wo er die Aufrufe und Schwindelmeldungen der Dutschregierung verbreitete, aber die Verbreitung von Kundgebungen der rechtmäßigen Regierung mit schwerer Strafe bedrohte. Was für ein Vorbild soll ein derartiger Innenminister den höheren Beamten geben, von denen ein Teil ohnehin bekanntermaßen Reaktionsäre sind. Der Bloß der Junker und Großkapitalisten unter Führung des Zentrums wird aber, je mehr er seinen Charakter enthüllt, desto sicherer jenen Arbeitern die Augen öffnen, die bisher noch für bürgerliche Parteien gestimmt haben, und sie dahin weisen, wohin sie nach ihrem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interesse gehören: zur Partei des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, alle Wertigtigen zum Kampf aufzurufen gegen die neue Junker- und Kapitalistenherrschaft. Hier Kapital, hier Arbeit, das ist jetzt die Parole, und jeder Arbeiter, Angestellter, Beamter und überhaupt Wertigtige, der kein Hundsfott sein will, gehört jetzt hinein in die Klassenfront des arbeitenden Volkes, hinein in die Sozialdemokratische Partei!

Marie Fuchacz: Rechtsregierung und Frauen.

Die Frauen haben durch die Revolution und durch den neuen Staat weitgehende Rechte gewonnen, aber sie müssen das Gewonnene in richtiger Weise zu verwenden lernen. Sie müssen verstehen, daß in unserem politischen Leben zwei starke Strömungen gegen einander arbeiten: die bewußt republikanisch-demokratisch-soziale und die ebenso bewußt reaktionär-kapitalistische. Für die Frauen besteht die Gefahr, daß sie durch einen Sieg der Reaktion von dem, was sie gewonnen haben, manches verlieren oder daß mindestens der weitere Ausbau der Frauenrechte verhindert wird. Die Sozialdemokratie hat durch ihr festes Eintreten für die Republik und für das demokratisch-parlamentarische System den Frauen viel genützt. Die Frauen schädigen sich selbst am meisten, wenn sie antirepublikanische und antidemokratische Bestrebungen unterstützen. Nach der Reichspräsidentenwahl sind Stimmen laut geworden, die den Frauen die Schuld an dem Wahlergebnis zugemessen haben. Dieses Wahlergebnis hat sich allerdings ziemlich verhängnisvoll in unserem politischen Leben ausgewirkt. (Lauter Zustimmung.) Unter einem bewußt demokratischen und von ganzem Herzen republikanisch gesonnenen Reichspräsidenten hätten wir wohl nicht diese politische Entwicklung der letzten Zeit bekommen und auch das bewegliche und anpassungsfähige Zentrum wäre wohl freierwilliger gewesen gegenüber den Rechtsblockbestrebungen. (Sehr wahr!) Die Frauen können viel dazu beitragen, daß diese Entwicklung nach rechts wieder zum Stillstand gebracht wird und die Drahtzieher der Reaktion ihre politischen Ziele nicht erreichen. Der Krieg und die Revolution haben uns bewiesen, daß schließlich doch immer der Geist über die Materie siegt. Wir wissen genau, daß die Arbeiterfrauen und die Arbeiterjugend zusammen mit den Arbeitern selbst alle reaktionären Pläne zunichte machen werden. Halten wir zusammen und die Entwicklung wird vorwärts gehen zum Aufbau der Demokratie, zum Siege des Sozialismus.

Aufhäuser: Rechtsregierung und Sozialpolitik.

Als der Achtstundentag geschlossen war, schrieb im April 1920 die „Deutsche Arbeiterzeitung“: „Der Tag, an dem der Zehn- und Zwölfstunden-Rottag von früher wieder Allgemeingut Deutschlands sein wird, wird der Auferstehungstag des neuen Deutschlands sein.“ Heute haben wir teilweise den Zehn- und Zwölfstundentag, damit aber nicht die Auferstehung Deutschlands, sondern die der Reaktion und des Bürgerblocks. Die Lage ist heute so: Auf der einen Seite: Steigerung der Produktion, Kapitalerhöhung in den großen Gesellschaften, Verdoppelung der Aktienkurse, Riesengewinne. Auf der an-

deren Seite: lange Arbeitszeit, Lohndrück, zwei Millionen Arbeitslose. Diese wirtschaftliche Lage schuf die Voraussetzung für die Bürgerblockregierung. Deshalb stehen Arbeits- und Arbeitslosenfrage im Mittelpunkt des Programmes der neuen Regierung: sie ist die Regierung zur Stabilisierung des heutigen sozialen Glücks. (Lebhafte Zustimmung.) Seit langem warten wir auf das Arbeitszeitgesetz, aber erst als die Sozialdemokratie das Rotgesetz für den Achtstundentag einbrachte, hat das Arbeitsministerium das Arbeitszeitgesetz vorgelegt, um damit das Rotgesetz für den Achtstundentag zu verhindern. (Lebhaftes Pfui.) Der Reichsarbeitsminister schreibt einen Brief an den Reichsjustizminister. Wenn unsere Minister Briefe schreiben, passiert meistens ein Unglück. (Heiterkeit.) Herr Hergt soll danach den Achtstundentag sichern. Wir können uns denken, wie er als Justizminister mit seinen Staatsanwälten das tun wird. (Beifall.) Uns fehlt tatsächlich nur der Schutz gegen unsere neuen Beschäftigten. (Beifall.) In der Arbeitslosenfrage ist die Verminderung der bisherigen Sätze und Ueberweisung der Ausgestorbenen auf Almosen geplant. Der Zweck des Gesetzes ist, den Achtstundentag zu verhindern. Der Beschäftigte kämpft jetzt um die Nacht im Staate, um seine Profitinteressen wahren zu können. Diese Regierung ist die offene Kriegserklärung an das arbeitende Volk Deutschlands. Die heutige Kundgebung zeigt, daß das arbeitende Volk bereit ist, den ihm aufgesetzten Krieg zu führen und ihn siegreich zu beenden.

Breitscheid: Rechtsregierung und Außenpolitik.

Herr Stresemann ist in Urlaub gegangen. Er wird sich im jernen Süden erholen von der außenpolitischen Arbeit des letzten Jahres. Man könnte sich vorstellen, daß er sich erholen wolle von den Laten seines Freundes Scholz in Ostpreußen. Vielleicht will Herr Stresemann auch abwarten, wie das Kabinett über die nächste Zeit hinwegkommt, dessen Zusammenfassung sicherlich nicht seine Freude erregt hat, für das er aber durch seine Passivität die größte Verantwortung trägt. Die neue Regierung soll augenblicklich vor allem außenpolitisch die gleiche Politik treiben wie die alte. Wer aber glaubt, daß die Deutschnationalen mit so vielen Opfern sich in die Regierung gedrängt haben, um jetzt innen- und außenpolitisch dieselbe Politik zu treiben wie früher? Ich fürchte, der Reichskanzler Dr. Marx müßte sich allzu viel zu. Und wenn er sagt, daß er die politische Richtung dieses Kabinetts bestimme, so ist zu befürchten, daß er gerade nicht der Mann ist, sich gegen seine vier deutschnationalen Kollegen durchzusetzen. (Zustimmung.) Herr Marx verweist darauf, daß die Deutschnationalen die Richtlinien der deutschen Außenpolitik anerkannt hätten. Wir wissen, daß diese sich bemüht haben, den Sinn der Richtlinien am folgenden Tage in ihr Gegenteil zu verkehren. Wir denken daran, daß die Deutschnationalen bereits 1925 in der Regierung waren und so lange die Außenpolitik mitmachten, bis sie ihren künftigen Lohn in Gestalt des Jollaris in der Tasche hatten. Sie haben sich nie dem Zentrum auf den Weg nach Rom begeben. Sie stiegen in den Zug ein, als sie erfuhr, daß auch in dem D-Zug ein Speisewagen sei. (Große Heiterkeit.) Wie wird man im Auslande, vor allem in Frankreich, dieses Kabinett beurteilen? Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Verständigungspolitik auch ohne Rücksicht auf die Berliner Kabinette fortgesetzt werden müsse. Unter den gleichen Bedingungen verlangen wir auch die Räumung des Rheinlandes. Aber die nationalistischen Kreise Frankreichs werden es leicht haben, aus der Bürgerblockregierung Kapital zu schlagen. Das Staatschiff ist aufs neue in Gefahr, in die Wogen des Mißtrauens und des Hasses gestaubert zu werden. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen sind ins Stocken geraten. Die Deutschnationalen machen sich hier bereits peinlich bemerkbar. Man kann das behaupten, ohne etwa die politische Politik in Schutz nehmen zu wollen. Es ist möglich, daß Herr Stresemann im Süden Herrn Mussolini trifft. Glaubst du, daß Mussolini ein Erfolg ist für die Verständigungspolitik mit Frankreich? Wir Sozialdemokraten halten fest an der bisherigen Friedenspolitik. Wir können den Kampf gegen den Bürgerblock führen, wenn das Volk uns zur Seite steht und wenn mit ihm die gesamte Internationale der Arbeiter hinter uns ist.

Künstler: Reichsbanner und Republik.

Bisher haben die Arbeiter in Deutschland der Reichswehr wenig Interesse entgegengebracht und doch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Reichswehr, die unter Führung nichtrepublikanischer Offiziere steht, ist eine Gefahr für die Republik und die Arbeiterklasse geworden. Hier herrscht der alte Preußengeist, es gibt Offiziere, die in der Reichswehr das kommende Instrument der Reaktion für den verlorenen Krieg sehen. Die Reichswehr ist eine außenpolitische Gefahr; sie hat sich nicht gekümmert, aus Russland Granaten und Infanteriemunition zu beziehen. (Die Versammlung geriet in große Bewegung, als die Kommunisten einige Zwischenrufe machen und stimmt dem Redner durch langanhaltendes

Händekasschen zu.) Die Reichstagsfraktion muß hier Klarheit schaffen. Das ganze Volk muß erkennen, welches traurige Spiel hier mit ihm getrieben wird. Dem altpreussischen Junkergeist gilt unser Kampf; wir müssen die Jugend erziehen im Sinne der Freiheit, nicht aber im Geist des Militarismus. Unser Lösungswort aber ist: Fort mit Gehler, fort mit den monarchistischen Offizieren.

Vogel-Nürnberg: Bayerns und Reichs.

Ich komme aus Bayern, das seit Jahren eine Regierung erdulden muß, die genau so zusammengesetzt ist wie die Zustände gekommen im Reich, dessen Ministerpräsident sich in feinen Neuierungen manche Geschmackslosigkeiten geleistet hat. Mehring hat einmal gesagt, daß der schlimmste Partikularismus in Preußen herrsche. Preußens Partikularismus aber bleibt hinter dem Bayerns weit zurück. Bayern hat seit langem versucht, die Reichsoberleitung im rückständigen partikularistischen Sinne zu revidieren. Der Reichsfinanzminister Köhler, der dem bairischen Zentrum anhehört, wird auch in diesem Sinne den Reichsfinanzausgleich beeinflussen. Hier ist der Hebel, durch den die partikularistischen Strömungen gebremst werden können. Unser Ziel muß aber sein die großdeutsche einheitliche Republik, die erfüllt ist vom sozialen Geist, in der die Sätze der Demokratie wirklich herrschen. Das ist ein Ideal, für das die Sozialdemokratie eintreten kann und muß. Wirklich stark werden die Gegner nur, wenn wir uns schwach fühlen. Wir werden die Feinde um so rascher schlagen, wenn wir einig sind, wenn wir eine Politik treiben, die frei ist von Illusionen, wenn wir höchstes Pflichtgefühl offenbaren und die höchsten Anforderungen an uns selbst stellen. Dann werden wir die Massen mit unserem Geist erfüllen und im Sinne Freiligraths wirken: wir sind die Kraft, wir hämmern jung den alten morischen Staat, die wir von Gottes Jorne sind, das Proletariat.

Scheidemann: Die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Ich würde gern auf das Schlußwort verzichten, aber ich muß sprechen, weil die ganze Potsdamer Straße voll von Menschen steht, die durch den Lautsprecher jedes Wort vernahmen können. (Lauter Beifall.) Der Wirtschaft und den Banken geht es glänzend, die Arbeiterschaft leidet Not, zwei Millionen arbeitsfreudiger Menschen feiern. Die Rechtspositivisten werden hoch geehrt, die Linkspositivisten wandern ins Gefängnis. Wer die Republik liebt und deshalb Furcht verleiht, der wird von den links von uns stehenden ein Arbeitervertreter genannt und von den Rechtsstehenden als Landesverräter bezeichnet. Wer nicht gegen, sondern um die Reichsmehr kämpft, wird verteumelt, vielleicht ermordet. (Veihäufiger Beifall.) Sozialdemokratische Arbeiter haben 1918 und auch im Kapp-Putsch 1920 den Staat gerettet. Jetzt fikt der Kappist v. Keubell als Verfassungsminister im Bürgerblock. Das ist nur möglich, weil die deutsche Arbeiterschaft ihre große Zahl, nicht in politische Macht umzusetzen verstand. Das wichtigste ist, die Arbeiterklasse zu einigen auf demokratischer Basis. (Stürmischer Beifall.) Nur auf dem Boden der Demokratie können wir zum Sozialismus kommen. Und darum ist Aufklärung notwendig. Selten war die Zeit so günstig wie heute. Sie ist so günstig, wie sie es 1912 war, als der schwarze Block in Deutschland regierte, die Kreuzung von Kosen und Königsberg, wie man es damals scherzhaft nannte. Wer jetzt Besserung herbeiwünscht, ohne für die Sache des arbeitenden Volkes zu werben, der hat das Recht verwirrt, Kritik zu üben. Wenn das Volk draußen lebendig ist, wird die Arbeit der Reichstagsfraktion um so wirkungsvoller sein. Dann kann sie frohlocken und mit ihren Gegnern. (Veihäufiger Beifall.) Tun Sie Ihre Pflicht, und wir, die wir Ihre Sprecher sind, werden die unsere tun. Ich fordere Sie auf, mit mir in den Ruf einzustimmen: Die Sozialdemokratie lebe hoch! Die Versammlung nimmt den Ruf stürmisch auf.

Allen Rednern war rauschender Beifall zuteil geworden. Am Schluß steigerte er sich zu lautester freudiger Zustimmung, die in immer neuen Beifallsstürmen ihren Ausdruck fand. Als die Arbeiterfänger mit der „Internationale“ ihre Darbietungen schlossen, gingen die Versammelten stehend und mit Begeisterung das alte Kampflied mit. Jubel löst es aus, als der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Viehite, den Rednern für ihre Worte dankte.

Der riesige Lautsprecher ist verstummt. Unter den Klängen der Internationale feiert sich die Riesenhalle. Aus acht Ausgängen strömt die Masse auf die Straße. Auf der Straße stößt der Verkehr. Zug um Zug formiert sich. Rotes Banner, langen Zügen vorangetragen, beherrscht die Straße. Das Reichsbanner verläßt gefolgt die Kundgebung. Der Abmarsch der Teilnehmer erfolgte ohne Zwischenfälle. Auch die einzelnen Züge kamen, soweit wir feststellen konnten, ohne Störungen in ihre Bezirke.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Der Vater unterdrückt sie heftig. Er spricht englisch; man tut immer so, als ob ich von dieser Sprache nichts verstehe.

„Wirst du mir jetzt eine Szene vormachen?“
„Wenn du glaubst, daß er nicht alles sieht, so täuschst du dich.“

Dann wandte er sich zu mir: „Geh, Jacques, schau in den Garten, was Alice dort macht, sie ist ganz allein.“

Ich gehe mit schwerem Herzen. Im Garten spielt Alice ruhig mit ihrer Puppe; sie ist ganz glücklich über mein Kommen.

„Du bist jetzt mein Mann,“ sagt sie ernsthaft, „und du wirst meiner Nichte einen Besuch machen.“

Ich spiele mit ihr, aber sie ist gar nicht zufrieden. Ich bin zerstreut und denke an das, was oben vorgeht: sicherlich ein ähnlicher Auftritt wie der, bei dem ich zwei Wochen vorher Zeuge war. Und richtig öffnet sich die Tür und die Mutter erscheint am Arm ihres Gatten.

Er strahlt und streicht zufrieden über seinen schönen blonden Bart; sie kommt langsam auf uns zu; eine Falte zieht, kaum mehr sichtbar, auf ihrer Stirn.

Sie ruft: „Jacques, du mußt ein paar Besorgungen machen.“

„Hol dir einen Korb, sagt der Vater mit einer Stimme, in die er einen zärtlichen Klang legt.“

Meine Mutter sagt mir, was ich holen soll, dann entfernt sie sich mit Alice und der Vater gibt mir das nötige Geld. Gerade wie ich fortgehen will, blickt er hastig herum. Niemand in Hörweite! Er zieht die schredliche Flasche heraus, dann sagt er mit erstickter ernster Stimme: „Nimm mir diese Flasche mit Kognat anfüllen, es ist mir sehr schlecht und ich will die Mutter nicht erschrecken.“

Vor fünf Minuten hat er ihr zugeschworen, nicht mehr zu trinken, dachte ich, und ich leistete Widerstand.

„Nein, die Mama hat mir verboten, in ein Wirtshaus zu gehen.“

„Sei nicht so bißig; wenn die Mutter wüßte, wie mir übel ist, würde sie dich selbst schlän; das ist das Einzige, was mir hilft. Es ist ein Medikament, nichts als ein Medika-

Nicht geisteskrank!

Der Mörder der Senta Eckert und der Gräfin Lambsdorf.

Der Mörder der Gräfin Lambsdorf und der sechsjährigen Senta Eckert ist auf seinen Geisteszustand untersucht worden, und der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Reibronn wird in den nächsten Tagen die Voruntersuchung zum Abschluß bringen und die Akten an die Staatsanwaltschaft abgeben.

Die Hauptverhandlung gegen Böttcher wegen Mordes in zwei Fällen und wegen einer Reihe von Raubüberfällen wird voraussichtlich Ende März oder Anfang April vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bombe stattfinden und mehrere Tage in Anspruch nehmen. Böttcher hat in der Voruntersuchung zugegeben, daß er einen Raubüberfall auf die Gräfin Lambsdorf geplant hatte. Die Gräfin sei aber eine sehr energiegelade Dame gewesen und habe ihm starken Widerstand entgegengesetzt, als er ihr die Handtasche entreißen wollte. Sie habe auch sofort nach dem ihr vorgehaltenen Revolver gegriffen. Bei dem Ringen sei der Schuh unversehens losgegangen und die Kugel müsse sie tödlich getroffen haben, denn sie sei sofort umgefallen. Böttcher gibt weiter zu, daß er die Leiche in den Wald verschleppt habe und daß er sich dort an ihr in schändlicher Weise vergangen habe. Obwohl er die Mordüberlegung entschieden bestreitet, erscheint Böttcher durch die Gutachten der Schicksachsverständigen und durch die chemische Untersuchung der Brandstellen an der Kleidung der Gräfin Lambsdorf vollkommen überführt. Danach muß er den Revolver nicht an den Körper in der Herzgegend gehalten und abgeschossen haben. Auch die Tötung der sechsjährigen Senta Eckert gibt Böttcher zu. Er will beim Anblick des Kindes unter dem Einfluß des Alkohols in Erregung geraten sein. Als sich das Kind seinen Lüften widersetze, hat er es erwürgt. Die Leiche wurde in ein Kornfeld verschleppt, und dort hat Böttcher die Leiche geschändet, in ähnlicher Weise wie bei der Gräfin Lambsdorf. Unter den weiteren Anklagepunkten befindet sich auch der Raubüberfall auf die Krankenschwester, der zur Entdeckung des Mörders geführt hat. Böttcher will seit seiner frühesten Jugend die wüsten Ausschweifungen begangen haben. Diese Angaben veranlassen die Verteidiger, die Untersuchung Böttchers auf seinen Geisteszustand zu beantragen. Böttcher ist inzwischen von den Gerichtsärzten Professor Dr. Strauß und Medizinalrat Drenth eingehend untersucht worden. Beide Sachverständige sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß Böttcher nicht geisteskrank ist. Die Sachverständigen betrachten ihn als ein Opfer seiner abnorm sexuellen Triebe. Nach ihrer Ansicht kann man Böttcher nur als eine Sexualbestie bezeichnen. Sobald die schriftlichen Gutachten eingegangen sein werden, wird die Voruntersuchung geschlossen werden, und die Akten werden an die Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung gehen.

Der zärtliche Diener verurteilt.

10 Monate Gefängnis im Potsdamer Diebstahlprozess.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den des Diebstahls an Besitztümern der Frau Professor Schnabel in Potsdam angeklagten Diener Max Schwinzer kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, als die Wirtschaftlerin von Professor Schnabel, Fräulein Katharina Sauer, vernommen wurde. Sie schilderte, daß in dem Haushalt verschiedene Gegenstände nicht auffindbar gewesen seien und daß man schließlich dahintergekommen sei, daß der Diener Max Schwinzer sie entwendet habe. Als man ihm Vorhaltungen gemacht habe, sei er schließlich ausfallend geworden, so daß man, um einen männlichen Schuh zu haben, die Kriminalpolizei benachrichtigt habe. Auf Veranlassung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp, wurde dann die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen, da das Gericht sodann auf die Aussagen des Hauptangeklagten bezüglich seines intimen Verhältnisses zu Frau Schnabel eingehen wollte. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit ergriff der Erste Staatsanwalt Gerlach das Wort zum Strafantrag. Er betonte, daß bei den ersten drei Angeklagten der vorliegende schwere und einfache Diebstahl erwiesen worden sei. Das Märchen, daß Schwinzer die Gegenstände gestohlen bekommen oder an Stelle des nicht gezahlten Lohnes erhalten habe, sei in der Verhandlung widerlegt worden. Ebenso sei nicht zutreffend, daß er in Wirklichkeit die engen Beziehungen zu Frau Professor Schnabel gehabt, deren er sich vor Gericht gerühmt habe. Er könne

nicht als das bezeichnet werden, was man Schieber nenne. Der Staatsanwalt beantragte wegen des schweren Vertrauensbruchs gegen Max Schwinzer 10 Monate Gefängnis, gegen Frau Biese 3 Monate Gefängnis, gegen ihre Tochter Johanna Biese ebenfalls 3 Monate Gefängnis und gegen Georg Schwinzer wegen Hehlerei 2 Wochen Gefängnis, die in 100 Mk. Geldstrafe umzuwandeln seien. Bei Frau Biese kann evtl. Strafausschlag erfolgen, nicht aber bei Johanna Biese, die schon einmal wegen Unterschlagung bestraft wurde und augenscheinlich die Triebfeder des ganzen Diebstahls gewesen ist.

Das Urteil lautete gegen Max Schwinzer wegen schweren Diebstahls auf 10 Monate Gefängnis, gegen die Ehefrau Biese auf 3 Monate Gefängnis unter Bewährung von Strafausschlag, gegen Johanna Biese auf 3 Monate und gegen Georg Schwinzer wegen Hehlerei auf 10 Tage Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 100 Mk. umgewandelt wurden. Diese Geldstrafe kann monatlich in Raten von 10 Mk. abgezahlt werden. In der Urteilsbegründung betonte Landgerichtsdirektor Westerkamp, daß bei den ersten drei Angeklagten der schwere Diebstahl glatt erwiesen sei. Strafvorschärfend sei bei Max Schwinzer die Art seiner Verteidigung hinzugekommen, denn er habe den Vorwurf, den er gegen Frau Professor Schnabel in aller Öffentlichkeit erhoben habe, in der nichtöffentlichen Sitzung zurückzunehmen müssen. Die drei Angeklagten hätten eine ganze Wogenladung voll Sachen gestohlen und gemeinschaftlich die Wohnung ausgeplündert. Das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß die treibende Kraft die Braut des Hauptangeklagten gewesen sei, die ja auch seinerzeit der Staatsanwaltschaft die Parteibücher in die Hände gespielt hatte.

Vernehmung des Mörders Buchholz am Tatort.

Der Heizer Buchholz, der seine Frau im Schutteller umbrachte, wird unter der Anschuldigung des Mordes jetzt nach Raabitz gebracht werden. Seitern wurde er von den Kriminalkommissaren Dr. Anuschat und Daub, von mehreren Beamten bewacht, noch einmal an den Tatort geführt. Der Vorkalender hatte den Zweck, einige Angaben an Ort und Stelle nachzuprüfen und bestehende Widersprüche aufzuklären. Dabei suchte man auch nach dem verschundenen Gelde der Frau, jedoch ohne etwas zu finden. Ob Buchholz seine Frau mit einem Stück Holz oder einem Ziegelstein erschlagen hat, will Buchholz jetzt nicht mehr wissen. Die Frage, ob es ihm möglich gewesen wäre, die Leiche in der Heizung der Schule zu verbrennen, ist zu bejahen. Er hätte sie dazu allerdings zerstückeln müssen.

Die beiden Sommerfelder Mörder Kurt Sommer und Friedrich Librenz wurden nach Abschluß der Berliner Ermittlungen und Vernehmungen und protokolllarischer Festlegung aller Aussagen gestern — Donnerstag nachmittag — von Kriminalkommissar Müller und einigen Beamten unter sicherer Bewachung nach Guben gebracht und dort der Staatsanwaltschaft vorgeführt. In ihrem merkwürdig zynischen Verhalten ist bisher keine Veränderung eingetreten.

Mord und Selbstmord aus verknüpfter Liebe.

Seit einigen Tagen bemerkte man in der Wohnung der Witwe Schweride in der Bernholzer Str. 2 in Potsdam Tag und Nacht ununterbrochen elektrisch Licht brennen. Die Polizei wurde benachrichtigt, und als man in die Wohnung trat, fand man in der Küche Frau Schweride und ihren zwölfjährigen Sohn als Leichen vor. Mutter und Sohn hatten sich mit Gas vergiftet und lagen seit Sonntag tot in der Wohnung. Die Witwe war verlobt, aber ihr Bräutigam hatte sich vor einigen Tagen mit einer anderen verheiratet. Aus Gram darüber hat Frau Schw. sich und ihr Kind durch Gas getötet.

Ein schwerer Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag in einer Pianofortefabrik in der Schweidnitzer Straße 11/15. Der 54jährige Fräher Richard Karasch aus der Schönleinstraße wurde von einem zurückschlagenden Maschinenhebel so schwer gegen die Brust getroffen, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Verunglückte wurde zum nächsten Krankenhaus gebracht, bereits auf dem Wege dorthin trat der Tod ein.

Freie Sozialistische Hochschule. Sonnabend, den 12. Februar, abends 7½ Uhr, findet im großen Saal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3, ein Vortrag des Genossen Fritz Larnow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, über das Thema: „Lohnproblem und Wirtschaftsaufbau“ statt. Karten zum Preise von 50 Pf. sind an den betamten Stellen zu haben.

Lichtenberg 11—Tasmania spielt nicht Kieler Straße, sondern auf Sparta-platz Quakstraße.

ment; damit du siehst, daß es so ist, wie ich dir sage, kannst du ihn in der Apotheke holen.“

„Ich habe der Mama versprochen, nie mehr Kognat zu holen.“ sage ich eigensinnig.

„Jetzt wird's mir aber bald zu dumm; ich bin dein Vater, und du mußt mir gehorchen.“

Und ich gehorche.

Aber am Abend ließ er mich nur allzusehr fühlen, daß er mein Vater war. Wir aßen die Suppe, die ihm ausgezeichnet schmeckte, und er sagte, ich müßte noch einen Teller essen.

„Suppe ist für Kinder (und er betonte das Wort) sehr gesund.“

„Nein, danke.“

„Was soll das heißen, nein danke, ich will, daß du noch einen Teller Suppe isst.“

„Aber ich habe wirklich keinen Hunger mehr.“

Nachher hatten wir eingemachten Blumenkohl, der meine Leibspeise war, und das mußte er.

„O, der junge Herr hat keinen Hunger mehr, um so besser, marsch ins Bett.“

Ich warf meiner Mutter einen flehenden Blick zu. Sie rührte sich nicht, schien nichts zu sehen und nichts zu hören.

Ich stand langsam vom Tisch auf. Da stürzte er sich auf mich und versetzte mir einen Faustschlag auf den Kopf.

Die Mutter stieß mich mit einem traurigen Blick an, zu schweigen.

Ich ging, nun glaubte ich verstanden zu haben. Sie hatte Angst vor ihm.

Jetzt erhob ich mich immer frühzeitig, bereitete das Frühstück, und während das Wasser kochte, pukte ich die Schuhe. Dann erst kam mein Vater aus seinem Zimmer, bemängelte den Kaffee, der einmal zu stark, ein andermal zu schwach war, die Schuhe, die nicht genügend glänzten, die Küche, die nicht gut geputzt war oder die Tassen, die schlecht abgewaschen waren. Jedesmal schloß er seine Vorwürfe mit den gleichen Worten: „Du bist ein rechter Unnütz.“

Aber das ließ mich ganz kalt. Die Mutter, die immer tränkelt stand erst auf, nachdem ich schon zur Schule gegangen war.

So vergingen einige Wochen; während dieser Zeit wurde ich unaufhörlich ausgezankt, beschimpft, geschlagen. Eines Abends machte ich meine Schulaufgaben, die Mutter stopfte Strümpfe beim Schein der Hängelampe. Alice schlief im Nebenzimmer; der Vater sollte aus Chambers erst mit dem

lehten Zug zurückkommen. Tiefe Stille herrschte, durch die offenen Fenster drangen laue Wellen von Luft. Plötzlich wird die Tür unserer Wohnung laut geöffnet, jemand schleicht herein.

„Das ist Mama!“ murmelte die Mutter erschreckt. „Was sie nur wollen mag?“

Und richtig, es ist Frau Bonnard.

„Guten Abend, guten Abend.“

„Was gibt's?“

„Nichts Gutes, arme Alice, nichts Gutes.“ wiederholte sie; „schon seit längerer Zeit bemerke ich, daß dein Mann nicht mehr arbeitet.“

„Was weißt denn du darüber?“

„Wie sollte ich nicht, wenn eure Gläubiger immer und ewig bei mir anläuten, um eure Schulden einzufordern. Der Möbelhändler war gestern bei mir und hat mir gesagt, daß dein Mann ihm seit drei Monaten keinen Sou gezahlt hat, weißt du das?“

Die Mutter ließ den Kopf sinken, sie war ganz blaß geworden.

„Ich habe an die Fabrik in Bodez geschrieben, denn ich wollte ja schließlich wissen, wie die Dinge stehen. Die Antwort ist schrecklich.“

„Du lieber Gott, was ist denn geschehen?“

„Dein Mann ist entlassen worden.“

„Entlassen? Warum denn?“

Sie zieht einen Brief aus der Tasche und legt ihn vor meiner Mutter auf den Tisch: „Da lies selbst.“

„Ich kann ihn nicht lesen, bitte, sag mir alles.“

„Run hat die Stimme der Großmutter einen schneidenden Klang.“

„Sie teilen mit, daß sie sich gezwungen sahen, deinen Mann wegen der Unterschlagung von Geldern zu entlassen.“

„Das ist nicht wahr!“

Dieser Schrei ist so echt, so erschütternd, daß sogar die alte Frau davon ergriffen wird.

„Weider doch, du Arme, es ist nur allzu wahr, hör' nur.“

„Er hat bei einigen unserer Runden Schulden gemacht. Am Tage, wo wir ihn verhaften lassen wollten, hat er eine Erklärung unterzeichnet, worin er bestätigt, daß er uns mit allen Vorschüssen, die er schon erhalten hat, eine Summe von viertausend Franken schuldet.“

Ein lautes Schluchzen läßt sie im Lesen innerhasten. (Fortsetzung folgt.)



Um die Hafenwirtschaft Berlins.

Stadtverordnetenrede über den Behala-Vertrag.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern dem Stadtverordneten Kunze (Knüppel-Kunze) die unverdiente Ehre an, über seinen gegen den Vertrag der Stadt Berlin mit der Berliner Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (Behala) gerichteten Antrag noch ein paar Stunden hindurch zu debattieren. Was Kunzes Angriffe wert sind, war schon im Ausschuss festgestellt worden, aber gestern wurde es ihm noch einmal vom Oberbürgermeister Böhm gesagt. Böhm hob hervor, daß der Behala-Vertrag es ermöglicht hat, den Schiffs- und Güterverkehr in dem notwendigen Umfang nach Berlin zu ziehen und unsere Häfen zu beleben. Auch Stadtbaurat Hahn wies auf diesen Erfolg hin. Wie sehr an dem demagogischen Geschrei über den Behala-Vertrag die Kreise neidischer Schiffahrts- und Expeditionsunternehmer beteiligt sind, zeigte unser Genosse Brodat. Immerhin scheint es der sozialdemokratischen Fraktion wünschenswert, daß versucht wird, den unter dem Zwang der Inflationzeit geschlossenen Behala-Vertrag zu revidieren. Sie beantragte, entweder die Hafenwirtschaft in städtische Regie zu übernehmen oder eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende höhere Pachtsumme zu erwirken. Zur Abstimmung kam es noch nicht, weil in vorgerückter Stunde die Reihen sich lichteteten.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher, Genosse Haf, mit einem Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Stadtverordneten Müller-Franken, der der Fraktion der Wirtschaftspartei angehörte. In der Beantwortung einer volksparteilichen Anfrage wegen einer angeblichen Fälschung der städtischen Oper mit der Staatsoper betonte Oberbürgermeister Böhm, daß von einer Fusion keine Rede sein könne. Alles sei noch im Fluss; der Magistrat werde in nächster Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen. — Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der

Mißstände im städtischen Frauenschul
in der Wiesenstraße begründete Genossin Todenhagen. Sie bekräftigte die im „Vorwärts“ bereits angeführten Tatsachen und fügte unter Beibringung umfangreichen Materials eine Kritik weiterer Mißstände hinzu. Bürgermeister Scholz gab zu, daß Mißstände vorhanden sind, meinte aber, daß erst noch in neuester Zeit durch Kontrollen des Hauptgesundheitsamtes Verbesserungen angeordnet worden seien, so daß die hygienischen Verhältnisse jetzt auch den kritischsten Anforderungen genügen. Nach den Ausführungen einiger weiterer Redner erklärte Genossin Todenhagen, noch einmal zu Wort gekommen, daß die tatsächlich vorgefundenen Zustände die Schilderung im „Vorwärts“ noch übertroffen hätten. Die Behauptung des Bürgermeisters, daß vieles im „Vorwärts“ Geschriebene unrichtig sei, stimme also nicht. Der Magistrat betrachtete die kurzen Mitteilungen des Bürgermeisters als eine genügende Beantwortung der Anfrage.

Die Versammlung wandte sich dann der aus dem Ausschuss zurückgekommenen Magistratsvorlage wegen der Neuorganisation und der Bereinlichung der

Schulgesundheitspflege

zu. Der Magistrat hatte in seiner Vorlage vorgeesehen, für je 5000 Schulkinder einen hauptamtlichen Schularzt, für 2500 bis 3000 Kinder einen nebenamtlichen Schularzt und für 3000 Kinder eine Schulfürsorgere anzustellen. Wegen der Ausdehnung der Schulgesundheitspflege auf die städtischen Berufs- und Fachschulen wird der Magistrat alsbald eine Vorlage machen. Der Ausschuss hat sich der Magistratsvorlage angeschlossen, in einer Resolution sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Vorlage nur eine Mindestforderung erfüllt. Bei der Einteilung der Schulbezirke sollen die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bezirke berücksichtigt werden. Ein Abbau der Schulpflege und der Schularzte darf auf Grund der Vorlage nicht erfolgen. Nachdem die

Distussionsredner die Zustimmung ihrer Fraktionen erklärt hatten, erfolgte mit einer großen Mehrheit die Annahme der Vorlage und der Ausschussentscheidung. — Die Stadtverordneten Kunze (Ditzsch) und Parteifreunde hatten seinerzeit beantragt, die Pachtverträge, die die Stadt Berlin mit der Berliner Hafen- und Lagerhaus-A.G. abschloß, einer Revision zu unterziehen. Angeblich sei die Stadt dabei benachteiligt worden. Der Ausschuss hatte unter Ablehnung des Antrages Kunze beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Einfluß der Stadt bei der Gesellschaft zur Wahrung der allgemeinen Interessen und zur Erzielung eines günstigeren finanziellen Ergebnisses für die Stadt ein größerer wird. Zu diesem Zwecke sollen Stadtvertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entsandt werden. Nach der Berichterstattung durch Stadtd. Pfundtner (Dnat.), forderte der Fraktionsredner der Deutschnationalen, daß die Stadt alsbald von den Beträgen loskomme; der Kommunist Leh trat in die gleichen Fußstapfen und verlangte, daß die verpachteten Häfen so bald als möglich wieder in den Besitz der Stadt zurückgeführt würden. Der Volksparteiler Caspari warnte davor, es auf einen Prozeß mit der Hafengesellschaft ankommen zu lassen, wobei er besonders juristische Bedenken vorbrachte. Nach ihm kam der Stadtverordnete Kunze (Ditzsch) wieder einmal zu einer längeren Agitationsrede zu Wort. Er operierte dabei mit Zahlen und Behauptungen, die vom Oberbürgermeister Böhm sofort als unrichtig bezeichnet wurden. An marantischen Beispielen konnte der Oberbürgermeister das Unbezeugbare nachweisen. Im übrigen betonte der Redner, daß es der Hafengesellschaft tatsächlich gelungen ist, den

Schiffahrtverkehr nach Berlin zu ziehen.

wozu die Stadt allein nie imstande gewesen wäre. Was nützt der Stadt Berlin das schönste Lagerhaus, wenn es leer steht, fragte der Oberbürgermeister. Der Osthafen hat früher einen jährlichen Zuschuß von 600 000 M. erfordert, jetzt wird er gut in Anspruch genommen. Auch Stadtbaurat Hahn betonte, daß es der Hafengesellschaft infolge ihrer auswärtigen Verbindungen tatsächlich gelungen ist, den Verkehr nach den Berliner Häfen zu lenken. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat Stadtverordneter Genosse Brodat. Der Redner konnte die interessante Tatsache mitteilen, daß seinerzeit auch die Deutschnationalen durchaus für die Verpachtung gewesen sind. Allerdings verlangte damals derselbe Redner, der heute namens der Deutschnationalen sprach, daß andere Firmen zur Verpachtung herangezogen würden. Bei den Verhandlungen stellte sich dann allerdings heraus, daß diese Firmen nicht entfernte solche Angebote machten als die „Behala“. Es zeigt sich, daß dieselben Interessentengruppe, die jetzt über die Verpachtung durch die Stadt und über die „Behala“ kämpfen, früher die städtischen Häfen und die Lagerhäuser favorisierten. Dieser Umstand, die damaligen finanziellen Verhältnisse Berlins und die ständigen Zuschüsse für die Häfen waren ausschlaggebend für die Verpachtung. Das Gutachten des Stadtsyndikus sagt, daß an eine Lösung des Pachtvertrages nicht gedacht werden könne, und daß dem besonders juristische Schwierigkeiten entgegenstünden. Die Kosten für ein Oberwachsystem seien zu hoch. Die Interessengruppen, die heute gegen die Hafengesellschaft weitem, wollen ja belibie nicht etwa eine Bewirtschaftung der Häfen und Lagerhausanlagen durch die Stadt, sondern sie wollen mitbeteiligt, sie wollen mit von der Partie sein!

Darin liegt das Merkmal dieses Vorgehens und das muß bei der Beurteilung der Reden berücksichtigt werden. Brodat trat für die Annahme des folgenden Antrages unserer Fraktion ein:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, alle Schritte zu unternehmen, die eine Uebernahme der städtischen Hafenanlagen in eigene Regie ermöglichen. Falls das nicht zu erreichen ist, ist darauf hinzuwirken, daß die Pachtsumme dem Wert des Objektes und den jetzigen Verhältnissen entsprechend erhöht wird.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wird am kommenden Donnerstag erfolgen.

Berichte in Landesverratsachen besteht die dringende Befürchtung, daß diese Vorschriften nur dann benutzt werden wird, um republikanisch gefinnte Ruhestandsbeamte mundtot zu machen. Diese Entwürfe müssen daher von den republikanischen Parteien, namentlich von der SPD, zu Falle gebracht werden. Die SPD. tritt durchaus für das Berufsbeamtentum, mit Anstellung auf Lebenszeit, ein. Sie verlangt aber, daß der Beamte sich nicht als Obrigkeit gegenüber den Untertanen fühl und benimmt, sondern als Volksgenosse gegenüber den Volksgenossen, treu verbunden der Republik, getragen von dem Verständnis des Artikel 1 der Reichsverfassung: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus! Die Verammlung sollte den Ausführungen des Genossen Freymuth starken Beifall. Es entwickelte sich dann eine lebhaftige Aussprache, in der insbesondere Genosse Thurau die rigorose Handhabung der „Berlo“ und das sogenannte Leistungsulagen-system der Reichsbahnverwaltung mit scharfen Worten geißelte und auf das energischste zum Protest aufforderte.

Der nächste Vortrag findet am Freitag, den 18. Februar, abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße, statt. Genosse Volkshauptmann a. D. Siering spricht über: „Die künftige Gestaltung des Beamtenrechts.“

Die neuen Telephon-Gebühren.

Der vorerwähnte Tarif um etwas verbessert. Grundgebühr 3 bis 8 Mark.

In der Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost vom 10. Februar richtete der Reichspostminister nochmals einen Appell an die Mitglieder des Verwaltungsrates und ersuchte sie, die neue Fernsprechnormenordnung zu verabschieden. Er versicherte, daß die Berechnungen der Selbstkosten auf nachgeprüften Tatsachen beruhen.

Dann erklärte Staatssekretär Dr. Feyerabend, daß die Sanierung des Fernsprechwesens den neuen Tarif verlange. Trotz größter Sparsamkeit sei es noch immer nicht möglich, die notwendigen Mittel für den Ausbau des Fernsprechwesens aufzubringen. Für das Rechnungsjahr 1927 sei eine neue Anleihe in Höhe von 300 Millionen Mark vorgezogen. Dadurch, daß es nicht möglich gewesen ist, oberirdische Ortsebene durch Kabel zu ersetzen, sei in diesem Jahre durch Sturm und Witterungseinflüsse bereits ein Schaden von sechs Millionen Mark entstanden. Wenn die Deutsche Reichspost nicht die genügenden Mittel erhalte, werde es nicht möglich sein, die Schwachstromindustrie wie bisher voll zu beschäftigen, und es würden sich Arbeiterentlassungen ergeben. — Nach eingehender Beratung fand der grundsätzliche Antrag des Abg. Steinkopf (Soz.) mit großer Mehrheit Annahme, die Ortsgesprächsgebühr nicht zu staffeln, sondern einheitlich ohne Rücksicht auf die Zahl der geführten Gespräche zu bemessen. Darauf wurde mit Mehrheit folgender Tarif angenommen.

a) Grundgebühr bis 50 Anschlüsse	8.— M. monatlich
50—100 Anschlüsse	4.— „
100—200 „	5.— „
200—500 „	6.— „
500—1000 „	6,50 „
1000—5000 „	7.— „
5000—10000 „	7,50 „
10000—30000 „	8.— „
c) die Ortsgesprächsgebühr beträgt für jedes Gespräch 10 Pf.	
b) Pflichtgespräche in Orten bis 50 Anschlüsse 20 Gespräche	
50 bis 1000 „	30 „
über 1000 „	40 „
d) Ferngesprächsgebühren bis 5 km 10 Pf.	
15 km	30 „
25 km	40 „
50 km	70 „
75 km	90 „
100 km	120 „

und weiter wie bisher.

Ein Änderungsantrag der Abg. Steinkopf und Taubadel (Soz.), die Ortsgesprächsgebühr auf 8 Pf. festzusetzen und dafür die Fernsprechnormen bis 75 Kilometer auf 100 Pf. zu belassen, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt. Damit war die Frage des neuen Fernsprechnormen tarifs erledigt. In der weiteren Debatte über die neue Fernsprechnormen wurde vom Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, die für Fernverbindungen u. u. zu vergütenden Prozentsätze von 3, 4 und 5 Proz. auf 5, 6 und 7 Proz. zu erhöhen. Staatssekretär Dr. Feyerabend beläufig diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Deutsche Reichspost mit einer solchen Erhöhung die Fehlerhaftigkeit ihres Gesprächszählverfahrens zugeben würde. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Gruppen Reichsrat und Personal mit geringer Mehrheit abgelehnt. Eine weitere Milderung bedeutet die Herabsetzung der Fernsprechnormen von 7 Uhr abends bis 8 Uhr früh auf zwei Drittel der gewöhnlichen Sätze und die Ermäßigung der Herbeiführungsgebühr von 60 auf 40 Pf. Mit diesen Änderungen wurde die neue Fernsprechnormenordnung mit Mehrheit angenommen. Nach diesen Tarifen beträgt zukünftig die Gebühr für die Ringfernsprecher ebenfalls nur 10 Pf.

Die unerwünschte Arbeiterfiedlung.

Die von der „Behag“ auf Zehlendorfer Gelände gebaute Siedlung mit etwa 500 Wohnungen ist den deutschnationalen Zehlendorfer Richtungsgelehrten schon längst ein Dorn im Auge. Für Montag, den 7. Februar, war deshalb nach der Aula des Gymnasiums von den zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen 28 deutschnationalen Vereinen eine Volksversammlung einberufen worden. Um die Sache recht geschickt zu verfleistern, wurde zunächst ein Lichtbildvortrag vom Stapel gelassen, gegen den von jedem Freunde der Raur nichts einzuwenden war. Des Tages Kern aber bildete eine Resolution, die sich gegen die Bebauung mit Arbeiterfiedlungen richtete. In der von unseren Genossen beantragten freien Aussprache sah sich der deutschnationalen Bezirksverordnete Hoge gezwungen, eine Erklärung abzugeben, die ihm jedenfalls sehr teuer gemordet ist. Er mußte anerkennen, daß der Magistrat der Gemeinde Groß-Berlin alle erdenklichen Mittel bereitgestellt hatte zur Förderung des Bezirks Zehlendorf und erklärte weiter, daß eine selbständige Gemeinde Zehlendorf wohl kaum in der Lage wäre, die gleichen Mittel aufzubringen. Es lag also für unsere Genossen gar keine Veranlassung vor, einer Resolution zuzustimmen, die von dem Magistrat der Stadt Berlin neue Mittel für Zehlendorf forderte. In der Resolution war ferner nicht die Rede von der Enteignung des im Privatbesitz befindlichen Waldes, was ja auch nicht verwundbar war, da im vergangenen Jahre ein Antrag des Bezirksamtes auf Sicherstellung von Grünflächen am Wannsee von den Deutschnationalen abgelehnt wurde. Die deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft erhielt bei der Abstimmung dann auch die verdiente Danksagung für ihr bisheriges Verhalten, indem die Resolution mit 135 gegen 72 Stimmen abgelehnt wurde.

Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln.

Bereits im Juli Zugbetrieb. — Herbst 1928 Eröffnung der ganzen Strecke.

Bekanntlich hat die Aienführung der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln in ihrem wichtigsten Teil am Alexanderplatz eine wesentliche Aenderung erfahren. Während in dem ursprünglichen Plan die Schnellbahn durch die Neue Friedrichstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße und Münzstraße geführt war und hierbei eine Haltestelle an der Kreuzung mit der Königstraße vorgesehen war, wird sie jetzt endgültig von der Haltestelle Straßauer Straße unter dem Land- und Amtsgericht Mitte, dem Stadtbahnviadukt und der Hochbahn-Stammstrecke hindurch in die Dirschenstraße und weiter in einer Doppelkurve die Kaiser-Wilhelm-Straße kreuzend, in die Münzstraße geleitet. Gegenwärtig ist dieser Plan auf dem Polizeiamt Mitte offen ausgestellt und Interessenten Gelegenheit gegeben, etwaige Einwendungen gegen den Plan im Umfang ihres Interesses vorzubringen. Nach diesem Plan erhält die Schnellbahn die Haltestelle Alexanderplatz in der Dirschenstraße, unmittelbar neben dem Fern- und Stadtbahnhof der Reichsbahn; ein unter der Straße liegender Gang stellt in bequemer Weise die Verbindung zwischen den beiden Bahnhöfen her. Außerdem ist der zwischen den Gleisen liegende Bahnsteig auf beiden Seiten durch Zugangsstiegen zu erreichen, die in die Bürgersteige einmünden. Ein Stockwerk tiefer, also unter der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln und senkrecht zu ihr, liegen die beiden Bahnsteige für die Schnellbahnen nach Frankfurter Allee, Lichtenberg und Weichen-see. Für das bequeme Umsteigen zwischen diesen Untergrundbahnlinien und der bestehenden Stammstrecke ist in ähnlicher Weise wie auf dem Bahnhof Gleisdreieck Vorlage getroffen. Weitere Zugangsstiegen sind auf dem östlichen und westlichen Teil des Alexanderplatzes angeordnet. Die Bauarbeiten, die sich durch die Anlage von drei Bahnsteigen naturgemäß recht umfangreich gestalten werden, sollen, wie wir erfahren, Mitte März in Angriff genommen und in einheitlichem Zuge durchgeführt werden. Nach Beendigung dieser Arbeiten wird dann auch die Oberfläche des Alexanderplatzes die für die Verkehrsregelung zweckmäßige Aufteilung erfahren. Im südlichen Abschnitt der Neuköllner Bahn schreiten die Bauarbeiten rüstig voran, so daß im Juli der Zugbetrieb zwischen den Haltestellen Münzstraße und Dirschenstraße über Hermannplatz eröffnet werden soll, um dann im September bis zur Haltestelle Reanderstraße ausgedehnt zu werden. Im Herbst 1928 soll dann die ganze Strecke bis zum Bahnhof Gesundbrunnen in Betrieb genommen werden. Von den südlichen Zweigstrecken der Nord-Süd-bahn wird die Linie nach Tempelhof, wie wir weiter erfahren, im

August bis zur Haltestelle Flughafen eröffnet, während die Fortsetzung bis Tempelhof noch bis zum April 1928 auf sich warten lassen wird.

Die Verlängerung in Neukölln bis zur Grenzallee wird Anfang 1928 fertig sein. An den Schnittpunkten in Neukölln und Tempelhof mit dem S-Bübling werden die Straßen in wesentlich größerer Breite unter dem Bahntörper hindurchgeführt.

„Beamtenrecht.“

Im Rahmen programmatischer Vorträge sprach am 4. Februar im Jugendheim Lindenstraße 3 vor einer recht zahlreichen Hörerschaft der Bezirksvereinsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer Senatspräsident am Kammergericht I. R. Genosse K. Freymuth über: „Die gegenwärtige Rechtsstellung der Beamten.“

Wir wissen zwar, daß die Reichsverfassung jedem Deutschen das Recht der „freien Meinungsäußerung“ gewährleistet, doch harri dieser Begriff für die Beamenschaft noch immer einer authentischen Interpretation. Besonders stark aufgefallen sind ja bekanntlich die sich hieraus ergebenden Mängel bei den letzten Beratungen zur Reichsdienststrafordnung. Senatspräsident Freymuth befaßte sich eingehend mit dieser so ungeheuer wichtigen Frage und sagte u. a.: Die wichtigsten Vorschriften für die Beamten sind in der Reichsverfassung enthalten. Dort wieder ist besonders bedeutsam Artikel 129: Anstellung auf Lebenszeit. Dann ist von größter Wichtigkeit Artikel 130: Vereinigungsfreiheit der Beamten. Die Frage aber, ob damit auch das Streikrecht der Beamten gewährleistet ist, wird zu verneinen sein. Die grundsätzliche Stellung des preussischen Oberverwaltungsgerichts, daß den Beamten das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung (Artikel 118) grundsätzlich nur insoweit zustehe, als nicht die besonderen Beamtenpflichten dagegen sprächen, ist abzulehnen. Die Reichsverfassung als wichtigstes Gesetz geht vor. Zwingende Beamtenpflichten können allerdings das Recht einschränken. Dabei muß aber an Stelle der „Tradition“ stets gefragt werden, ob alte Beamtengehe oder Anschauungen sich noch mit der republikanischen Verfassung und der gesetzlichen Neugestaltung des Staatslebens vertragen. In dem neuen Strafgesetzbuch sind die Vorschriften über den diplomatischen Landesverrat verhärtet, namentlich soll auch jahrelange Begehung strafbar sein. In dem Reichsdienststrafgesetzbuch ist als Neuerung vorgezogen, daß auch im Ruhestand befindliche Beamte disziplinarisch mit Titelverlust und Ruhegehaltsverlust bestraft werden sollen, wenn sie wegen Landesverrat verurteilt worden sind. Bei der bekannten Rechtsprechung der deutschen

Die Neugestaltung der Schulgesundheitspflege.

Die Schulgesundheitspflege in Berlin war bisher uneinheitlich organisiert. In manchen Bezirken gab und gibt es nur hauptamtliche Schulärzte, in manchen nur nebenamtliche, in wieder anderen Bezirken herrscht das sogenannte „gemischte System“. In einigen Bezirken betreuten hauptamtliche Schulärzte bis zu 10 000 Kindern; auch die Verteilung der Schulfürsorgerinnen war bisher recht ungleichmäßig.

Das hauptamtliche Schulärztsystem.

Bei dieser Lage der Dinge wäre es recht unzweckmäßig gewesen, jeden einzelnen Antrag der Bezirke auf Stellenvermehrung oder Umwandlung im Gebiete der Schulgesundheitspflege gesondert zu behandeln. Und so entschloß sich der Magistrat bereits vor einer Reihe von Monaten, eine Vorlage betr. Neuorganisation und Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege in Berlin der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten. In den meisten Punkten, namentlich bezüglich der Einführung des hauptamtlichen Schulärztsystems, kam eine Übereinstimmung der Gemeindeförperschaften zustande. Die Stadtverordnetenversammlung verlangte jedoch, daß auf einen hauptamtlichen Schularzt nur 3000 zu betreuende Kinder entfallen sollten, während der Magistrat die Richtzahl 6000 in Vorschlag gebracht hatte. Am 25. Januar dieses Jahres hat nun der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuß sich damit einverstanden erklärt, daß die in der ursprünglichen Magistratsvorlage vorgesehene Richtzahl der auf die Schulärzte und die Schulfürsorgerinnen entfallenden Schulkinder bei der Durchführung der Neuorganisation der Schulgesundheitspflege in Berlin zur Anwendung kommen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer großen Mehrheit binnen kurzem im Sinne dieser Entscheidung sich entscheiden wird. Damit würde ein Beschluß der Gemeindeförperschaften zustandekommen, der für das gesundheitliche Wohlergehen des heranwachsenden Geschlechts von der größten Bedeutung sein dürfte.

Der moderne Schularzt

Ist nicht mehr der „Onkel Doktor“, der von dem Schulleiter nur gelegentlich einmal in Anspruch genommen wird, wenn es sich darum handelt, festzustellen, ob vielleicht das eine oder andere Kind von einer ansteckenden Krankheit befallen und deshalb zu isolieren sei. Neben dem sehr wichtigen, recht umfangreich gewordenen Dienst des Schularztes auf dem Gebiete der frühzeitigen Krankheitserkennung ertrifft sich seine Tätigkeit auch auf zahlreiche andere Obliegenheiten. Die regelmäßigen Untersuchungen und die Reihenuntersuchungen stellen einen bedeutsamen gesundheitlichen Überwachungsdienst dar. Bei der Auswahl der Kinder zur Verdichtung in Kuranstalten und Erholungsstätten wirkt der Schularzt maßgebend mit. Er bezeichnet die Kinder, die auf Grund ihres körperlichen Zustandes am Schulunterricht oder an der Schulmittagskostung regelmäßig teilnehmen sollen, er wählt die Kinder für den orthopädischen Unterricht aus, er treibt Berufsberatung, kurzum, seine Tätigkeit ist im Laufe der Jahre immer umfangreicher und — erspürlicher geworden. Wenn auch bei dem großen Umfang schulärztlichen Schaffens 6000 Kinder eine recht große Zahl zu versorgender Schulkinder darstellen, so ist dennoch diese Neuregelung auf das

wärmste zu begrüßen, da sie ja gegenüber dem bisherigen Zustand im allgemeinen einen wesentlichen Fortschritt darstellt. Es ist aber wichtig, daß der Stadtverordneten-Ausschuss in seiner Entscheidung ausdrücklich betont, die Vorlage erfülle eine Mindestforderung, ein Abbau der Schulpflege und der Schulärzte dürfe auf Grund dieser Vorlage nicht erfolgen. Der letztere Hinweis ist besonders wichtig, da im Laufe der nächsten Jahre ein sehr starker Rückgang der Gesamtzahl der Schulkinder eintreten wird.

Der Geburtenrückgang wird sich außerordentlich stark auswirken. In den Jahren 1919 und 1920 war ja die Geburtenzahl in Berlin recht ansehnlich. Im Jahre 1920 war deshalb auch die Zahl der Schulanfänger sehr beträchtlich. Auch zu Beginn dieses Jahres wird der Geburtenüberschuss der erwähnten Zeitperiode sich noch bemerkbar machen, dann aber wird ein wesentlicher, von Jahr zu Jahr fortschreitender

Rückgang der Kinderzahl in den Schulen

aufzutreten. Freilich werden die einzelnen Schulgattungen in verschiedener Weise betroffen werden und auch zahlreiche örtliche Abweichungen vom „Durchschnitt“ werden sich zeigen, zumal da ja die „Binnenwanderungen“ der Bevölkerung (insbesondere das Verziehen kinderreicher Familien nach Außenbezirken) eine wesentliche Rolle spielen. Bleibt nun trotz des in den nächsten Jahren einsetzenden starken Geburtenrückganges die Anzahl der Schulärzte — obiger Entscheidung gemäß — die gleiche, so wirkt sich der Geburtenrückgang wenigstens in der Richtung günstig aus, daß die von den einzelnen Schulärzten zu versorgende Schulkinderzahl erheblich sinkt und die Schulpflege dann intensiver betrieben werden kann. Die Schulärzte, denen jezt 6000 Kinder zur Betreuung überantwortet werden, dürften in einigen Jahren nur 4500 bis 5000 Schüler zu versorgen haben. Was in dieser Beziehung für die Schulärzte gilt, trifft auch für die Schulfürsorgerinnen zu, da auf jeden hauptamtlichen Schularzt je zwei Schulfürsorgerinnen entfallen. Durch die Neuordnung der Schulgesundheitspflege wird die schulärztliche Versorgung der Fach- und Fortbildungsschulen noch nicht geregelt. Die Schulgesundheitspflege an diesen Schulen ist aber sicherlich ebenso wichtig wie an den Volksschulen, den Realschulen oder den Gymnasien. Es ist zu hoffen, daß auch hier recht bald die notwendigen organisatorischen Neugestaltungen Platz greifen.

Ganz besonders wichtig ist aber der planmäßige Ausbau der Fürsorge auf dem Gebiete der Schulzahn-pflege. Gerade hier können durch Vorbeugen und Frühbehandlung außerordentlich wertvolle Ergebnisse erzielt werden. Aber nur dann, wenn neben der poliklinischen Betreuung eine regelmäßige planvolle „Sanierung“ der Gebisse der Schulkinder durchgeführt wird. Hierzu brauchen wir gute, musterhaft eingerichtete und gut geleitete Schulzahnkabinen und vor allem die genügende Anzahl von Schulzahnärzten, die dort ihre Arbeit verrichten. 5000 bis 6000 Schulkinder erfordern mindestens einen hauptamtlichen Schulzahnarzt. In vielen Bezirken, nicht in allen, weisen aber die Stellenpläne auf dem Gebiete der Schulzahn-pflege noch recht schmerzliche „Lücken“ auf, die recht bald „ausgefüllt“ werden sollten!

Stadtdr. Dr. Alfred Roraß.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 62, Lindenstraße 2. Hier an das Bezirkssekretariat. 2. Hof, 2. Rep. rechts, zu richten.

Abend: Am Sonntag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Jordstraße 11 (Sitzungsraum des Bezirksamts) die Hauptversammlung des Jugendherbergsvorstandes statt. Alle Parteigenossen, die Mitglieder des JHV, sind, werden ersucht, an dieser teilzunehmen. Als Ausweis gilt Mitgliedskarte 1928 oder 1927. Um 8 Uhr findet eine Vortragsrede unserer Partei- und SAJ-Genossen im Jugendheim, SW., Lindenstr. 3, II. Hof, III. Et., statt.

4. Kreis Vosskufer Weg. Öffentliche Beamtenversammlung heute, Freitag, 11. Februar, 7 1/2 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Alt-Berlin“ — Neu-Tauisch. Referent Bürgermeister Dittmann. 2. Vortrag: „Die neue Befehlsgeschichte“. Referent Dr. Köster. Vorhandenmitglied des VTB. Bescheid in Präsenz!

12. Kreis Kämpfel, Rosenbr., Wartenfelde, Lindenstraße. Die heutige Sitzung des Bildungsausschusses bei Rosenbr., Wartenbr., Lindenstr. 19, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr, da das Zimmer bis 10 Uhr gedrückt sein muß. **18. Kreis Weihenfeld.** Genossinnen und Genossen heute, Freitag, 11. Februar, pünktlich 8 Uhr, spricht im Jugendheim Vosskufer Weg, 62. Referent über: „Warum kämpfen wir für die weibliche Schule“. Wegen der bevorstehenden Einziehung bitten wir um recht zahlreichere Beteiligung.

Heute, Freitag, 11. Februar:

24. SA. Pünktlich 8 Uhr bei Max, Friedenstr. 33. Sitzung sämtlicher Zeitungsabteiler der Partei. Diesmal darf kein Besitzt fehlen!

25. SA. Kämpfel und M. W. Rosenbr. Die Karten für das am Sonntag, 12. Februar, im SAJ-Gesellschaftsraum, Wartenbr., Lindenstr. 19, stattfindende Winterfest sind zum Vorverkaufpreis von 1 Mk. bei allen Funktionären und in den Sammelverkaufsstellen zu haben. Am bei Abendkasse 1,50 Mk. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 11. Februar:

Gruppe Wedding: 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Lehnheims am Trammelpark, Eingang Orloffstr. 10, Arbeitsgemeinschaft. Thema: „Die Kommunisten haben von Karl Marx“. Leiter Paul Lehmann. Pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig. — **Gruppe Mitte:** 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 24. Vortrag: „Physiologie und Jugend“. Referent Dr. Ernst Haack.

Jungsozialisten. Morgen, Sonnabend, 12. Februar:

Gruppe Kiezgarten: 8 Uhr im Jugendheim Bremer Ecke Wiesenstraße, Zimmer 6. Aussprache über: „Die Reichswehr“. Alle Mitglieder müssen diesmal unbedingt erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Charlottenburg: Eltern- und Mitarbeiterversammlung am Sonntag, 12. Februar, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Eltern als Erzieher“. Referent Genosse Weinberger. Organisatorisches. Genossen als Gäste willkommen.

Kreis Schöneberg-Friedrichshagen: Jugendheim Hauptstr. 15. Vorträge aus dem: „Der zweifelhafte Vater“, Tans und Gesellschaftslieder. 19 Uhr, im Volkspark Kämpfelweg, 10. Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel.

Kreis Kiezgarten: Am Sonntag, 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkspark Kämpfelweg, 10. Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. Interessierte Parteigenossen des Bezirks und der SAJ-Groß-Berlin sind willkommen. Treffpunkt pünktlich 10 Uhr Eingang des Volksparks am Grottenfriedhof.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Sitzung, Abteilungsleiter: Berlin von 5-7 Uhr Abrechnung. **Zur Hauptversammlung des Jugendherbergsvorstandes:** Bezirksamt Rosenbr., 11. am Sonntag, 12. Februar, 7 Uhr, müssen alle Mitglieder des JHV, nach Möglichkeit erscheinen. Als Ausweis gilt Mitgliedskarte 1928 oder 1927. **Abend:** Um 8 Uhr findet die Vortragsrede unserer Partei- und SAJ-Genossen im Jugendheim, SW., Lindenstr. 3, III. Et., statt.

Heute, Freitag, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Abteil. II: Gemeindefürsorge am Stephanienpark. Vortrag: „Einführung in die sozialistische Gesundheitspflege“. — **Abteil. III: Jugendheim Danziger Str. 62.** Pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. — **Abteil. IV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. V: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. VI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. VII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. VIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. IX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. X: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XL: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. XLIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. L: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LVIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXV: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXVIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXX: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXXI: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIII: Kiezgarten.** Vortrag: „Die Jugend der Zukunft“. Referent: Genosse Kämpfel. — **Abteil. LXXXXXXXIV: Kiezgarten.** Vortrag:

Bürgerblockregierung gegen Amnestie!

Hergt stellt sich dem Reichstag vor. — Die Sozialdemokratie antwortet ihm.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand gestern ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachter Gesetzentwurf zum Erlaß einer Amnestie für politische Gefangene sowie eine Interpellation zu dem gleichen Gegenstand.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) weist darauf hin, daß noch immer über 1000 politische Gefangene von links in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, während die weniger Angehörigen der rechtsradikalen Parteien, die wegen Angriffe auf die Republik bestraft sind, längst amnestiert seien. Während den verurteilten Arbeitern die Versorgungsansprüche genommen worden seien, habe man den Lüttwich, Ehrhardt und anderen rechtsradikalen Führern Pensionen in jährlicher Höhe von über 16 000 M. zugesprochen. H 13, der noch immer im Zuchthause sitze, habe auch nichts anderes getan als Lüttwich. Nachdem die Zuchthausbestimmungen des Republikstufengesetzes aufgehoben worden seien, müsse man jetzt die Gefangenen freilassen, die auf Grund dieser Bestimmungen zu Zuchthaus verurteilt worden seien. Noch heute würden Strafen nur deshalb verhängt, weil die Beschuldigten Funktionäre der kommunistischen Partei seien. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß hier die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Reichsjustizminister Hergt.

Er will keine Zweifel darüber lassen, daß er im Rechtsausschuß, dem die Anträge überwiesen werden würden, nicht für eine Amnestie eintreten werde. Wir hätten schon vier Amnestiegesetze erlassen, stets habe das Justizministerium Bedenken dagegen gehabt, sich aber schließlich damit abgefunden, weil man die früheren unruhige Zeit berücksichtigt habe. Da wir aber jetzt Zeiten zunehmender Beruhigung hätten, so dürfe man nicht durch immer erneute Amnestie die allgemeine Rechtsordnung lockern. Nach dem kommunistischen Antrag würden wir völlig ins Uferlose geraten. 1925 seien bestimmte Delikte für die Amnestie herausgegriffen worden, jetzt sollen wahllos alle politischen Vergehen von links amnestiert werden. Man rede von Klassenjustiz, aber hier wünschten die Kommunisten, daß die politischen Vergehen von rechts nicht unter die neue Amnestie fallen sollen. (Lärm bei den Kommunisten.) Die heute vorgetragenen Zahlen hätten noch nicht nachgeprüft werden können. Dem Reichsjustizministerium seien nur 20 Fälle, die von außerordentlichen Gerichten, und 179, die vom Staatsgerichtshof und vom Reichsgericht erteilt worden sind, im ganzen also nur 199 Fälle, bekannt. Dazu kämen noch 44 Fälle von Untersuchungsbehörden. Die Behauptung, daß das Reichsgericht sich über das Amnestiegesetz von 1925 hinwegsetze, sei falsch. Mitglieder der kommunistischen Partei würden nur verurteilt, wenn sie etwas Strafbares begangen hätten. Hergt schloß, auch er habe Sinn für Menschlichkeit, aber die Gerechtigkeit müsse noch immer das Fundament des Staates bleiben.

Abg. Rosenfeld (Soz.)

Ich bin davon überzeugt, im Namen meiner Freunde zu handeln, wenn ich über diese Rede unser tiefstes Bedauern und unsere Empörung ausspreche. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich überrascht uns diese persönliche Einstellung des Ministers nicht. Wir haben den Trost, daß er betanullich immer auch anders kann, selbst wenn er sagt, er stehe da und könne nicht anders. (Heiterkeit.) Wenn er aber gegenüber den von Dr. Rosenberg mitgeteilten Zahlen wegwerfend feststellte, es seien „ganze 199 Personen“, die wegen politischer Straftaten verurteilt seien, dann ist das gegenüber den Unglücklichen in den Gefängnissen geradezu eine Verhöhnung. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn die Kommunisten zu hohe Zahlen genannt haben, so ist die Zahl 199 immer noch so erschreckend hoch, daß die Behauptung des Ministers ein Skandal ist. (Sehr richtig! links.)

Meine Freunde sind für eine politische Amnestie.

Bei der Handhabung der Rechtspflege in Deutschland, bei der ausgesprochenen Klassen- und Parteijustiz (lebhafter Widerspruch rechts — lebhafter Zustimmung links) ist diese Amnestie eine Notwendigkeit.

Die letzte Amnestie hat nicht die umfassende Wirkung gehabt, die sie nach den Erklärungen der Regierung haben sollte. Außerdem hat die Rechtspflege unmissbar wieder neue Opfer gefordert. (Lachen rechts.) Ihr Lachen zeigt nur, daß Sie nicht das geringste Verständnis und Mitleid für die unglücklichen Opfer aus den Kreisen der linksradikalen Arbeiterschaft haben. Als es sich um Ihre (zur Rechten) Freunde handelte, waren Sie mit für die Amnestie, haben Sie die Amnestie mit uns und zum Teil gegen die damalige Regierung gemacht. Nur solange Ihre Freunde im Gefängnis saßen, haben Sie an die Opfer der Justiz gedacht. Sie wollen angeblich Beruhigung schaffen im deutschen Volk. Wenn es Ihnen damit ernst wäre, würden Sie für eine Amnestie sein. Der Minister sagte, nur ein Wendepunkt in der politischen Geschichte könne eine neue Amnestie rechtfertigen. Sehen die Deutschnationalen einen solchen Wendepunkt nicht in ihrem Eintritt in die Reichsregierung? (Heiterkeit.) Der Minister meinte, das Gefühl für den Ernst der Strafe gebe verloren, wenn schon wieder eine Amnestie ergehe. Bei der Härte unserer Rechtspflege ist das wahrlich nicht zu befürchten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Minister hat an dem kommunistischen Antrag auszusetzen, daß die Rechtsradikalen von der Amnestie ausgeschlossen sein sollen. Das zeigt nur, daß er als Parteimann spricht und handelt, und nicht als Reichsjustizminister. (Sehr wahr! links.) Er hat auch die Pflicht, die mit der Webernahme gerade des Amtes eines Justizministers verknüpft ist, sein Amt unparteiisch auszuüben. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich wünsche, daß die Deutschnationalen dafür wenigstens etwas Verständnis aufbrächten. (Sehr wahr! links.)

Die Amnestie ist auch deshalb nötig, weil die alte Amnestie zu kleinlich ausgelegt worden ist. Den zweijährigen Strafverfall, der allen zuteil werden sollte, hat man wegsinterpretiert, entgegen dem Willen des Gesetzgebers. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die vom Reichstag beschlossene Milderung des Republikstufengesetzes wird den Kommunisten gegenüber nicht beachtet.

Auch da sieht man sich über den klaren Willen des Gesetzgebers hinweg und löst die zu unrecht zu Zuchthaus Verurteilten weiter in den Zuchthäusern sitzen. (Hört, hört! links.) Die frühere Amnestie sollte auch in den einzelnen Ländern durch entsprechende Gesetze durchgeführt werden. Das ist zum Beispiel in Thüringen, in jenem Lande, in welchem bis zu den letzten Wahlen die Regierung des Ordnungsbundes unumschränkt herrschte, nicht beachtet worden. (Hört, hört! links.) Gerade um den Willen der Mehrheit des Reichstages durchzuführen, ist eine neue Amnestie notwendig. (Abg. Kahl: Darüber kann man reden.) Durch das Londoner Abkommen ist Deutschland gezwungen worden, auch die gemeinsamen Subjekte freizulassen, bis aus den verwerflichsten Motiven zugunsten der französischen Regierung Verzicht geübt haben. Deshalb haben die Minister Torres und Stresemann damals eine umfassende Amnestie auch für das übrige Deutschland versprochen. (Sehr richtig! links.) Die aber ist ausgeblieben und muß jetzt nachgeholt werden.

Amnestiert wurden Lüttwich und Ehrhardt sowie die Mitglieder der Organisation Consul, die sogar den Reichelmord als Kampfmittel nicht nur anerkannt, sondern auch angewendet haben. Geblieben sind in den Gefängnissen die linksradikalen Arbeiter. (Sehr wahr! links.)

Wie ist das Prozedere gegen Koffbach durchgeführt worden? In einem Aktensück ist ein Verfahren gegen ihn am 10. November 1922 eröffnet worden. Am 11. November 1922 wurde er entlassen, und dann unterließ die Bearbeitung der Sache, bis nach 1 1/2 Jahren am 29. März 1924 die Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie beantragt wurde. (Lebhafte Zustimmung links.) So wird gegen rechts gearbeitet! (Abg. Dittmann: Oder auch nicht gearbeitet!) In einem anderen Aktensück ist am 6. Februar 1923 der Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung gestellt worden. Die Sache wurde bearbeitet bis zum 18. März 1923. Dann blieb sie liegen, und erst am 24. März 1924, also nach einem Jahre, geschah was? Es wurde der Antrag auf Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie gestellt. (Hört, hört! links.) Und da fragen Sie noch, warum eine Amnestie notwendig ist! Sie muß die ungeheuerliche Ungerechtigkeit, die begangen worden ist, aus der Welt schaffen.

Die Rechtspflege der letzten Zeit liefert weiteres Material für die Notwendigkeit einer Amnestie. Reichsbannerleute wurden verurteilt, Stahlhelmleute freigesprochen. Der kommunistische Redakteur Rau wurde lediglich deshalb verurteilt, und zwar wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, weil er in einer Filmkritik die Arbeiterschaft aufgefordert hatte, dem Wohnruf der russischen Arbeiter zu folgen.

Die ganze Rechtspflege des Reichsgerichts, daß jedes Mitglied des kommunistischen Funktionärkörpers wegen Vorbereitung des Hochverrats zu verurteilen sei, ist eine Ungeheuerlichkeit.

Den Gipfel dieser unmöglichen Rechtspflege erreichte das Reichsgericht in der Beurteilung, auch wieder wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens ausgesprochen, gegen die Leiter zweier Buchhandlungen, die Bücher vertrieben haben, die die Ziele der kommunistischen Partei zum Ausdruck brachten. Der Oberreichsanwalt hat in diesem Prozeß als besonders grobierend ein Transparenzschaulager bezeichnet, in dem stand: Wann wird der 9. November in Deutschland kommen? (Heiterkeit.) Nur durch eine Amnestie kann das Unglück beseitigt werden, das durch solche Rechtspflege über das deutsche Volk gebracht ist.

Der jetzige Reichsjustizminister erkennt nicht einmal das Bestehen einer Vertrauenskrise der deutschen Justiz an. (Hört, hört! links.) Das sogar sein Vorgänger nicht geglaubt habe, der allerdings nichts getan hat, um durch Reformen diese Krise zu beseitigen. Minister Hergt beklagt sich über die zunehmende Kritik an der Justiz. Das liegt aber nicht an der Kritik, sondern an der Justiz, die schlechter und nicht besser geworden ist. (Sehr wahr! links.)

Wenn französische Kriegsgerichte unter Rechtsgedühl verurteilen, dann empört sich mit Recht das ganze deutsche Volk, denn steht die Regierung an vorderster Stelle in der Brandmarung solcher Urteile. Wenn aber deutsche Gerichte Urteile schamloser Klassen- und Parteijustiz aussprechen, dann ist der Kreis der Protestierenden leider auf die Vertreter der Arbeiterklasse beschränkt. (Sehr wahr! links.) Dann vermissen wir das feine Rechtsgedühl auf der Rechten, das sie gegenüber französischen Rechtsurteilen erkennen läßt. (Sehr wahr.)

Deutsche Proteste gegen französische Kriegsgerichtsurteile würden aber in Frankreich viel größere Wirkung ausüben, wenn die deutsche Regierung und der Deutsche Reichstag zunächst einmal in Deutschland den Opfern von Fehlurteilen helfen würden. Dazu ist jetzt Gelegenheit. Helfen Sie uns, eine Amnestie zustande zu bringen, welche die Tore öffnet für alle unglücklichen Opfer der Justiz. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wegmann (Z.): Das Zentrum ist jetzt nicht für eine allgemeine Amnestie politischer Gefangener. Die Parteien, die zum Staate stehen, sollten nicht für Amnestie derjenigen sein, die sich am Staate vergangen haben. Amnestie ist dann nur ein Aufschub für Aufschub. Eine solche generelle Amnestie trifft immer auf Unwürdige, daher ist das Zentrum dagegen. Gegen Gnadenbewerfe für einzelne sei nichts einzuwenden. Nach der Hölz-Aktion seien 3200 Verurteilungen erfolgt, wovon 2600 durch Gnadenbewerfe aufgehoben worden seien. Auch das Zentrum behauert die Härte der Urteile gegen politische Verbrecher, die zum großen Teil Verführte seien. Die Verführer sollten lieber von der Verleitung junger und einflussloser Menschen zum Hochverrat ablassen, als nachher für Amnestie einzutreten. Die Durchführung der Vönderamnestie müsse erfolgen.

Abg. Kahl (D. Sp.): Die vom Abg. Rosenfeld vorgebrachten Fälle könnten alle einer Kritik unterzogen werden, trotzdem könne man einer Amnestie näher treten. Man dürfe sie aber nicht allgemein zur Korrektur der ganzen Rechtspflege deuten. Man könne nicht den Reichstag zum Oberrichter machen, das verstoße gegen die Verfassung und richterliche Gewalt. „Wenn das beachtet ist, sagen wir nein, nein und nochmal nein!“

Abg. Rosenberg (Komm.), der als Interpellant das Schlusswort hat, überreicht dem Reichsjustizminister eine Broschüre, damit er daraus seine Kenntnisse über die Zahl der politischen Gefangenen erweitern könne. Die Debatte habe ergeben, daß allein die Deutschnationalen gegen eine Amnestie seien, weil sie jetzt keine Vorteile für sich zu erwarten hätten.

Der kommunistische Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um 3 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 1 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des von den Kommunisten gegen den Innenminister v. Kueudell eingebrachte Richtklausur vom 1. Verbindung mit der Interpellation über die Verbesserung von Angehörigen der Olympia auf dem Gute des Innenministers, ferner die Erwerbslosenversicherung für Seeleute und kleinere Vorträge.

Die Reichswohnungszählung.

Wie die Erhebung durchgeführt wird.

Neber die im Mai 1927 durchzuführende Reichswohnungszählung wird jetzt folgendes bekannt: Im Gegensatz zu 1918, wo nur in Städten mit über 5000 Einwohnern gezählt wurde, werden die Länder diesmal verpflichtet, alle Gemeinden zu erfassen, die 2000 oder mehr Einwohner haben. Erwünscht ist, daß auch die Zählung in Gemeinden mit weniger Einwohnern vorgenommen wird. Die Kosten der Zählung sind von den Ländern zu tragen. Das Reich verpflichtet sich lediglich zu einem Zuschuß in Höhe von 600 000 M.

Die Zählung wird auf Grund einer Grundstücks- und einer Wohnungszählung durchgeführt. Die Grundstücksliste ist vom Hausbesitzer bzw. Verwalter auszufüllen, die Wohnungszählung von den Mietern. Die Fragen der Wohnungszählung beziehen sich auf Größe und Beschaffenheit der Wohnung, auf ihre Belegung und auf Zahl und Alter der Bewohner.

Die „leichte“ Arbeit der Textilarbeiterin.

Die Schwangeren müssen geschützt werden!

In einem Offenen Brief an den Vorsitzenden und den Exekutivrat des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie, die in einer Eingabe an die Behörden und Parlamente der Forderung des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf besonderen Schutz der Schwangeren entgegenzutreten, antworten nunmehr die Genossen Häbich und Jäckel, Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, in dessen Namen. In diesem Offenen Brief heißt es:

Jede Anlegerin der Baumwollspinnerei muß pro Wagenzug bei starken Kammern mindestens vier, bei feinen mindestens sechs Fäden anlegen können, sonst wird sie kein Spinner behalten. Und nun, meine verehrten Herren, wollen Sie wirklich behaupten, daß diese Beschäftigung für eine Arbeiterin eine leichte Arbeit ist? Sie selbst sagen, pro Minute macht der Sektorkar zwei bis vier Auszüge. Lassen wir es bei diesen zwei bis vier Auszügen. Das bedeutet für die Arbeiterin neben der Arbeit der Weine pro Minute 16 bis 24 Fäden anlegen. Rechnen Sie sich aus, wieviel pro Stunde und pro Tag eine Anlegerin bei 28 bis 30 Grad Hitze und mindestens 70 Proz. Feuchtigkeit im Raum Fäden eventuell anzulegen hat. Die Anlegerin hat bis 700 Spindeln zu bedienen. Jede Spindel macht bis zu 12 000 Touren pro Minute. Kann sich das überhaupt jemand rein gedanklich vorstellen? Die Arbeit einer Anlegerin und einer Weberin gehört zu den aufreibendsten Arbeiten, die die moderne Industrie überhaupt zu vergeben hat. Keine kränkliche oder schwächliche Person leistet diese Arbeit.

Es zeugt nicht von Verantwortungsbewußtsein, wenn ein Professor, der noch dazu Leiter einer Hebammenschule ist und absolut nichts von den Arbeitsvorgängen versteht, diese Arbeit für leicht erklärt, und es zeugt nicht von großer Gewissenhaftigkeit, wenn Sie das gleiche tun. Wie steht es mit der Weberin? In der Fabrikation schwerer Herrenstoffe macht der Webstuhl etwa 90 Touren in der Minute, in der Abfallwebererei etwa 130, in der Baumwollwebererei, je nach Breite des Bestuhls, 130 bis 240 usw. In der Baumwollwebererei bedient jede einzelne Weberin zwei bis vier Bestühle. In der Herrenstoffwebererei, wo im Stoff kein Zentimeterfaden fehlen oder falsch binden darf, wie in der Abfallwebererei und in der Baumwollwebererei erfordert die Arbeit die unausgesetzte und gespannte Aufmerksamkeit der Weberin während des ganzen Tages. Es ist ein fortgesetztes Schauen auf das Gewebe, ein Drehen, Wenden, Beugen, Springen, Laufen usw. Haben die geehrten Herren schon einmal die Fäden gezählt, welche eine Weberin pro Tag einzuziehen hat, und die Zahl der Spulen, welche pro Tag von einer Baumwollweberin eingelegt werden müssen? Bei Ketten schlechter Qualität sind die einzuziehenden Fäden unzählbar, wie in der Spinnerei die Anlegerin die Fäden nicht zählen kann, die sie pro Tag bei schlechten Partien anzulegen hat.

Wir zählen 40 bis 60 Fäden pro Tag bei Ketten minderer Qualität. Es gibt enorme Steigerungen bei Ketten schlechter Qualität. Wir stellen 200, 640, 860maligen Spulenwechsel fest, je nach Anzahl der Stühle und Garnnummern. Wollen Sie diese in unausgesetzter Folge sich wiederholende Arbeit leicht nennen? Sie ist schwer für Männer und Frauen. Wissen Sie nicht, daß es neben diesen Arbeiten in der Baumwollwebererei noch viele andere gibt, z. B. das anstrengende Kettenstreichen, das Nachschlichten und Bebürsten der Ketten und vieles andere? Und all diese Arbeiten sollen der Schwangeren nichts schaden? Sie selbst haben in Ihrer Denkschrift Kunde von der Last, die 26,73 Proz. im Jahre 1924 und 21,27 Proz. der schwangeren Textilarbeiterinnen im Jahre 1925 bis zu ihrer Niederkunft am Webstuhl usw. gestanden und gearbeitet haben. Wie viele mögen die ersten Wochen und den Abgang des Fruchtwassers bei der Arbeit durchgemacht haben? Wie viele von ihnen mögen in einem Sonderraum der Fabrik oder in einem Winkel des Arbeiterheides geboren sein? Ist das nicht erschütternd? Nur wer ein Herz aus Stein im Leibe trägt, kann unerschüttert bleiben.

Gewerkschaften und Kommunisten in Amerika.

Die unter kommunistischer Leitung in letzter Zeit in Amerika geführten Streiks der Textilarbeiter in Passaic, der Mantelmacher und insbesondere der Kürschner in New York veranlaßten den Amerikanischen Gewerkschaftsbund zur Einsetzung einer Untersuchungskommission, in deren Bericht es unter anderem heißt, daß sie eine solche Korruption, einen solchen Terrorismus und eine solche Vergeudung von Zeit, Kraft und Geld in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nicht für möglich gehalten hätte und solche Dinge überhaupt noch nie vorgekommen seien. Aus dem Bericht geht hervor, daß gleich zu Beginn des Streiks unter anderem ein Advokat angestellt wurde, der 51 156,50 Dollar erhielt, um angeblich Mitglieder zu verteidigen, die während des Streiks mit der Polizei in Konflikt kamen. In Wirklichkeit diente jedoch das Geld dazu, die Polizei zu bestechen. Die Kommunisten und die Polizei arbeiteten dann im Laufe des Konfliktes unter anderem in der Weise zusammen, daß zum Beispiel Kommunisten bei einer Arbeiterparade am Eingang des Saales die unerwünschten bezeichneten, von denen eventuell eine Kritik der kommunistischen Methoden erwartet werden konnte. Diese wurden dann von der Polizei in gewöhnlicher Weise in die Finger genommen. In einem, neben dem Versammlungssaal gelegenen „Raum C“ wurden solche unerwünschten Elemente von Kommunisten bis zur Bewußtlosigkeit eingeschlagen. Dem Präsidenten des Damenkleidungsarbeiterverbandes, der einer dieser Versammlungen ebenfalls beiwohnen wollte, gelang es im letzten Augenblick, diesem Los zu entgehen. Trotzdem zu Beginn des Streiks in der Verbandskasse 280 000 Dollar vorhanden waren, versuchte die kommunistische Streikleitung bereits in der dritten Woche eine Anleihe aufzunehmen. Der Bericht spricht in diesem Zusammenhang von beträchtlichen Fehlbeiträgen in der Kasse, Unregelmäßigkeiten in der Buchführung usw. Was die Streikunterstützung betrifft, so wurden die Mitglieder schon zu Beginn teilweise im Stich gelassen.

Daß der jämmerlich verlorene Streik der Mantelmacher von New York die Organisation dieses Berufes vollständig ruinierte, ist bekannt. Das ganze Vermögen im Betrage von 3 Millionen Dollar floh der kommunistischen Streikleitung unter den Händen weg.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die vor einiger Zeit im Zusammenhang mit diesen Streiks eingeleitete antikommunistische Propaganda schnelle Fortschritte macht. Das zu diesem Zwecke errichtete Komitee umfaßt bereits 150 Gewerkschaften aus 17 Berufen mit insgesamt 300 000 Mitgliedern. Ferner hat der Bergarbeiterverband auf seinem letzten abgehaltenen Kongreß beschlossen, die Kommunisten aus der Organisation zu verbannen. Von 1500 Delegierten stimmten weniger als 15 gegen eine diesbezügliche Statutenänderung. Auch der Bekleidungsarbeiterverband, eine der linksstehenden Gewerkschaften, tritt energisch gegen die Kommunisten auf.

Kämpfe um die Seefrachten.

Ein Abladerbund der Exportindustrie. — Gegen die Reederkartelle.

In den Kreisen der exportierenden Industrie wird seit Wochen eine organische Verbindung der Frachtlieferanten herbeizuführen versucht. An sich nicht unorganisierte Industriegruppen bündeln sich gegen die monopolistische Frachtpolitik der Reederkartelle auf. Deshalb kam man auf den Gedanken, zur Abwehr und zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit einen Abladerbund zu gründen. Im vorbereitenden Ausschuss sind vertreten: Reichsbund der deutschen Metallwarenindustrie, Verband deutscher Druckpapierfabrikanten, Verband deutscher Pappfabriken, Verband deutscher Zellstofffabriken, Wirtschaftsverband Mitteldeutschlands, Reichsverband des deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsstoffen und der Verein deutscher Papierfabrikanten. Durch den Abladerbund hofft man noch weitere Gruppen der exportierenden Industrie heranzuziehen. Durch diese Abwehrorganisation soll versucht werden, bei den Reedereien in der Festsetzung der Seefrachten bessere Bedingungen zu erzielen. Erhebt man doch den nicht geringen Vorwurf, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie durch die hohen Seefrachten geschädigt worden sei.

Die internationale Kartellbewegung kommt nirgends so weitgehend zur Geltung als in der Seeschifffahrt. Das Meer ist die Handelsstraße der Völker, folglich sind alle Küstenstaaten in der Schifffahrt vertreten. Albert Ballin war es bekanntlich, der am zähelsten das Ziel verfolgte, die Seeschifffahrt zusammenzuschließen, damit die schädlichen Kartellkämpfe vermieden werden. Und so entstanden dann die Schifffahrtskonferenzen und Schifffahrtspools, die Kartelle der internationalen Linienreedereien der einzelnen Routen darstellten. Die Transporthilfe blieb meistens außerhalb dieser Verbände. Doch wurde sie in der Regel durch Kartellkämpfe zu Boden gedrückt, wenn sie es nicht vorzog, den Abmachungen beizutreten. Die deutsche Transporthilfe wurde durch den Krieg noch wesentlich herabgemindert, so daß das Monopol der Linienreedereien noch stärker in Erscheinung tritt. Nimmt man die in der letzten Zeit erfolgten Fusionen in der deutschen Großschifffahrt hinzu, so hat man ein lückenloses Bild von der geschlossenen Macht weniger Unternehmungen in der Schifffahrt.

Gegen die Macht dieser internationalen Monopole wehrt sich die exportierende Industrie. Die oben erwähnten Verbände wollen sichbaltige Beweise dafür beibringen, daß die Ausfuhr bestimmter deutscher Waren durch die Tarifpolitik der Reedereien unmöglich geworden ist. Ferner wird über die Pflichtigkeit der Kartellkämpfe Beschwerde geführt. Das Treutabattissement hat ebenfalls zu Unzutruglichkeiten geführt. Durch dieses System erhält der Verladere eine Prämie, wenn er sich verpflichtet, nur auf Dampfern der Kartelle zu verfrachten.

Konkretlich im Jahre 1926 sind die Seefrachten stark in die Höhe gegangen, wie nachstehende Zusammenstellung beweist. Der deutsche Seefrachtindex betrug:

	1913	1926	1. Quartal 26	4. Quartal 26
Küstenverkehr	100	108,9	108,5	182,5
Europäischer Verl. ausgehend	100	94,8	98,7	129,4
Europäischer Verl. eingehend	100	95,8	80,4	188,9
Ausereurop. Verl. ausgehend	100	122,9	129,7	128,4
Ausereurop. Verl. eingehend	100	104,1	88,9	188,1
Gesamtindex	100	100,1	90,2	146,8

Das sind teilweise ganz erhebliche Steigerungen, die im letzten Jahre zu verzeichnen waren. In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, wie namentlich die Getreidetrachten im Jahre 1926 gestiegen sind. Der Frachtenindex für Getreide betrug:

	1. Quartal 1926	4. Quartal 1926
Von Argentinien nach den Nordseehäfen	15,19	44,59
Von der Donau (Braila) u. d.	16,49	32,54
Von Königsberg nach Bremen	8,00	10,75
Von Montreal nach den Nordseehäfen	13,88	28,55
Von Staaten (Atlant. O.) u. d.	8,77	27,24
Odesa nach den Nordseehäfen	12,78	26,49

Die Steigerung im letzten Halbjahr 1926 mag nicht zuletzt auf den englischen Bergarbeiterstreik zurückzuführen sein. Die von England ausgehenden Kohlendampfer verlangten nach Auftracht, und in normalen Zeiten kann eine gute Ergänzung erfolgen, wenn diese Dampfer mit Getreide oder anderem Massengut beladen heimkehren.

Für die ins Auge gefaßte Vereinigung der deutschen exportierenden Industrie sind bereits in England Vorbilder vorhanden (South Africa Trade Association und Australian Association of British Manufacturers und Their Representatives). Die britischen Abladerverbände haben insofern leichteres Spiel, weil sie die Außenseiter gegen die Konkurrenzlinien mit Erfolg ausspielen konnten. Wenn solche Außenseiter in England noch vorhanden sind, so fehlen sie, wie bereits bemerkt, fast vollständig in Deutschland. Und dies ist für den Erfolg einer solchen Organisation natürlich sehr wesentlich. Die deutschen Linienreedereien wehren sich natürlich mit aller Entschiedenheit gegen die Bildung eines Abladerbundes. Sie erklären, daß es nicht in ihrer Macht liege, der deutschen Industrie wesentliche Zugeständnisse bei den Frachtkosten zu machen. Gerade die internationale Festsetzung der Frachthöhe verbürge die gleichmäßige Behandlung aller europäischen Verladere. Wenn die vertikale Konzentration in der Industrie und in der Seeschifffahrt (Stimmes) Schiffbruch gelitten habe, so könne man sie in anderer Form nicht wieder aufleben lassen.

Wie dem auch sei. Uns scheint, daß eine starke Organisation der Frachtlieferanten als ein Gegenpol der internationalen Schifffahrtskartelle durchaus als notwendig betrachtet werden kann. Die deutsche Volkswirtschaft muß sich naturgemäß dagegen wehren, von geschlossenen internationalen Kartellen erdrückt zu werden oder ihre Einfuhrwaren mit hohen Frachtkosten belastet zu sehen. Ob es über den losen Abladerbund hinaus zu einem Transportpakt kommt, ist durchaus fraglich, wie auch noch keineswegs feststeht, ob die Zusammenschlußbestrebungen mit einer einigermaßen festen Organisation enden werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß lediglich eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Verladern und den Reedern erfolgt. Es ist immerhin sehr lehrreich zu beobachten, wie überspannte Monopole schließlich selbst in monopolfreundlichen Kreisen auf Widerstand stoßen und zu Abwehrmaßnahmen führen. Paul Ufermann.

Straßenbau und Arbeitsbeschaffung.

Das Versagen der Bureaucratie.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses am Dienstag hat die sozialdemokratische Fraktion, wie schon mitgeteilt, eine Entschließung eingebracht, in der die bisherige gänzlich unbefriedigende Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gerügt wird und Forderungen für die einzelnen Gebiete der Arbeitsbeschaffung (Reichsbahnarbeiten, Wohnungsbau, Reklamations- und Siedlungswesen, Straßenbauten) im einzelnen aufgestellt werden. Wie wenig die bisherige Tätigkeit der Bureaucratie auf dem Gebiete des Arbeitsbeschaffungsprogramms den Anforderungen nicht nur der Sozialpolitik, sondern auch des volkswirtschaftlichen Interesses Rechnung getragen hat, zeigt besonders stark das Problem des Straßenbaus.

In seiner Denkschrift über die Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gibt das Reichsarbeitsministerium den Gesamtwert der bisher mit Hilfe des Reichs ausgeführten öffentlichen Straßenbauten auf 82 Millionen Mark an und ist auf diese Zahl sehr stolz. In Wirklichkeit bedeutet diese Ausgabe nur einen ganz geringen Bruchteil des volkswirtschaftlichen Bedarfs an modernisierten Landstraßen, wenn die der kommenden Verkehrssteigerung und dem notwendigen Übergang vom Pferdeverkehr zum Automobil entsprechen sollen. Nach den Berechnungen des Deutschen Straßenbauverbandes wären 30.000 bis 40.000 Kilometer, also ein Sechstel bis ein Fünftel unseres Straßennetzes, mit einem Aufwand von 2 Milliarden zu modernisieren; wenigstens ein Drittel davon könnte heute als dringendster Bedarf angesehen werden. Wenn man also im Tempo des Vorjahres fortschreitet (die vom Reichsarbeitsministerium im einzelnen bis zum 1. Dezember 1926 ausgeführten Straßenarbeiten ergeben übrigens nicht einmal 80, sondern 60 Millionen Mark!), so wird man mit Reichshilfe die dringendsten Verbesserungen am deutschen Straßennetz erst in 8 Jahren, die gesamte Modernisierung erst in 25 Jahren hinter sich haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß einzelne Länder und einzelne preussische Provinzen nicht die Initiative energischer Straßenmodernisierung in die Hand genommen hätten. Namentlich sind die Straßenbauprogramme von Sachsen, Bayern und dem Rheinland bemerkenswert. Aber es fehlt eine vereinheitlichende Führung durch die Reichsregierung, der ja vom Reichstag große finanzielle Mittel zur Arbeitsbeschaffung bewilligt wurden.

In ganz anderem Tempo wird in unseren Konkurrenzländern gearbeitet. Schon heute stehen den 180.000 Kilometern deutschen Landstraßen 290.000 Kilometer in dem viel kleineren England gegenüber; und während in Deutschland ein Automobil auf rund 200 Einwohner kommt, entfällt in England ein Automobil auf rund 50 Einwohner. Kein Wunder: für das laufende Finanzjahr sind in England 17½ Millionen Pfund (über 350 Millionen Mark) hauptsächlich aus den Erträgen der Automobilsteuer zur Finanzierung des Straßenbaus aus Staatsmitteln vorgesehen. Hinzu kämen die Unterhaltungs- und Bauausgaben der lokalen Körperschaften, die mindestens das Doppelte (in Deutschland hingegen nur 450 Millionen Mark!) ausmachen. Die Ergebnisse des britischen Straßenbaus der letzten Jahre erlebte man aus dem oben erwähnten Bericht der dortigen Verkehrsverwaltung. Während 1922 fast an der Hälfte der ermittelten Verkehrspunkte (44 Proz.) die Straßen mit wassergebundenem Schotter gedeckt waren, ist der Anteil dieser Straßendecke allein im Jahre 1925 auf ein Sechstel (17 Proz.) zurückgegangen, während die modernen Arten von Straßendecken (Teer- oder Asphalt) heute vier Fünftel (79 Proz.) ausmachen gegenüber mehr als der Hälfte (53 Proz.) vor drei Jahren. Dementsprechend

war in diesen drei Jahren in England die Zahl der Personenautos von 315.000 auf 566.000, die Zahl der Kraftfahrzeuge von 150.000 auf 230.000 gestiegen, während die Zahl der Pferdefahrzeuge von 237.000 auf 153.000 zurückgegangen ist.

Wie groß der volkswirtschaftliche Nutzen der Straßenverbesserung ist, beweisen u. a. die neueren Untersuchungen der sächsischen Straßenbauverwaltung. Danach muß die Ersparnis an Betriebskosten der Fahrzeuge infolge der Straßenverbesserung mindestens 20 Proz. betragen. Für den Umkreis der sächsischen Staatsstraßen ergibt das bei dem gegenwärtigen Verkehr 9 bis 13 Millionen Mark jährlich und würde somit die Hälfte der gesamten sächsischen Straßenbau- und Straßenunterhaltungskosten für 1926 decken. Die finanziellen Ausgaben des Staates würden sich also sehr rasch rentieren, da die Betriebserparnisse zur Steigerung des Automobilverkehrs und somit auch des Automobilsteuereinkommens führen würden. Wenn man also schon auf Grundlage des heutigen Automobilsteuereinkommens des Reichs (rund 100 Millionen Mark) für Straßenbauwerke eine Anleihe aufnehmen würde, so könnte man mit einem hohen Grad von Sicherheit damit rechnen, daß die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe gesichert sein wird.

Nach ziemlich einmütiger Auffassung der Straßenbauachtmänner und der Landwirte darf es sich dabei nicht so sehr um die sehr teuren sogenannten „Fernautostrecken“ für den ausschließlichen Autoverkehr (nach der Art etwa der Berliner „Auss“-Bahn) handeln, sondern lediglich darum, die besonders stark beanspruchten Strecken dem modernen Verkehr anzupassen. Besonders beansprucht werden aber in erster Linie die Straßen in der Nähe der großen Städte. Gerade durch Bauarbeiten an diesen Strecken ist für die Arbeitsbeschaffung viel getan, da dabei die Unterbringung der Arbeiter leichter ist, als bei einigen anderen Arbeitsbeschaffungsarten (namentlich beim Kanalbau). So gelten die Straßenbauarbeiten der Sozialdemokratie dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis ebenso sehr wie dem Problem der Arbeitsbeschaffung.

Berliner Handelsgesellschaft.

12 Prozent Dividende. — Fürstberg zur Bankpolitik.

Auf der kürzlichen außerordentlichen Generalversammlung der Commerz- und Privatbank wurde festgestellt, daß das vergangene Jahr das beste Jahr gewesen sei, das die Bank je erlebt habe. Man wird diese Feststellung für sämtliche deutschen Aktienbanken gelten lassen dürfen, obwohl im vorigen Jahr um dieselbe Zeit sehr viele deutsche Banken tatsächlich nicht wußten, woher sie die Gelder für die nun einmal notwendigen Dividenden nehmen sollten. Im Jahre 1925 waren die Konzern-Zusammenbrüche erfolgt und viele Hunderte von Millionen waren entweder bedroht oder in nicht ermittelbaren Krediten festgefroren. Das Jahr 1926 brachte die Klärung der Auslandskredite, umfassendste Konzentrationen und Rationalisierungsvorgänge und zusammen mit dem privatkapitalistischen Gütergeschäft des englischen Bergarbeiterstreiks zugleich eine unerhörte Konjunktur und eine Börsenpetulation, die die Gewinne nur so häuften. Die deutschen Banken waren die Hauptverdiener in diesem Jahr. Und daß die Zinssätze sanken, die Provisionen sich etwas verringerten, das änderte nichts an dem Bombengeschäft. In diesem Geschäft hat auch die Berliner Handelsgesellschaft teilgenommen, obwohl sie sich in manchen und meist zum Vorteil von den mit ihr konkurrierenden Großbanken Berlins unterscheidet.

Die Berliner Handelsgesellschaft hat ihren Rohgewinn (soweit ihn die Bilanz verrät) von 9,54 auf 11,43 Millionen gesteigert. Die Zinseinnahmen aus dem echten Kreditgeschäft und die Provisionen sind, obwohl die Gesamtumsätze von 14,88 auf 19,7 Milliarden gestiegen sind, nur von 9,54 auf 10,28 Mill. erhöht. Dagegen hat das Börsen- und Emissionsgeschäft, das im vorigen Jahr wegen des geringen Ertrages gar nicht ausgeführt wurde, den Betrag von 1,15 Millionen erbracht. Demgegenüber sind die Verwaltungskosten (das Personal ist trotz des um 30 Proz. gestiegenen Umsatzes das gleiche geblieben) von 5,03 auf 5,56 Millionen gestiegen und die von 1,38 auf 1,82 Millionen gestiegenen Steuern vertragen nur die erhebliche Ausdehnung des Geschäftes, denn auch für die Banken sind im vergangenen Jahr verschiedene Steuererlässe ermäßigt worden. Es bleibt ein von 2,86 auf 3,99, also auf rund 4 Millionen gesteigener Reingewinn, aus dem auf das Kapital von 22 Millionen 12 Proz. Dividende verteilt werden.

In der Bilanz kommt auch bei der Handelsgesellschaft die starke Bevorzugung des Börsengeschäfts deutlich zum Ausdruck. Obwohl die Forderungen der Bank von 210,89 auf 349,37 Millionen gestiegen sind, also um fast 140 Millionen, kommen auf das Wechsel- und Devisengeschäft, das also das eigentliche Kreditgeschäft für die Wirtschaft, nur 71,30 Millionen, was gegenüber dem Vorjahr mit 74,38 Millionen sogar noch einen Rückgang bedeutet. Auch die Erhöhung der auf laufenden Konto gewährten Kredite von 75,29 auf 125,06 Millionen schöpft den Zugang der fremden Mittel bei weitem nicht aus. Die Hauptsumme dieser Zugänge ist der Börse zugeflossen: die sogenannten Reporte und Lombards sind von 3,71 auf 65,12 Millionen erhöht, also fast verzehnfacht und die Guthaben bei fremden Banken sind von 35,29 auf 50,99 Millionen erhöht, wobei außerordentlich beachtlich ist, daß davon 90 Proz. im Ausland arbeiten, während nur 10 Proz. im Inlande angelegt sind. Einen Fortschritt muß man bei der Handelsgesellschaft allerdings feststellen, wenn er auch nur klein ist, nämlich die Tatsache, daß das mit Recht so scharf kritisierte Uebervorsorge der gedeckten Kredite gegenüber den ungedeckten zurückgegangen ist. Während im Jahre 1925 das Verhältnis 82:18 betrug, ist es 1926 auf 77:23 etwas verbessert. Der Geschäftsinhaber Fürstberg hat ausdrücklich festgestellt, daß nach seiner Meinung die ungedeckten Kredite vorzuziehen seien. Ein Merkmal für den stark gestiegenen Geschäftsumsatz ist auch die Erhöhung der Bilanzsumme, die gegenüber dem Vorjahr von 244,91 auf 335,62 Millionen gestiegen ist, um fast 60 Proz.

Nach den Versicherungen von Herrn Fürstberg liegen verdeckte Gewinne bei der Handelsgesellschaft nicht vor. Um so größer sind allerdings die stillen Reserven in der Bilanz, und in der Tat liegen hier wirkliche Gewinne, die man allerdings erkennen muß, wenn man sie nicht als verdeckt ansehen soll. Die von 13,13 auf 17,39 erhöhten Wertpapier- und Effektenbestände sind heute noch mit jenen Summen eingestuft, wie sie in der Goldbilanz von 1924 standen bzw. später erworben wurden. Die gewaltige Kurssteigerung seitdem ist nicht berücksichtigt. Dasselbe gilt für das Bankguthaben und ganz besonders für den Grundbesitz der Handelsgesellschaft (237 Millionen), der sich seit der Auffüllung der Goldbilanz, wo auch schon nur ein Bruchteil des Wertes eingestuft wurde, kaum merkbar vervielfacht hat.

Es war sehr interessant von Herrn Fürstberg, die Meinung vertreten zu hören, daß heutzutage Kapitalerhöhungen der großen Banken, um den Umfang des Geschäfts in Uebereinstimmung mit den eigenen Mitteln zu bringen, überflüssig seien. Für die Kapitalerhöhung der D-Banken, für die kürzliche der Commerz- und Privatbank und die noch jüngere des Barmer Bankvereins von 20,8 auf 35,8 Millionen, darf damit der erzielende Erfolg bezogen werden, daß man dort Kapitalerhöhungen vornimmt, nicht weil man das Kapital braucht, sondern um die Dividende auf einer größeren Kapitalbasis niedriger erscheinen zu lassen und um im übrigen natürlich mit den höheren Kapitalien und Reserven die gebotene Reklame zu machen.

Drei Milliarden in den deutschen Sparkassen. Mit Ende Dezember 1926 haben die Sparkassen bei den deutschen Sparkassen die Summe von 3 Milliarden überschritten. Von Anfang bis Ende Dezember sind die Spareinlagen von 2937,25 auf 3090,51 Millionen gestiegen. Der Ein- und Auszahlungsverkehr auf den Sparkassen im Monat Dezember wurde in allen vorhergehenden Monaten noch nicht erreicht; es wurden 392,37 Millionen ein- und 259,11 Millionen im Dezember ausgezahlt. Im ganzen Jahre 1926 sind die Einlagen von 1629,13 auf 2000,51 Millionen gestiegen. Es ist also fast eine Verdoppelung der Einlagen eingetreten. Gegenüber der Friedenszeit ist allerdings kaum ein Spareinlagenbestand von ein Sechstel heute erreicht.

Deutsche Banken spekulieren in Paris. In mehreren französischen Blättern wird gemeldet, daß von Deutschland stark französische Renten gekauft werden. Kurssteigerungen von 6 bis 9 Proz. werden in erster Linie auf deutsche Käufe zurückgeführt, was natürlich nur von deutschen Banken geschehen kann, die auf der einen Seite sehr große Mittel verfügbar haben und auf der anderen Seite auf weitere Festigkeit des Frankens rechnen, von den Hausgewinnen profitieren wollen. Wir stellen das fest, nicht weil den deutschen Banken Gewinne nicht zu gönnen wären, sondern weil das ein neuer Beweis ist, wie im Inland dringende benötigte Gelder im Ausland tätig waren, weil die Banken in ihrer Hauptfunktion, die inländische Wirtschaft nachdrücklich und billig mit Kredit zu versorgen, versagen.

Ferngas Konkurrenz gegen das Zehnjahresprojekt. Von der Sitzung des Mitteldeutschen Braunkohlenkongresses wird die Bereitschaft gemeldet, sich auch mit der Braunkohle an den Ferngasprojekten zu beteiligen. Wie gemeldet wird, ist in der Sitzung ein Ausschuss gebildet worden, dem die Ausarbeitung der Statuten einer zu gründenden Gesellschaft für Gasfernversorgung aus Braunkohle übertragen wurde. — Auch die Initiative der Städte wächst. Nach den Vorgängen in Thüringen geht die Stadt Döbeln dazu über, die Gasfernversorgung Ober-Schlefiens und eines Teiles Schlesiens durchzuführen. Gestellt ist zunächst der Ausbau der Strecken Döbeln—Groß-Strehlitz, Döbeln—Carlsdorf und Döbeln—Löwen—Brieg. Der Oberschlesische Städteverband wird sich demnächst mit den Einzelheiten des Projekts für den ober-schlesischen Industriebezirk befassen.

Für die Aufhebung des Roggenzölles. Die rheinische Geschäftsführerkonferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Köln weist in einer Entschließung die Reichsregierung mit allem Ernst auf die Entwicklung der Roggenpreise hin, die von den Verbrauchern nicht zu ertragen sei. Es müsse festgestellt werden, daß die Getreidehandelsgesellschaft es zwar vermocht habe, die Preise in die Höhe zu treiben, daß sie aber jetzt, da die Preise weit über das erträgliche Maß gestiegen seien, vollständig versage. Die Konferenz verlangt deshalb von der Reichsregierung die umgehende Anwendung aller Mittel zur Senkung des Roggenpreises auf einen normalen Stand, wozu in allererster Linie die Aufhebung des Roggenzölles, dann aber auch die Beteiligung der Getreidehandelsgesellschaft zu fordern sei.

Beilegung der Kartellstreitigkeiten in den Textilindustrien. Die Streitigkeiten zwischen der Tuchkonvention (dem Weber-Kartell) und der Konfektion, über die wir kürzlich berichteten, sind jetzt durch eine Vereinbarung beigelegt worden. Man will bis zum Beginn der Frühjahrssaison die alten Konditionen beibehalten und dann über die Forderungen auf Verlängerung des Zahlungszieles usw. verhandeln. Kommen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so soll der Vorsitzende der Kartellstelle als Schiedsrichter fungieren. Die Kampfmahnen, die beide Gruppen bisher ergriffen haben (Sperrte, Bankrott, Eintragung von Forderungen) werden sofort eingestellt.



Sie weckt Bewunderung

die schimmernde Schönheit des seidigen Haares - Sie zu erwerben, erfordert nur einfache Mühe: wöchentlich Waschen mit Schwarzkopf-Schaumpon.

Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf

Am meisten begehrt
weil am längsten bewährt



Lederpflege

ist das Wichtigste, was Sie von einer Schuhcreme verlangen müssen. Aber nur die aus reinem Terpentinöl und edlen Wachsen zusammengesetzte Creme bietet Gewähr dafür, daß dem Leder die Stoffe zugeführt werden, die es braucht, um stets geschmeidig zu bleiben. Verwenden Sie deshalb die von allen Verbrauchern geschätzte Lederpasta

Erdal

putzt die Schuhe
pflegt das Leder!



Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republi.
7 Uhr: Palestrina
Schauspielhaus
8 Uhr: Candida
Schiller-Theater
8 Uhr: Razzia

Städtische Oper
Charlottenburg
6 1/2 Uhr

Die Walküre
Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr

Heidhardt v. Eisenau
von Wolfgang Goetz
Regie Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr

Germaine
(Amoreuse)
von Porto-Riche
Regie: Ferd. v. Landwehr

Die Komödie
Bismarck 2418, 2514
8 1/2 Uhr

Zum 25. Male:
Die Perle
von Tristan Bernard
Regie: Fritz Lenz

Theat. z. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr

Max Adalbert
in „Müllers“

Trionon - Th.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der 77. Lachertig
Dr. Stieglitz
Frhr. Ldb. Oskar Kubitsch
Stg. 4 Uhr: Kleine Pr.
Dr. Stieglitz

Rose-Theater
8 1/2 Uhr: Das Ein-
familienhaus

Volksbühne

Theater am Blüowplatz Th. im Schiffbauerdamm
8 Uhr

Traumspiel
Morgen 8 Uhr
Volpone

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
Residenztheater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier

Staller-Revue
Theater im
Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
An u. aus

Thalia-Theater
8 Uhr:
Der große und der
kleine Klaus

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Trompeter
vom Rhein

Lesing-Theater
Alb. Bassermann 8:
Der Diktator

Th. z. Kurfürstendamm
Käthe Borsch
8 Uhr **HIMI**
Lustspielhaus 8 1/2:
Guido Thierscher
Horra - ein Junge

Neues Theater am Zoo

Sept. 5371. Tgl. 8 Uhr
Täglich 8 Uhr:
Erika Glässner
in
Modellhaus Crevette.
Vorverk. ununterbr.

Walhalla-Theat.
Waldweg Tgl. 8 1/2:
Es war einmal
in Heidelberg
mit d. Schlagerlied
Ich hab' mein Herz in
Heidelberg verloren
Vorzeig. 8 1/2 Ermäß.
Käte Schmidt-Samst
Gaston Briese

Wo speist man
gut u. billig?
Nur
Groß-Berlin
Alexand.platz

Gr. Schauspielhaus

Nur noch 18 Tage
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Von Mund zu Mund
CHARELL
REVUE
Sonnt. nachm. 3 Uhr
ungelöste Vorstlg.
zu ermäß. Preisen!

Wintergarten

8 Uhr
Variete
Garten
Räucher gestaffelt

CASINO-THEATER

8 Uhr:
Neu! Ein Tag im Paradies! Neu!
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Fautouil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundervolle Februar-Programm!
Nachmittags: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Variete, Konzert, Tanz.

Komische Oper

Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltberühmte
James-Klein-Revue
in 24 Verwandlungen
250 Mitwirkende - 6 Balletts
Sonntag nachmittags kleine Preise!
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theaterkasse ab 10 Uhr un-
unterbrochen geöffnet.

Waller - Theater

8 1/2 Der Schlager 8 1/2
Das blonde Wunder

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Karosettfabriken Achtung!
Montag, den 14. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, im Verbandsbause,
Cincastr. 83-85
Vollversammlung
aller in den Karosettbetrieben
Befähigten.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme
zu unserem Lohnabkommen, 2. Diebstahl,
3. Eintritt haben nur Mitglieder
bei freier Gewerkschaften.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

SCALA

Nollendorf 1360
8 Uhr:
Powers
Tanz-
Elefanten
und andere
Varieté-
Neuheiten!

Circus Carl

3 Uhr
in beiden Hauptkinder
Spielplätzen, Dillenschau
HAGENBECK
Circus Busch
Drei
unvergessliche Stunden

Gewinn-Auszug

5. Klasse 28. Preussisch-Sächsischer (254. Preuss.) Klassenlotterie
1. Ziehungstag 9. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Ge-
winne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher
Stummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

Mifa

Das unübertroffene Fahrrad

Direkt ab Fabrik



Willst Du Zeit und Geld ersparen,
Mußt Du **Mifa-Fahrrad** fahren.

Ein Straßenbahnabonnement monatlich 24 M
Ein Mifa-Rad kaufen gegen Raten von monatlich **15 M**
Ein Mifa-Rad fahren mit Amortisation und laufenden Unterhaltungskosten... monatlich **3 M**
Mifa-Fahrräder: 60, 65, 80, 90 bis 178 M

Direkt ab Fabrik durch 100 Mifa-Fabrikverkaufsstellen:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 5 (Pillate Berlin) • Berlin NW 7, Schiff-
bauerdamm 1, Leiter Erich Abergler • Neukölln, Friedelstr. 27, Leiter Erich
Abergler • O. 34, Petersburger Str. 8, Leiter Carl Dahn • Charlottenburg, Tau-
roggenstr. 12, Leiter Paul Charlet • Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-
Allee 44, Leiter Paul Charlet • Pankow, Schloßstraße 18, Leiter M. Golln.
Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 13, Leiter Ernst Lehmann • Schöneberg,
Barbarossastraße 42, Leiter F. Tybus.

Katalog gratis von diesen Stellen oder direkt durch **Mifa-Werke**,
Köberlingsburg für Norddeutschland: Berlin, Belle-Alliance-Str. 6.

LAUZENTZIENPALAS

Die Gulinke
HAUPTROLLEN:
EDDA CROY
HARRY LIEDTKE
WOCHENTAGS
6, 8, 10 UHR

Metallbetten 10⁵⁰

Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten gleich so Pr.
Kat. 650 fr. Eisenmöbelabrik Subl. Thür

Weinbrand
Verschnitt
Qualität
und doch
nur
1/1 Flasche 2,75
inkl. Glas und Steuer
in den ca.
550
Filialen
Hermann MEYER u. Co. A. G.

Moskauer Nachtsytle.

Im Moskauer „Trud“ gibt Sofia Winogradskaja ihre Eindrücke wieder, die sie in den Nachtsytle gelegentlich der Volkszählung gesammelt hatte.

Nachtsytle... Mit diesem Wort unveränderlich verbunden ist die Vorstellung von den Schlupfwinkeln einer Großstadt, von den Spielarten der Sittenergebnisse, von Dieben, Mördern, Dirnen.

Das Nachtsytle war ehemals die letzte Stufe. Tiefer konnte man nicht sinken. Wer darin versank, fand keinen Ausgang mehr. Wie ein Schwamm sog es allen Abscham des Lebens ein. Es verschlang alle, die das Kapital von Haus und Scholle verlor, aller Mittel entböhnte, in ferne Gegenden nach Lohn und Arbeit trieb und schließlich, ausgebeutet und ausgepreßt, auf die Straße warf. Neben dem durch Steuern ruinerten Bauern und dem hinausgeworfenen Fabrikarbeiter ging dorthin der hungernde Student, der bankrotte Kaufmann, der oft hochadlige Höfling.

Das am meisten berühmte Nachtsytle war die Chitrowka. Sie wurde nach der Revolution geschlossen, doch behielt sie den Charakter einer Herberge für Obdachlose.

Wir besuchten zuerst die Männerabteilung. Beklemmender Schweißgeruch schlug uns entgegen. Eng nebeneinander, auf kalten Pritschen, angekleidet, schlafen die Leute. Aus Lumpen, zerfrankten Hosen, verschlissenen Bauernkitteln, löcherigen Lederziehern, schmutzigen Resten eines Soldatenmantels starren die nackten, schmutzigen, mit Schorf, Wunden und Beulen bedeckten Füße.

Die Obdachlosen sind auf verschiedene Räume verteilt. Oben hausen die noch „Arbeitenden“, das sind solche, die mehr oder weniger schaffen und sich ihr Brot verdienen. Unten kampieren die bettelarmen gelegentlichen Zuwanderer, die „Unbekanntenen“ und Arbeitslosen. Der äußerste Saal beherbergt die „Abgeklingelten“: Diebe, Taugenichtse, gewesene Menschen. Es gibt noch „Zimmer“, in denen drei bis vier Mieter wohnen. Sie schlafen getrennt, hausen dort auch am Tage und zahlen drei Kopeken. Das sind die „Aristokraten“ oder „Brafen“, wie sie von den Insassen genannt werden.

Die meisten Obdachlosen stammen aus Zentralrußland. Zum großen Teil ehemalige Bauern. Greise, von Kälte lebend. Viele Trödler und Abfallhändler.

„Ach, meine Liebe, sammle Knochen, suche Lumpen und Flaschen. Flaschen — gutes Geschäft: vier Kopeken pro Stück. Verkaufe sie an die Fabrik.“

Vanganhaltender Husten reißt an der Lunge. Auf der Bank sitzt ein Kahlkopf mit suchrotem Bart. 57 Jahre. Aus Wolhynien.

„Ich kenne den Namen meines Vaters nicht.“ wirft er abgerissen bozhaft. „Bin ein Mensch ohne Vater. Händler, sammle Abfall und Schrott.“

„Goldschmied, Meister,“ fügt der Nachbar mit lautem Gelächter hinzu.

Aus einem Mantel lugt ein schwarzer Kopf. Schmale Augen, Knopfnase — ein Lataz aus Kasan, 19 Jahre. Zwei Monate ohne Arbeit, kam nach Moskau, um etwas zu verdienen.

Weiter: Paskutscher, Dielenbohrer mit gelblichen Füßen, Arbeiter vom Brjanskter Bahnhof. Der Bahnhof ist die Daseinsquelle für viele.

„Ich lebe von — ja, wovon? Arbeite manchmal am Bahnhof, trage irgendetwas — na, und es geht.“ bemerkt ein Wächter a. D.

Ein Mann von mittleren Jahren, nicht schlecht gekleidet, mit zerfahrener Nase, antwortet: „Ich war im Gummihandlung, vor einer Woche entlassen.“

In die Reihe kommen die Buchhändler vom Dubjantaplag. „Wir handeln mit Büchern — auf der Subjanta. Sicherlich. Das werdet ihr schon wissen. Kommt und kauft! Billige Bücher!“

Mit schwerem Schritt kommt ein desorientierter, verflitzter Mensch heran. Er schlenkert mit seinen großen Händen. Bei jedem Wort schnappt er nach Luft. „Ich kann alles, alles. Gebt mir Kinder — ich bringe ihnen was bei. Warum? Kartonnagieren kann ich auch. Bin alter Meister. Eigentlich müßte ich Kinder unterrichten. Gebt mir Kinder — ja!“ Er schreit und schreit. Sein Kopf zittert. Endlich beruhigt er sich, seht sich, spricht auf keine Nachfrage ein. Die großen, schweren Hände gestikulieren.

Ein junger Bursche will nicht antworten. Heuchelt Trunkenheit. „Ich bin Pole, aus Kowna. Nein, nicht aus Polen! Weiß selber nicht, woher ich bin. Arbeite in einer Werkstatt.“ Dann zankt er einen aus. Dieser schmeißt. „Warum beschimpfen Sie den?“

„Warum? Weil er Jude ist.“ „Ja, ist das ein Grund?“ „Ach, Bürgerin, ich kann in ihrer Anwesenheit nicht jagen!“

Der Jude schweigt noch immer. Mittelmäßige Bildung. Trovifer. Kam aus Leningrad. Arbeit suchend. Keine zu haben.

Der springende Punkt ist: kein Obdach, keine Existenz. Das Nachtsytle ist die einzige Rettung, der letzte Strohhalm. Lehrer, Studenten, Buchhalter leben hier. Am Tage schaffen, studieren sie, wissen jedoch nicht, wo sie die Nacht verbringen sollen. Im Sommer ist das Nachtsytle mit Saisonarbeitern überfüllt. Eine Wohnung ist nirgends aufzutreiben, die Bordaten sind auch unzureichend. Jede Nacht hat Moskau 10 000 bis 20 000 Wohnungslose, die das Nachtsytle verschluckt.

Trotzdem ist das Nachtsytle nicht mehr wie früher ein Schlupfwinkel für Diebe und Prostituierte. Die Diebe selbst verhalten sich ruhig. Die Frage nach dem Beruf beantworten sie mit arbeitslos. Selten geben sie das Stehlen als ihr Handwerk zu. Sie bezeichnen sich als gefund, obwohl bei manchen die Kennzeichen einer Krankheit sichtbar sind. Alle geben an, sie seien ledig, sofern sie älter sind — verwitwet.

Die Sytle sind gegen früher verhältnismäßig reinlich. Die Wände sind buttergelb getüncht, mit Wertworten oder Parolen versehen. Am Saal für Diebe ist das Wertwort zu lesen: „Trunkenheit führt zu Diebstahl, Armut und Rauerei.“ Oder: „Wo die Maus ist, ist auch der Lapphans.“ Hier hat jemand mit dem Fingernagel die „Laus“ ausgekratzt. Die Inschrift: „Vor Taschendieben wird gewarnt“ wurde durch das Wortspiel ersetzt: „Vor Mäusern wird gewarnt!“

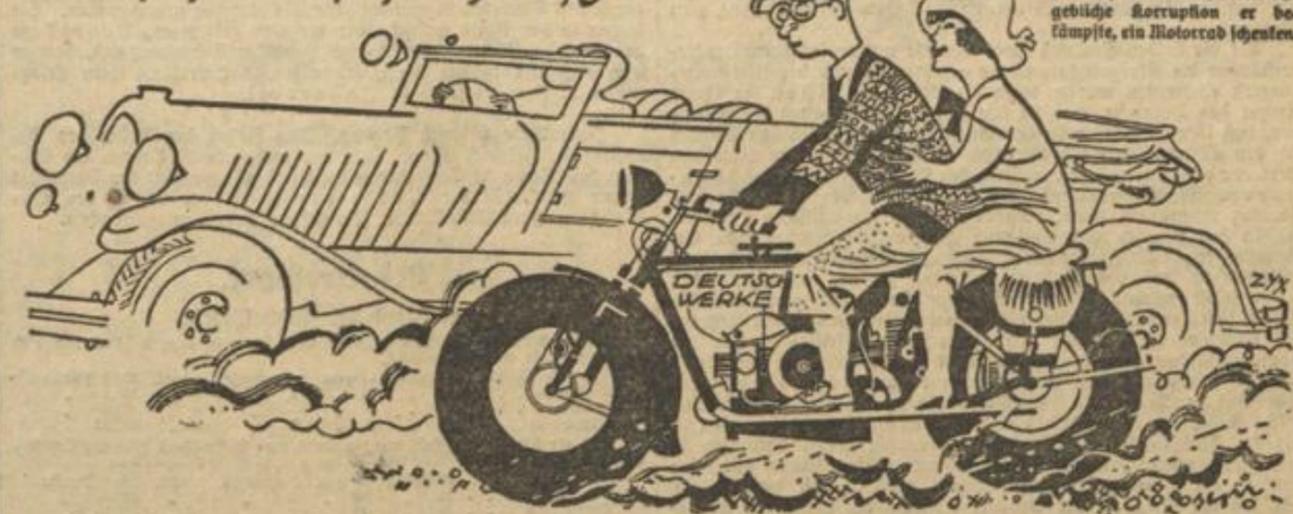
Zum Abschied rief uns ein fröhlicher Schrotthändler nach: „Bleibt hier! Bei uns ist es nicht schlecht — warm und mollig!“ ... (Schluß folgt.)

Gedanken zum Ameisenkrieg in Weissensee

Von Dr. W. Wächter.

Die einen sagen, der Mensch sei böse von Natur; sie haben die Erbsünde entdeckt und den Erbsündenbegriff entdeckt. Die anderen meinen, der Mensch sei von Natur gut und nur die verkehrten sozialen Einrichtungen seien schuld an allem Uebel. Goethe glaubt, in jedem Menschen stecke der Keim zum Verbrecher, und Schopenhauer

Deutschvölkische Hochziele.



Der Leiter des „Deutschen Tageblatts“ Steiner ließ sich von den „Deutschen Werken“, deren ongebliche Korruption er bekämpfte, ein Motorrad schenken.

„Du, Schatz — Auto ist eigentlich noch schöner als Motorrad. — Könnte das „Deutsche Tageblatt“ nicht mal die Korruption in der Autoindustrie enthüllen!“

hauer führt alle menschlichen Charaktereigenschaften auf Egoismus, Bosheit und Mitleid zurück. Die extremen Darwinisten sehen in der Natur nur den Kampf aller gegen alle, und der revolutionäre Fürst Peter Kropotkin, dessen wundervolles Buch ins Deutsche übersezt zu haben ein unsterbliches Verdienst des ermordeten Gustav Landauer selbst, weist nach, daß die gegenseitige Hilfe bei Tieren und Menschen ein Naturgesetz und ebenso wirksam für die Erhaltung der Art ist wie der Kampf ums Dasein. Vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus treffen Goethe, Schopenhauer und Kropotkin im wesentlichen das Rechte mit ihren Ansichten. Nach den Forschungsergebnissen der experimentellen Vererbungslehre — einer ihrer bedeutendsten Vertreter, der Kopenhagener Botaniker W. Johannsen, feierte vor wenigen Tagen seinen lebenslangsten Geburtstag — liegen die Erb-anlagen, die Gene, gewissermaßen nebeneinander und die Umwelt wirkt auf jede einzeln ein. Daraus erklären sich am einfachsten die großen Widersprüche der menschlichen Charaktereigenschaften; es gibt Mörder mit starkem Mitleidsgefühl, es gibt einen ungeschriebenen Ehrenkodex der Diebe, ungeheuer rücksichtsvolle und vornehme Geldschrankräuber, und der „edle“ Räuber ist kein eitles Phantasiegebilde, sondern eine ganz erklärliche Erscheinung; ebenso können die Kannibalen ganz kultivierte Menschen sein.

Als Verbrecher bezeichnen wir einen Menschen, dessen antisoziale Eigenschaften stark entwickelt sind und bei dem die Hemmungen, die aus seinen sozialen Eigenschaften resultieren, zu schwach sind, um jene zu unterdrücken oder in die richtige Bahn zu lenken. Daß wir alle egoistische und soziale Instinkte besitzen, braucht nicht weiter bewiesen zu werden, aber in welchem Umfange die einen oder die anderen vorhanden sind, ist nur durch das Experiment festzustellen, oder um mit Schopenhauer zu reden: was wir eigentlich gemollt haben, erfahren wir selbst erst nach vollbrachter Tat. Der eine ist für dreißig Silberlinge käuflich, der andere für eine Million; es soll niemand sagen, er sei unbestraft, bevor er nicht eine Million zurückgewiesen hat. Führe uns nicht in Versuchung! Diese Vater-unser-Bitte umfaßt die ganze Tragik des Menschen in seiner sozial-individualistischen Zweifelspaltung.

Eine Ethik entwickelt sich nur beim Gesellschaftstier, und der Mensch ist — zoologisch und soziologisch gesprochen — ein Gesellschaftstier; und zwar ist die Ethik eigentlich nur eine „innerpolitische“ Angelegenheit. Sie gilt ursprünglich nur für die Horde, den Clan oder die Gens und erst später für den Staat. In der Außenpolitik verhält sich heute noch die Ethik; Völkervertrag und Völkerbund sind erst jüngste Versuche, den Geltungsbereich der Ethik zu erweitern. Darum gerät die Ethik des Christentums, des Buddhismus und des Weltsozialismus immer in Konflikt mit den tatsächlichen Verhältnissen; die soziologische Entwicklungstufe der menschlichen Gesellschaft steht heute noch im Widerspruch zu dieser Ethik, was man am besten in den Kriegen beobachten kann, in denen die „innerpolitische“ Ethik auf den Kopf gestellt wird und nur im Verlehr mit den Verwundeten wieder ausheilt. Bei den primitiven Völkern und den ethisch unentwickelten Menschen zivilisierter Staaten gibt es keine ethischen Konflikte in bezug auf ihre Stellung zum äußeren Feinde, ebensowenig im Tierreich. Ein Bienen-, Termiten- oder Ameisenstaat ist sozial-ethisch hoch entwickelt. Antisoziale Individuen, die die Gesamtheit schädigen, werden unweigerlich aus der Gemeinschaft ausgeschlossen oder getötet, aber gegen fremde Völker oder andere feindliche Tiere wird ein erbitterter Kampf geführt, wenn es nötig ist. Der Jesuitenpater Basmann und Professor Forel, die berühmtesten Autoritäten auf dem Gebiete der Ameisenforschung, erzählen uns Wunderdinge über ihre kleinen fleißigen und intelligenten Freunde. Forel bemerkt einmal, daß, wenn sich zwei Ameisen, von denen die eine fett, die andere hungrig ist, unterwegs, fern von ihrem Bau, treffen, die fette aus ihrem Mageninhalt einen Tropfen Nahrung hervorbringt, den die hungrige abledert. Wehe der fatten, wenn sie der hungrigen die Nahrung verweigert, vorausgesetzt daß sie zum gleichen Volk gehört.

Der Buddhismus deht keine ethischen Pflichten bekanntlich auch auf die Tiere aus; ein strenger Buddhist lebt vegetarisch, tötet kein Tier und verschmäht selbst Eier. Wir sind da etwas robuster und: was man sich als gebildet denken kann, sieht man als keinen Mord mehr an. So oder ähnlich heißt es irgendwo bei Wilhelm Raabe, und selbst Schopenhauer, der unendlich viel für die Idee des Tier-schutzes getan hat und dessen Verehrung für Buddha grenzenlos war, liebte ein gutes Beestee. Wir kennen also im allgemeinen keine ethischen Bedenken, wenn wir Dohlen, Krähen und Schweine schlachten und Ratten, Mäuse und anderes Ungeziefer, das uns schadet, auszuweten versuchen. Wie schwer der Kampf gegen die kleinsten Organismen ist, wenn sie in Massen auftreten, wissen wir aus der Geschichte der Seuchendämpfung. In warmen Ländern kennt man die Heuschrecken- und Termitenplage, im Kriege war die Häuseplage der Schreden unserer Soldaten, und wie schwer es ist, ein Wanzen-neß zu fubern, weiß auch mancher bei uns. Daß auch Ameisen unter Umständen einem das Leben in Deutschland verdünnern können, erfahren wir aus einem interessanten Bericht des Apothekers Lorenzen, der uns in der letzten Nummer der Apothekerzeitung den Kampf gegen die Pharaonameise schildert. Nach dem Kriege traten in verschiedenen Berliner Krankenhäusern Ameisen in unerhörter Zahl auf und plagten Gesunde und Kranke. Sämtliche Nahrungsmittel waren nach kurzer Zeit des Stebens bedeckt mit den kleinen hegelgelben, kaum zwei Millimeter großen Insekten. Auf den chirurgischen Abteilungen wurden die Wunden der Kranken sogar unter den Sipschälchen angegriffen, und es bestand in hohem Maße die Gefahr der Eiterübertragung. Alle bisher bekannten Vertilgungsmittel versagten, da die Nester der Tiere unauffindbar waren und die Gift-löder nicht angenommen wurden. Auch die Kammerjäger konnten keine Hilfe bringen. Endlich gelang es Lorenzen, in einer Rattium-

Arfen-Verbindung, die mit süßen Mandeln, Zucker, zerriebenen Semmeln und Wasser vermischt wurde, einen wirksamen Köder zu finden. Das Gift wurde nur in solchen Mengen verabreicht, daß es nicht sofort tödlich wirkte und von den Tieren in die Nester geschleppt werden konnte, so daß auch die Brut der zu Beginn des Krieges mit Viebesgabenpaketen aus Amerika eingeschleppten Insekten vernichtet werden konnte. So zur Bekämpfung der Ameisen, die betänlich auch in unseren Gärten manchmal sehr lästig werden, die Gefahr der Vergiftung von Hühnern und anderen Haustieren besteht, empfiehlt Lorenzen, das Gift in etwa zwei Zentimeter breiten Glasröhren auszuliegen, so daß es von den Haustieren nicht erreicht werden kann.

Wer keine Ameisen zu vertilgen hat, wird vielleicht durch diese Zeilen angeregt, sich ein wenig mit der Biologie der interessanten Insekten zu beschäftigen. Besonders unsere Juristen und die Abgeordneten, die sich nächsten mit dem neuen Strafgesetzbuch zu beschäftigen haben, sollten nicht veräumen, sich mit der Soziologie der Tiere und der primitiven Völker zu beschäftigen. Für den Naturforscher und Soziologen ist es relativ einfach, sich über die Vergeltungs-, die Abschreckungs-, die Besserungs- und die Isolierungstheorie, die die Grundlagen unseres Strafvollzuges bilden, klar zu werden. Mögen auch die Gesetzgeber, die den Menschenstaat nicht für ein in sich vollendetes Gebilde, wie den Ameisenstaat halten und an die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft glauben, zunächst ein paar Stufen in das Dunkel der Vergangenheit hinaufsteigen, um das Licht, das uns aus der neuen Vererbungslehre und der modernen Soziologie entgegenstrahlt, in seiner ganzen Fülle zu erkennen.

An den Grenzen des Weltalls.

Vor kurzer Zeit wurde auf der amerikanischen Sternwarte des Raum Wilson, die das größte Spiegelteleskop der Erde besitzt, bekanntlich ein Rebellstern photographisch festgehalten, der rund eine Million Lichtjahre von uns entfernt ist. Damit ist der Mensch an die Grenze unseres Weltalls gelangt, soweit ihm das Fernrohr einen Einblick in das Weltallganze ermöglicht. Eine Million Lichtjahre ist, da der Lichtstrahl bekanntlich in einer Sekunde 300 000 Kilometer zurücklegt, eine recht beträchtliche Entfernung, denn ein einziges Lichtjahr bedeutet schon 10 Billionen Kilometer. Die Entfernung, die eine Million Lichtjahre darstellt, ist wohl in Zahlen auszudrücken, in der Vorstellung kann sie aber nicht denkbar sein, da nach einer gewissen Entfernung unser Vorstellungsvormögen versagt. Zum Vergleich sei angeführt, daß unsere ganze Milchstraße, dieses ungeheure Weltsternsystem, insgesamt einen Durchmesser von 10 000 Lichtjahren hat. Der Rebellstern, der längst entdeckt wurde, ist also hundertmillionenmal weiter von der Erde entfernt, als die Milchstraße groß ist. Dieser Rebellstern ist offenbar selbst ein riesiges Weltsternsystem, genau wie es die Milchstraße ist, so daß wir mit diesem Rebellstern das äußerste, unseren Augen erreichbare Weltsternsystem an den Grenzen des Weltalls feststellen können. Die Rebellsternen sind seltsame und zum Teil unerklärliche Erscheinungen. Es gibt drei Arten, nämlich Gasnebel, Spiralnebel, schwarze Rebel. Es sind entweder in der Erleuchtung begriffene Weltkörper oder es sind sehr weite gewaltige Weltsternsysteme, die aus Milliarden von Sonnen bestehen — und vielleicht auch von Erden —, und aber wegen der riesigen Entfernung nur als Rebel erscheinen. Wir hatten schon vor diesem Rebellstern andere derartige Weltkörper in Entfernungen von 200 000 bis 300 000 Lichtjahren festgestellt. Man glaubte bisher, daß der Raum ins Unendliche mit derartigen Milchstraßensystemen erfüllt ist.

Nach den neuesten Anschauungen ist aber die Welt nicht unendlich, sondern kann als ein endliches System angeprochen werden, obwohl in der menschlichen Vorstellung ein endlicher Raum durch etwas anderes begrenzt werden muß. Einstein hat sogar ungefähr die Größe des Weltallraumes berechnet und seine Gestalt festgelegt. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Weltallraum ungefähr einen Durchmesser von 100 Millionen Lichtjahren hat und eine quasisphärische Gestalt aufweist. Die wahrhaft unmaßgebenden und tiefgründigen Gelehrte und Berechnungen, auf denen diese Feststellungen beruhen, entziehen sich der kurzen Wiedergabe wegen der Schwierigkeit des wissenschaftlichen Stoffes. Es genügt, daß die Berechnungen aufgestellt sind. Auch die Tatsache, daß diese Feststellungen mit den Vorstellungen des sogenannten gesunden Menschenverstandes nicht in Uebereinstimmung zu sehen sind, beweist nicht, daß diese neue Lehre falsch oder undenkbar ist. Es erscheint im Gegenteil als ein ungeheurer Fortschritt auf dem Gebiete der Erforschung des Weltalls und seiner Gelehrte, wie er seit Kopernikus, Galilei, Newton und Kepler nicht mehr gemacht worden ist. Über ein praktisches Beispiel sei erwähnt, um nur entfernt die neuen Möglichkeiten ahnen zu lassen: Wenn ein alter Grieche, der die Erde für eine Scheibe hielt, sich aufgemacht hätte, um, ständig geradeaus gehend, ans Ende der Welt zu kommen, so wäre er schließlich, wenn er lange genug geseht hätte, er die Meere hätte durchkreuzen können, an seinen Ausgangspunkt zurückgekommen, nur von der anderen Seite. Er wäre um die Erde, die eine Kugel ist, herumgegangen. Er hätte nie verstanden, wie er von Osten wieder in die Stadt zurückkehrte, aus der er in Richtung auf Westen ausgegangen war. Er ist doch immer — nach seiner Ueberzeugung — geradeaus gegangen. Gedankenvorgänge ähnlicher, aber schwierigerer Art sind es, die die Auffassung Einsteins ermöglichen. Ob aber dieser unendliche Raum, mag er endlich oder unendlich sein, jemals ganz erforscht werden wird, kann man ebensowenig besagen oder verneinen. In diesem Sinne kann man also von Grenzen des Weltalls überhaupt nicht sprechen, höchstens von den uns mit dem Teleskop erreichbaren Grenzen.

